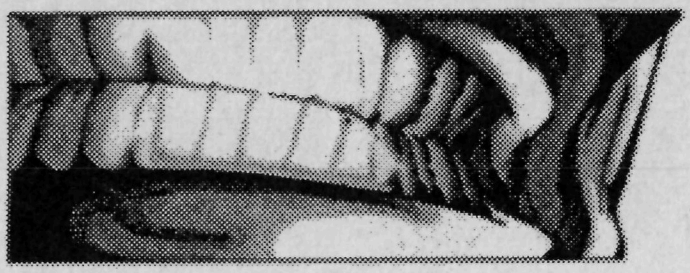
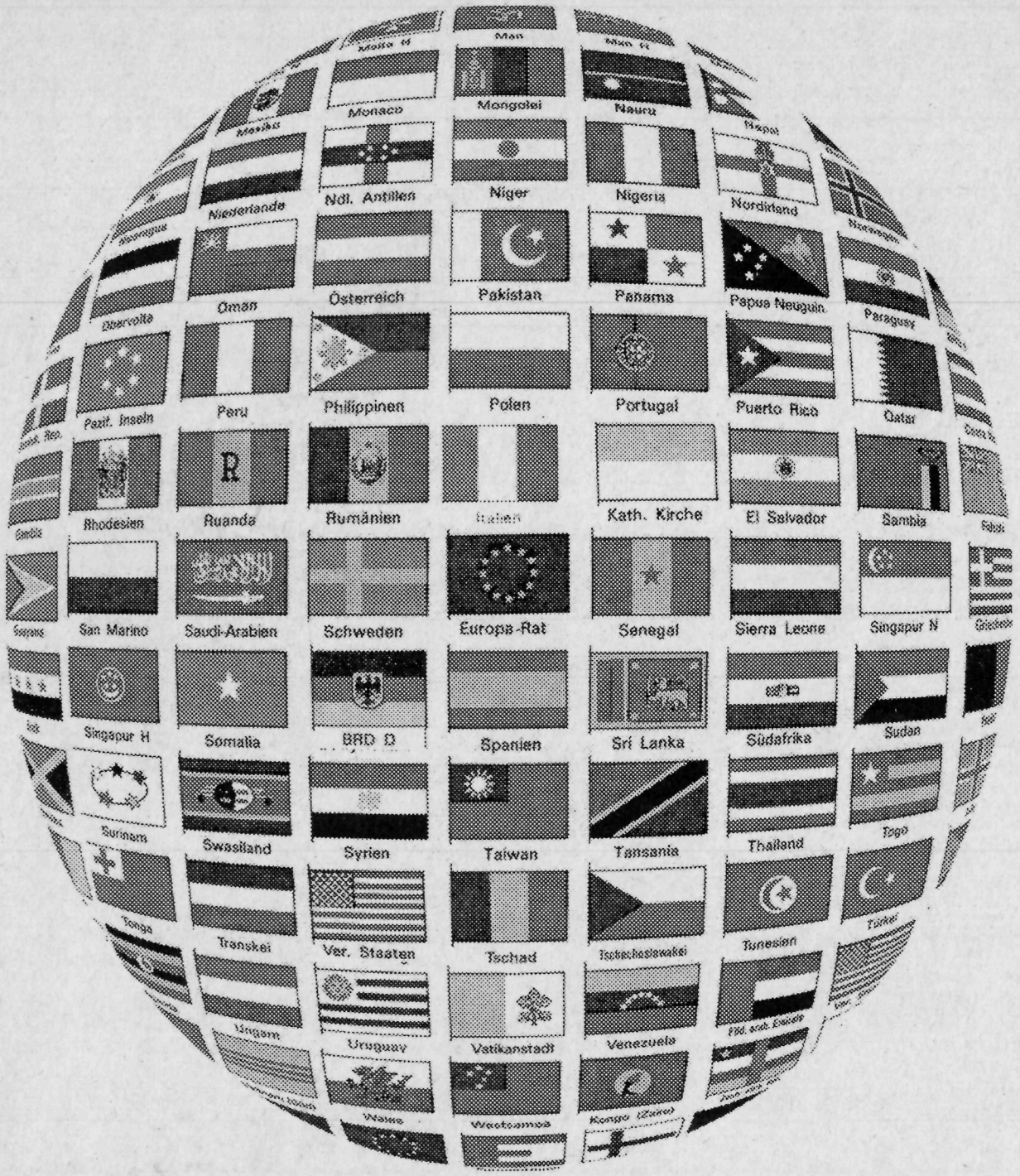
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

Nr. 12/98 € 2 / ATS 30 / DEM 5 / sFr 5



VON DER HUMANITÄT ÜBER DIE NATIONALITÄT ZUR BESTIALITÄT

Lotta DURA

DER KAMPF WIRD HÄRTER

Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität (Franz Grillparzer)

Als sich der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Peter **Rosenstingl** angesichts des drohenden Finanzdebakels aus dem Staub machte und eine konkursreife niederösterreichische FPÖ zurückließ, war die Schadenfreude groß. Nun hatte die Partei der „Anständigen" endlich ihren Skandal. Nicht wenige sahen bereits das Ende für **Haider** und seine Partei kommen. Dem war jedoch - für uns wenig überraschend - nicht so: Daß sich die Umfragewerte der FPÖ nach kurzem Einbruch rasch wieder auf altem Niveau stabilisierten, blamiert diejenigen, welche die rechtsextreme Partei als „Protestpartei" verharmlosen. Denn die Leute, die von Haider als die „kleinen" angerufen werden, wählen die FPÖ weniger aus einer vagen Protesthaltung als aus einer klaren weltanschaulichen Position heraus: der Überzeugung, daß sie als „Österreicher" zuerst drankommen, daß ein starker Mann herrschen sollte usw. usf. Und diese Überzeugung sieht sich durch die Vorfälle nicht herausgefordert. Daneben ist die Bindung der Haider-WählerInnen an ihren geliebten „Führer" nicht von solcher Natur, als daß sie so einfach aufzulösen wäre. Haider der Lüge und was sonst noch zu überführen, geht deswegen ins Leere, weil ihm die Leute nicht aufgrund seiner moralischen Integrität nachlaufen. Ganz im Gegenteil: Je skrupelloser der „Führer", je absurder seine Verschwörungstheorien, desto leidenschaftlicher sein Anhang. Nur zwei Eigenschaften darf auch ein Haider nicht verlieren, nämlich die der Autorität und die des Rebellen. Wer den FPÖ-Chef in den letzten Wochen beobachtet hat, konnte sehen, wie sehr er sich um sein autoritär-rebellisches Image bemühte. Nach innen die starke Hand drohend erhebend, nach außen das rot-schwarze Meinungs- und Bankenkartell für die Misere verantwortlich machend, überstand Haider alle Turbulenzen.

Als die politischen KommentatorInnen noch rätselten, warum mehr als ein Fünftel der ÖsterreicherInnen Haider weiterhin die Stange hält, zeigte das Ergebnis des „Eurobarometers" an, wie groß sein Wachstumspotential ist: Eine Umfrage unter den BürgerInnen aller EU-Staaten attestierte den ÖsterreicherInnen zu 46% eine „rassistische Einstellung". Damit rangiert das Land des Einzeltäters Franz **Fuchs** an dritter Stelle hinter Belgien und Frankreich.

Da SPÖ und ÖVP dieses Potential weiter bzw. wieder integrieren wollen, müssen sie es bedienen. Der Rassismus der Basis korrespondiert mit dem der Eliten. Daß „Ausländer" ein „Problem" darstellen, darüber herrscht Konsens. Kanzler Viktor **Klima** gab erst unlängst ein eindrucksvolles Beispiel für die Regierungsfähigkeit dieses mörderischen Grundkonsens': „So viele hunderttausende Grenzsoldaten, eiserne Vorhänge, Stacheldraht und Tretminen werden wir nicht aufbringen können, um die Flüchtlinge aus der Ukraine und den anderen osteuropäischen Staaten aufzuhalten." (Interview in "Das Beste", Juli 1998)

Zu dieser Ausgabe

Nach einer überlangen Sommerpause melden wir uns mit einer etwas umfangreicheren Nummer zurück. Hoffentlich hat sich das Warten gelohnt.

Die Diskussionen rund um die letzte Antifa-Mobilisierung (gegen den „Revolutions-Kommers") kreisten in erster Linie um die antinationale Ausrichtung des damaligen Bündnisses. Weil dabei immer unklarer wurde, was die antinationale Position eigentlich ausmacht, wollen wir uns auf einer allgemeineren Ebene dem Thema nähern. Und weil diejenigen, die sich positiv auf Staat, „Volk" und Nation beziehen, so eigentümlich unhistorisch argumentieren, kommen wir auch in dieser Nummer nicht ohne zeitgeschichtliche Beiträge aus. Die Kritisierten erkennen ja instinktiv die Bedrohung für ihre volksnahe Position, welche aus einem bestimmten Blick auf Antisemitismus und deutschem Faschismus erwächst. Nicht umsonst reagiert etwa die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, welche u.a. zur Zerschlagung Israels aufruft, mit dem verräterischen Vorwurf des „Holocaust-Schuldkomplex(es)" gegenüber KritikerInnen des Antisemitismus. Steigender Beliebtheit erfreut sich auch der Vorwurf eines "bürgerlichen Antifaschismus" gegenüber denjenigen, welche sich weigern, den Nationalsozialismus als eine Diktatur des Großkapitals ohne Massenanhang und eine gewisse Eigenständigkeit zu begreifen. In der „Volksstimme" erschienen bereits Artikel, die sich auf die Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Antifa-Szene beziehen. Es wäre an der Zeit, diese Debatte auch hierzulande zu führen. ●

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P.:
H. Obek
Druck:
Beneš - Print, Praha
Made in the Czech Republic
Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Anzeigen für Broschüren, Bücher und Zeitungen bitte immer ein Rezensionsexemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

NAZI-NETZWERKE

4 . . Freispruch für die Bajuwaren
7 . . Polacek und Co.
8 . . Robert Dürr
9 . . Neonazis in der FPÖ

NOCH MEHR NAZIS

10 . Neue Rechte - aus alt mach neu
13 . Homophobie

THEORIE

14 . Wertvolle, subjektlose Charaktermasken?
16 . Nation und die deutsche Linke - Interview
18 . Völker hört die Signale. . .
21 . Was die Rechten schreiben
22 . Antisemitismus - Ganz gewöhnliche Freiheitliche

GESCHICHTE

24 . Novemberpogrom
28 . Antisemitische Märchenstunde

HISTORIKER?

31 . Stefan Karner - Ein rechter Vordenker
32 . Rezension - Goldhagen und Österreich

STAATSRASSISMUS

33 . Planet Österreich
34 . Fortress Europe - Documentation by United

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) oder

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) plus „Antifaschistische Quelle"

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

○ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
○ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
○ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUF-rechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
○ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
○ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
○ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
○ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
○ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung
○ 9/1997 Offenhausen, Siemens Abschalten II, DKEG, Der Ring freiheitlicher Studenten, Über Stefan Karner
○ 10/1997 Einsamer Bajuware, 1848 - 1938 - 1998 - Burschenschaftliche Traditionen, Ulrichsberg, Mord an der Haider-Kopie, Le Pen und Mecia
○ 11/1998 Kameradschaftsbünde, 1815-1848-1933 - Deutsche Revolutionen, Schwarzbraune Koalitionen

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Freispruch für die Bajuwaren?

Die volksgemeinschaftliche Konstruktion des Einzeltäters

Seit vor einem Jahr bei einer Personenkontrolle in der Südsteiermark ein Sprengsatz explodierte, hat Österreich mit dem rechten Bombenterror der 90er Jahre abgeschlossen. In einer monatelangen Kampagne trommelten Presse, Innenminister und Ermittler das Bild des unpolitischen, völlig verrückten, am Sexualleben gescheiterten Einzeltäters, der das aus Staatsräson auch für die Justiz zu bleiben hat. Noch bevor einem Franz Fuchs vor Gericht der Prozeß gemacht wird, haben Exekutive und Öffentlichkeit der Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA) bereits ihren Prozeß gemacht.

Und sie und sich selbst gleich mit freigesprochen – trotz offener Fragen, ungeklärter Widersprüche und offensichtlicher ideologischer Zusammenhänge.

Geltungssucht erschüttert das Land

Der Mythos des Bombenbauers, der im gesellschafts- und politikfreien Raum herumphantasiert, beherrscht allerdings nicht erst seit der Verhaftung eines gewissen Herrn Franz **Fuchs** die offiziellen Pressestellen. Das Buch "Der Briefbomber ist unter uns", herausgegeben 1996 von Michael **Grassl-Koza** und Hans **Steiner**, das angeblich ein möglichst genaues Täterprofil publizieren wollte, hatte sich bereits eindeutig festgelegt: "Es gibt mit Sicherheit keine BBA. Diese existiert nur im Kopf des Attentäters."

Um den Abdruck und die Analyse der Briefe der BBA als eindeutig deutschnationalistisch und rassistisch kamen die Autoren zwar nicht herum, aber unter den Fittichen des Innsbrucker Kriminalpsychologen Thomas **Müller** gelangten sie zum beruhigenden Schluß: Die wahren Motive seien "Geltungssucht und persönliche Tiefschläge", die Indizienlage ins "fremdenfeindliche, deutschtümelnde Eck" habe die Fahndung nur "in eine falsche Richtung" geführt.

Selbst die Bemühungen, anläßlich des Prozesses gegen Franz **Radl** und Peter **Binder** die beiden Angeklagten zu entlasten, deuteten sie nicht aus dem Selbstverständnis politischer Attentäter, die von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns überzeugt sind und dafür selbst die Verantwortung übernehmen wollen, bevor andere, ihnen doch irgendwie nahestehende Personen, dafür herangezogen werden. Der "Briefbomber", der damals laut Grassl-Koza, Steiner und Müller "unter uns" weilte, drehte schlicht und einfach durch, weil nicht er "das Lob für seine Arbeit bekam", sonder eben Radl und Binder, begann daher Bekennerbriefe zu schreiben, war "am Boden zerstört", nachdem die Bombe gegen die zweisprachige Schule in Kärnten dem Rotlichtmilieu zugeordnet wurde, und begann daraufhin noch mehr Bomben zu bauen.

Die beiden Autoren suchten auch nach der ursprünglichen Motivation des anonymen Bombers, explosive Briefe zu verschicken. Klar war dabei, daß in Wirklichkeit nur die Opfer schuld gewesen sein konnten. Was waren die "konkreten Ereignisse, die den Briefbomber zu den ersten zehn Briefbomben veranlaßt haben könnten", lautete die Frage. Die typisch österreichische Antwort: "Auf jeden Fall negative Ereignisse, die mit einem Ausländer in Verbindung standen." Mehrere Szenarien boten die verhinderten Spezialisten für psychologische Ferndiagnosen an, etwa "daß ihn möglicherweise seine Frau verließ. Scheidungsgrund: Die Liebe zu einem Ausländer". Oder den unvermeidlichen Standardsatz "Möglich ist auch, daß er seine Arbeitsstelle wegen eines Gastarbeiters verlor...". Ja selbst in die tiefste Schublade wurde gegriffen: "Ein einschneidendes Ereignis könnte auch gewesen sein, daß seine Tochter von einem Türken oder von anderen Ausländern sexuell mißbraucht worden war..."

Die Welt der österreichischen LeserInnen, die nun mit dem Buch im Kopf die Nachbarn beobachten sollten, war wieder in Ordnung. Die Ursache mußten sie wie immer nicht im Verantwortungsbereich einer rassistischen Tätergesellschaft suchen, sondern zunächst einmal bei den AdressatInnen von Brandanschlägen und Sprengkörpern. Wer dennoch tiefgründiger forschen wollte, wurde auf die transzendente Dimension verwiesen: "Vier Tote, dann die Bibel und Gott!", hieß der Kommentar zur Situation nach dem mörderischen Anschlag in Oberwart. Oder es bleiben Rätsel überall: "Der Briefbomber auf verschlungenen Pfaden". So "verschlungen" waren diese Pfade, daß die Ermittlungsbehörden zwar mit der Präzision eines Elefanten in der klassischen Neonazi-Szene – d.h. der man's ansieht – herumgetappt waren, aber vor dem vorsichtiger agierenden, konservativ-deutschnationalen Grenzlandmilieu Halt gemacht hatten. Ein Milieu, das aus den Briefen der BBA herauszulesen war und auf das zu diesem Zeitpunkt seit zwei Jahren konkrete Hinweise existierten.

Paranoid, geisteskrank – und kein bißchen österreichisch

Als am 1. Oktober 1997 genau dort der Südsteirer Franz Fuchs als mutmaßliches BBA-Mitglied durch Zufall gefaßt wurde, wußten die Medien schon, wohin sie wollten und was sie der Staatsräson schuldig waren. Die Pannen bei den Ermittlungen waren kein Thema mehr, jetzt ging es mit volksgemeinschaftlich vereinten Kräften darum, zu bestätigen, was alle, denen Image und Sicherheit Österreichs am Herzen lagen, hören

Historiker unter sich

Heinz **Dopsch**, Salzburger Historiker und Gutachter der Briefe der Bajuwarischen Befreiungsarmee: "Der Schreiber [der Briefe] verfolgt die Intention, Kärnten sei nicht slawisch, denn die Germanen seien zuerst dagewesen. Der letzte Historiker, der diese These vertreten hat, war Ludwig Schmidt im Jahr 1938."

Dopsch war manches entgangen. Genau diese These vertrat ein gewisser Lothar **Greil** ebenfalls, allerdings nicht 1938, sondern 1989, und zwar bei einem Vortrag vor der Burschenschaft GERMANIA in Graz. Zuvor hatte sie Greil, auch als Autor des neonazistischen DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES bekannt, jahrelang in der Zeitung "Europa der Völker" vertreten, mitten in der schönen Südsteiermark. "Hauptdaten der bairischen Landnahme mit Einzelheiten, die in der offiziellen Geschichtsschreibung verschwiegen werden", versprach er seinen LeserInnen, und quer durch die 80er Jahre ziehen sich seine Abwehrkämpfe gegen Türken und Ungarn, seine sprachwissenschaftlichen Beteuerungen eines deutschen Ursprungs und seine ständigen Beschwörungen, daß "wir", "die Deutschen", vor den "Slawen" da waren. Anders formuliert: "An der Sache gibt es nichts zu rütteln: Die Deutschen waren vor den Slawen in Kärnten." Das allerdings stammt schon wieder aus einem Bekennerbrief der BBA...

wollten. Schon am 4. Oktober diagnostizierte beispielsweise die "Presse" einen "psychisch deformierten und suizidgefährdeten Einzelgänger". Die "Kleine Zeitung" hatte es einen Tag später erfaßt: "Nicht extrem rechts steckt dahinter. Nur ein Kopf, der wahrscheinlich seine persönlichen Enttäuschungen auf mörderisch raffinierte Weise explodieren ließ." Ein Blatt wie "Täglich alles" versuchte es in anderen Sphären: "Liebeskrank? Er war Stammgast im Bordell!" Paul **Yvon** lobte im "profil" das von Grassl-Koza und Steiner populär gemachte Täterprofil von Thomas Müller: "Eigenbrötlerisch, kontaktarm und frustriert: Der Charakter war schon schwerer zu bestimmen, aber es gelang so ziemlich." Lediglich, so die sanfte Kritik des seriösen Journalismus: "Ausgeblendet blieb sein heikles Verhältnis zu Frauen."

Ob vielzitierter Boulevard oder die sich intellektuell gebärdenden bürgerlichen Medien, tage- und wochenlang überboten sie sich in biographischen Erklärungen zum "Einzeltäter" Franz Fuchs, die sich durchgehend gleich anhörten: "Verrückter Bombenbastler", "Paranoia, Waschzwang, krankhafter Perfektionismus, Wahnvorstellungen", "ein psychisch Kranker ohne politische Motive", "ein Mann ohne private Beziehungen ohne faßbares politisches Weltbild", "ein irres Leben", voll von "Pech mit Frauen und Potenzproblemen". Die BBA entpuppte sich als "Hirngespinst eines einsamen Menschen". Dennoch konnte jedes Käseblatt auf einmal Leute anführen, die mit dem angeblich so isolierten Franz Fuchs zu tun gehabt hatten und für eine Zeitungsmeldung gern irgendeine Abnormalität bestätigten.

Gleichzeitig nutzten konservative und rechte Gruppierungen die Entdeckung des an "Wahnvorstellungen" leidenden "Einzeltäters" für eine Abrechnung mit der linken und antifaschistischen Szene, die eine "rechtsradikale Verschwörung herbeigezaubert" habe. Einhellig wetterten "Presse" und "Aula" gegen das "Diktat der Political Correctness" und die "Großmeister im Schwingen der Faschismuskeule". Übertroffen wurden ihre Siegesfeiern über die "Krise der linken Reichshälfte" noch von den Freiheitlichen, die in Franz Fuchs auf Anhieb den waschechten, tiefroten "Sozialisten" erkannt hatten, den sie nun mit einem "A Genosse war's!" der SPÖ und den Grünen entgegenschleuderten. Doch in den meisten Fällen war die Frage eines eventuellen Bordellbesuchs für die Berichterstattung wesentlich interessanter als die erneuten Umdeutungsversuche des Terrors von ganz rechts.

"Die Briefbomben als Resultat von sexuellem Frust? Das Ganze als Werk eines zunehmend geistesgestörten Eremiten?" resümierte "News" folgerichtig das mediale Trommelfeuer. Das Innenministerium gab noch vor der Justiz die bejahende Anwort.

Einen Einzeltäter braucht der Innenminister

In den ersten Tagen waren der Generalsekretär für die öffentliche Sicherheit, Michael **Sika**, und Innenminister Karl **Schlögl** vollauf damit beschäftigt, die zufällige Festnahme bei Gralla noch schnell als Fahndungserfolg zu verkaufen. Franz Fuchs sei "planmäßig" in die Enge und quasi direkt in die Kontrolle der südsteirischen Gendarmen getrieben worden, lautet bis heute der offizielle Standpunkt. "News" erläuterte es genau: "Franz Fuchs hatte panische Angst vor der Rasterfahndung. Doch statt sich ins Ausland abzusetzen, führte der im Laufe des 1. Oktober immer stärker werdende Streß dazu, daß er nach der Zeit im Bild 1 mit einem ausführlichen Bericht über die neuen Erfolgschancen durch die Rasterfahndung seinen Mitsubishi-Kombi bestieg und begann, die attraktive Gattin eines Nachbarn zu verfolgen" – mit dem Sprengsatz im Auto, versteht sich. Für Sika und Schlögl waren damit nicht nur sämtliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit polizeistaatlicher Ermittlungsmethoden abgehakt, sondern auch das Kapitel BBA.

Sika hatte schon 1993 gewußt, daß Österreich einen "Einzeltäter" am Hals hatte, nur "durfte" er damals natürlich nicht sagen, "was er sagen könnte." Des Landes oberster Polizist, der mit seiner Ansage "Wir hätten im Jänner 1994 nicht ungestraft sagen können, das waren keine Neonazis. Wenn ich das im Jänner gesagt hätte, wäre ich öffentlich hingerichtet worden" schon lange zum Helden des rechtsextremen Blätterwalds avanciert war, blieb auch jetzt dabei: Man habe in der "falschen Szene" gesucht. Die Frage, ob Franz Fuchs ein "Rechtsradikaler" sei, verneinte er weiterhin. Die in den Bekennerbriefen dargelegten eindeutig faschistischen Positionen nannte er eine "eigene Ideologie", die sich "Franz Fuchs offensichtlich zurechtgelegt" habe.

Anstatt seinem Generaldirektor einmal im Vertrauen zu flüstern, daß "Rechtsradikale" nicht immer mit Stiefel, Glatze und Erkennungsschild unterwegs sein müssen, stieß Schlögl ins selbe Horn. Die Orientierung auf "radikale, rechtsorientierte" Gruppierungen sei eine "Verengung des Blickwinkels" gewesen, erklärte er vor dem Nationalrat. Und zur Presse: Fuchs sei ein "Psychopath", gegen den es "erdrückende Beweise gebe" – das alles noch keine zwei Wochen nach der Verhaftung. Die Weichen für die Ermittlungen waren also längst gestellt.

Die Sonderkommission unter Chefinspektor Robert **Sturm** glaubte gehorsam schon im Laufe des Oktober "an keine

Karikatur: Jean Veenenbos

Komplizen mehr", so hartnäckig Fuchs selbst auch von einer Gruppe sprach. Kriminalpsychologe Müller wurde für Interviews herumgereicht und präsentierte mit der Autorität des unumstrittenen Experten das Bild des dem amerikanischen "Una-Bombers" seelisch verwandten Einzeltäters. Daß er zwischendurch bei der Beschreibung von Franz Fuchs fast wörtlich das Jahre früher erstellte eigene Täterprofil zitierte, mag daran liegen, daß er in der Hektik ab und zu einmal die falschen Presseunterlagen erwischte. Die Medien mit Indizien über eine Beteiligung des Verhafteten an den Bombenserien zu füttern, insbesondere was die Attentate von Oberwart, Stinatz und Klagenfurt betraf, war kein Problem, da es davon einige gab. Keines darunter schloß allerdings die Beteiligung anderer "Bajuwaren" aus.

Weder unpolitisch noch allein?

Im Gegenteil, da tauchte mittendrin eine DNA-Spur an einem Bekennerbrief auf, die mit der von Franz Fuchs nicht übereinstimmte. Man sei ohnehin nie davon ausgegangen, daß dieser Brief authentisch sei, beeilte sich Sika, der Adressat diese Schreibens gewesen war, zu versichern. Die einzige Handschrift, die die BBA jemals zurückgelassen hatte, war ebenfalls nicht die Fuchssche Klaue. Noch im April 98 attestierte ein Sprachwissenschaftler einem BBA-Brief Authentizität, der drei Monate nach der Verhaftung von Fuchs aufgetaucht war. Relativ renitent zeigten sich auch die mit der Lektüre der Bekennungen befaßten Historiker: Aufgrund der zahlreichen, aus verschiedenen Fachgebieten stammenden Detailkenntnisse waren sie von einem Einzeltäter nicht überzeugt, sondern warnten wie Gerhard Botz sogar vor einer solchen These. Die Ermittler des Innenministeriums fanden zwar das Bertelsmann-Lexikon im Bienenkorb, aber die vielgesuchte "Bombenwerkstatt" und sämtliche, für den Bau der Sprengkörper nötigen Utensilien konnten sie bis zuletzt nicht sicherstellen.

Dann wurden im Mai 98 auch noch Aussagen von Franz Fuchs vor dem Untersuchungsrichter bekannt, die so absolut nicht zum angeblichen Charakter des liebeskranken und wirren Bombenbauers passen wollten. Nicht nur die von "News" kolportierten Vernehmungsprotokolle, sondern auch Informationen von ganz anderer Seite zitieren die gegen Roma und SlowenInnen gerichteten Überzeugungen in unmißverständlicher Klarheit. Nicht Haß auf alle, sondern Haß auf ganz bestimmte, den rassistischen Kategorien bekennender Deutschösterreicher nicht entsprechender Gruppen sprachen daraus, verbunden mit einem historisch und biologistisch begründeten nationalistischen Weltbild, das aus den Briefen der BBA eigentlich hätte vertraut sein müssen. So soll Fuchs auch sinngemäß gesagt haben, seiner Meinung nach seien die "falschen Bomben" explodiert, da die Leute vom steirisch-slowenischen "Artikel VII-Kulturverein" noch alle Finger hätten – zynisch und fanatisch, ja,

Waltraud Klasnic, ÖVP, die das Grenzland im Kampf gegen die slowenische Minderheit Bedingungslos Unterstützt.

aber "wirr" und vor allem: wie weit wirklich weg von den, um mit Schlögl zu sprechen, "radikalen, rechtsorientierten Gruppierungen", die in der Südsteiermark seit Jahrzehnten gegen die SlowenInnen hetzen? Von den "23" oder "24 Slowenen" in der Steiermark, die soviel Geld bekommen würden, erzählte Fuchs wieder sinngemäß dem Untersuchungsrichter. Das schrieben südsteirische, chauvinistische Zeitungen wie "Lot und Waage" oder "Europa der Völker" unter den Fittichen von ÖVP und FPÖ ebenfalls sinngemäß schon die längste Zeit (vgl. Lotta DURA 10/97). Mit einer kleinen Variation: Der ÖVP-Landtagsabgeordnete Reinhold **Lopatka** zählt immerhin "28 Slowenen". Doch ehe die Zusammenhänge zwischen Briefbomben und der offiziell ad acta gelegten rechten Szene wieder hergestellt werden konnten, verschwand das Thema schleunigst aus der Presse. Die steirischen Zeitungen hatten es überhaupt verschwiegen.

Die Justiz ermittelt – Näheres bestimmt die Politik

Mit Begeisterung stürzten die Medien sich dafür auf die Gutachten der Psychiater, die die Sache Fuchs wieder ins rechte Lot brachten. Der Schriftgutachter stellte aufgrund der Buchstabenzüge in herzerfrischender Direktheit die Diagnose: "Herr Fuchs ist ein ausgesprochen labiler, zu Depressionen neigender Einzelgänger, ein Spinner, aber intelligent." Die beiden Psychiater Reinhard **Haller** und Norbert **Nedopil** konstatierten etwas differenzierter eine "paranoide Schizophrenie" und "geistige Abnormität": "Fuchs wurde in die Psychose hineingetrieben – als ein vom Leben enttäuschter Mensch." Er passe in die "Risikopopulation" von "Menschen, die Persönlichkeitsstörungen haben, von einer allgemeinen Ängstlichkeit bestimmt sind und sich immer mehr zurückziehen." Isolation, Ängstlichkeit, übertriebene Wachsamkeit bis zur Paranoia kann zwar genausogut ein Leben in der Illegalität produzieren, aber der letzte schlagende Beweis kam noch: Daß "Franz Fuchs sich keineswegs als krank einstuft, gehört mit zur Symptomatik."

Sika konnte seinen Ärger über Wissenschaftler, "die mit Händen und Füßen die Mehrtätertheorie vertreten", wieder hinunterschlucken, und Franz Fuchs blieb, was er zu bleiben hatte: der Einzeltäter, der ohne ein "Rechtsradikaler" zu sein, präzise ausformulierte "rechtsradikale" Briefe geschrieben hatte. Am 13. Mai verkündete ein stolzgeschwellter Schlögl dem Nationalrat die fertige Anzeige gegen Franz Fuchs und den Abschluß der Ermittlungen im Sinne der Wahrung des inneren Friedens.

Schlögs Gerede von "Sachbeweisen", die er kurzerhand aus "Indizien" gemacht hatte, und vom Einzeltäter, der nicht einmal mehr mutmaßlich war, bewirkte eine einzige verärgerte Reaktion. Der zuständige Grazer Untersuchungsrichter Erik **Nauta** protestierte in einem Brief und erklärte, er könne keine Verantwortung dafür übernehmen, daß Fuchs so offensichtlich als Einzeltäter hingestellt werde. Die Antwort kam von Generaldirektor Sika: Nautas Vorwürfe gegen Schlögl seien "absurd". Aber wenn "man den Verlauf der Gesundheitskurve von Dr. Nauta kennt, weiß man ja, daß eine gewisse Erschöpfung vorhanden ist", folgte als Erklärung, der zum Glück für den Herrn Richter die beiden psychiatrischen Gutachter Haller und Nedopil nicht näher nachgegangen sind.

Bemerkenswert war nicht Nautas Protest. Er dürfte ihn weder aus Wahrheitsliebe verfaßt haben noch weil er der Exekutive besonders kritisch gegenübersteht oder ihm die hehren Werte der Rechtssprechung so viel bedeuten – das wäre bei ihm zum ersten Mal der Fall -,

sondern einfach aus der Sorge, unter dem Druck des Innenministeriums eine nicht haltbare Konstruktion vertreten zu müssen, die vor Gericht jede Verteidigung, die nicht grenzdebil agiert, auseinanderpflücken könnte. Bemerkenswert an Nautas Brief war etwas ganz anderes, nämlich daß die mediale Diskussion, die sich bisher um jedes Detail aus der Lebensgeschichte des Untersuchungsrichters gerissen hatte, diesen schwerwiegenden Konflikt nur am Rande behandelte oder gar nicht erwähnte. Politische Interessen haben gerichtliche Ermittlungen immer geprägt. So offen hatte sich aber selten ein Innenminister dazu bekannt.

Die letzte Version gehört nicht dem Staat

Die unbeantworteten Fragen sind nach wie vor nicht beantwortet. Die Indizien, die auf Mittäter hinweisen, wurden nicht widerlegt, sondern verdrängt. Den noch immer nicht vollständig geklärten Verbindungen der BBA-Briefe zu einer Wiener Gruppe um Möchtegern-Aufdecker und rechte Ingenieure geht niemand mehr nach. Die Widersprüche stehen im Raum. Fuchs soll völlig isoliert gelebt und gleichzeitig Insiderinformationen über die Ermittlungen besessen haben? Fuchs soll "geisteskrank" und doch der alleinige Verfasser historisch und juristisch versierter Bekennerbriefe gewesen sein? Als Absender der BBA tauchten Personen aus der Neonazi-Szene auf wie Herwig **Nachtmann**, Walter **Ochensberger** oder Reinhold **Elstner** - letzterer war nur einem kleinen Kreis bekannt. Viele Andeutungen enthalten Detailkenntnisse des organisierten Neonazismus, aber alle Kontakte zur rechtsextremen Szene werden geleugnet. Die Ideologie derjenigen, die seit 1993 Menschen verletzten und töteten, will auf einmal niemand mehr kennen.

Es drückt wohl kaum etwas so deutlich die rechte Hegemonie in der politischen Meinung aus wie die allgemeine Weigerung, die rechtsextreme Bekennung zum Briefbombenterror als solche zu bezeichnen. Eine ganze Volksgemeinschaft stand zusammen, um eine ausformulierte, faschistische Ideologie in ein individuelles Wahngebilde umzulügen und einen ganz gewöhnlichen deutsch-österreichischen Rassismus als biographisch zu begründende Fremdenfeindlichkeit zu privatisieren. Nur noch das Tüpfelchen auf dem i ist es dann, wenn diese bewußte Verkennung ideologischer Zusammenhänge auch noch als Sieg gegenüber denen hinausposaunt wird, die Rassismus und Faschismus seit Jahren zu bekämpfen versuchen. Das "Waterloo" der Political Correctness und der AntifaschistInnen, das die bürgerliche Presse herbeijubelte, ist momentan nicht mehr als eine Propagandafloskel und höchstens noch eine Fußnote unter dem Kapitulationsangebot der kritisch-liberalen Öffentlichkeit, das seit Ebergassing am Tisch liegt. Aber es wäre ein weiteres Zurückweichen der Linken vor der herrschenden rechten Definitionsmacht, wenn wir die letzte Version der Ereignisse um die Bomben der Bajuwaren schließlich dem Staat überlassen. Denn der Freispruch für die BBA gilt nicht in erster Linie einer existierenden oder nicht existierenden terroristischen Gruppe, sondern dem, was in den Bekennungen dieser BBA stand – ein Freispruch, der einem Freibrief für mörderischen Nationalismus gleichkommt. ●

Polacek und Co.

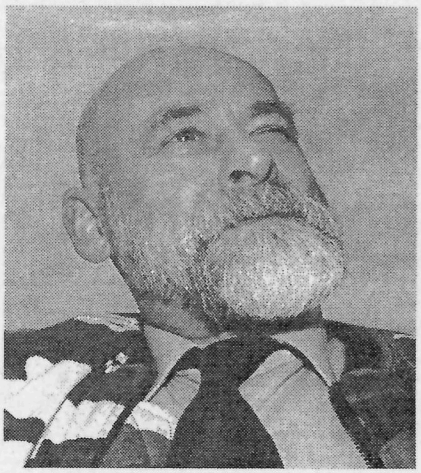
Nazis vor Gericht

Der 1992 von Deutschland nach Österreich abgeschobene Neonazi Karl Polacek, vormaliger Landesführer der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in Niedersachsen, soll sich laut „News" (35/98) im kommenden Herbst endlich vor einem Rieder Geschworenengericht wegen NS-Wiederbetätigung verantworten müssen.

Die Voruntersuchungen gegen den 64jährigen Polacek zogen sich über Jahre hinweg, wofür in parlamentarischen Anfragen der Grünen der zuständige Staatsanwalt Heinrich **Steinsky** (B! Suevia, Innsbruck) veranwortlich gemacht wird. Laut „News" lauschte Polacek im Juni dieses Jahres gar einem Vortrag „seines" Staatsanwaltes beim rechtsextremen Neuen Klub in Salzburg.
Polacek, der als großväterlicher Organisator der Skinhead-Szene gilt, verschickt seine neonazistische Postille „Braunauer Ausguck" unter Umgehung des Pressegesetzes als „Rundbrief". Im Frühjahr 1998 fand sich übrigens als Absender dieser Hetzschrift ein Postfach in Hallwang, welches auch Helmut **Schönangerer** als Anschrift dient. Schönangerer machte in den 70er Jahren als österreichische Kontaktperson der terroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann von sich reden. 1982 kandidierte er auf der Liste der Volkstreuen Sozialen Ordnung bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg. Angführt wurde diese rechtsextreme Gruppe von Fritz **Rebhandl**. Dieser wiederum gewährte Polacek nach seiner Ausweisung aus Deutschland Unterkunft.

Auch der 1992 erfolgten Verurteilung Rebhandls nach dem NS-Verbotsgesetz gingen verschleppte Verfahren voraus. Damals in Salzburg für die Geschwindigkeit, mit welcher die Mühlen des Gesetzes arbeiten, verantwortlich: Heinrich Steinsky. Seine unverblümte Komplizenschaft mit Neonazis brachte dem Herrn Staatsanwalt in der Folge eine Anzeige und schließlich die Versetzung nach Ried ein. Rebhandl droht nun neuerlich ein Verfahren: Seit Juli dieses Jahres liegt die Anklageschrift gegen den Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Der Volkstreue" beim Landesgericht Ried vor. Darin wird dem ehemaligen Waffen-SSler (Div. Das Reich) und Landessprecher der 1988 behördlich aufgelösten Nationaldemokratischen Partei (NDP) vorgeworfen, in mehreren Ausgaben seines „Volkstreuen" u.a. den millionenfachen Mord in den Gaskammern des „Dritten Reiches" geleugnet zu haben. ●

Quelle: http://www.doew.at



Skinhead Karl Polacek

Robert Dürr

Das Ende einer braunen Karriere?

DER IN DEN LETZTEN MONATEN ZUR ZENTRALEN FIGUR DER HEIMISCHEN NEONAZI-SZENE AUFGESTIEGENE BURGENLÄNDISCHE EX-FPÖ-FUNKTIONÄR ROBERT DÜRR HAT ANGESICHTS DROHENDER VERFAHREN SEINEN AUSSTIEG AUS DER POLITIK VERKÜNDET. EINMAL MEHR SIEHT ER SICH ALS OPFER EINER ANTIFASCHISTISCH-JÜDISCHEN VERSCHWÖRUNG.

Noch im Sommer '98 hätte ein völkisches Groß-Event den Aufbruch signalisieren sollen. In den "Nachrichten" (Nr. 3-4/1998) der von **Dürr** angeführten PARTEI NEUE ORDNUNG (PNO) kündigte die Nachwuchstruppe NEUE JUGENDOFFENSIVE (NJO) für den 15. August ein Skin-Konzert in Mönchhof/Burgenland an. Als Anmelder agierte der deutschnational Korporierte Felix **Budin** (*5. 8. 1977). Der in der Wiener Gerasdorferstraße 153/115 wohnende Budin holt(e) sich seine Schmisse bei der AKADEMISCHEN GRENZLANDSMANNSCHAFT CIMBRIA. Dort trifft er sich u.a. mit dem vormaligen Kader der VOLKSTREUEN AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (VAPO), Marcus **Ullmann** (*23. 7. 1971).

"ANTI-DROGEN-JUGEND"

Die NJO stellt einen Versuch von Dürr und Kameraden dar, neonazistische Skinheads nach dem Niedergang der VAPO endlich wieder überregional zu organisieren. In den "PNO-Nachrichten" vom Mai 1998 wurde die "Jugend" aufgefordert, sich "gegen den Terror der antifaschistischen Politik und ihrer in- und ausländischen Steigbügelhalter" zu organisieren. Als Kontaktanschrift der NJO diente zunächst das Postfach der PNO in Nickelsdorf. Bald wechselte mann nach St. Pölten, wo sich der Kopf der NJO, Alexander **Behrend**, herumtreibt. Ein weiterer Aktivist ist Christian Adolf **Czernich** aus Mank/NÖ, der für PNO und NJO im Internet fuhrwerkt.

Nach mehreren Flugblattaktionen in ländlichen Ballungszentren sollte das Konzert im Burgenland einen ersten Höhepunkt im Treiben der Neonazis darstellen. Neben den österreichischen Rassistenbands "Schlachthaus" und "Ansgar" haben sich "Strumtrupp" aus Deutschland angesagt. Aber nicht nur grölende Skinheads, auch "nationale Liedermacher" vom Format eines Jörg **Hähnel** wollten dort ihre Weltanschauung zum Besten geben. Hähnel ist Aktivist der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und engagiert sich in deren Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), zu welchen Dürr enge Kontakte pflegt. In der Einladung zum Konzert bedanken sich die Ostmärker auch "für hilfreiche Zusammenarbeit mit der JN".

Per Aussendung stellten die Veranstalter ihr Treiben unter das Motto "Gegen Völkerhaß und Auserwähltheitswahn", was einen leicht zu dechiffrierenden Code für die behaupteten Eigenschaften eines imaginierten "Weltjudentums" darstellt. Die kahlgeschorenen und springerstiefelbewehrten Kampftrinker werden dort euphemistisch als Vertreter der "anständigen Anti-Drogen-Jugend" bezeichnet. In einer weiteren Aussendung nennt der NJO-Sprecher Behrend als "Hauptintention" des Konzertes gar die Absicht, "die Menschen auf ein selbständiges Europa im Geiste der gesamteuropäischen Verantwortung vorzubereiten." Derartiger Mimikry zum Trotz erkannten die zuständigen Behörden rasch den Charakter des geplanten Treffens. Nach entsprechenden Medienberichten verbot die Gemeinde Mönchhof mit Bescheid vom 11. August das Konzert. Die Veranstalter sahen sich darauf hin als Opfer "einer beispiellosen Hexenjagd", welche das "parteipolitisch gelenkte Bundesministerium für Inneres" gestartet hätte, und rückten von ihren Plänen ab. Dem widersprach eine Agenturmeldung vom 12. August, in welcher ein namentlich nicht genannter Sprecher der NJO angab, einen alternativen Veranstaltungsort für das Konzert suchen zu wollen. Noch am selben Tag distanzierte sich die NJO "auf das schärfste von allfällig gestreuten Falschmeldungen" und wiederholte die Absage. Diese wurde nunmehr mit der angeblichen "Gefahr" begründet, "daß gezielt eingeschleuste antifaschistische Gewalttäter Zwischenfälle provozieren" würden.

EX-FPÖ-FUNKTIONÄR ROBERT DÜRR

Am 15. August hielt schließlich die Polizei in und um Mönchhof mehrere Skinheads an, die trotz Verbot angereist waren. Auch am Rande des Volksfestes im benachbarten Gols wurden Personenkontrollen durchgeführt, da Neonazi-Randale zu befürchten waren. Bei den perlustrierten Skinheads fand man dutzende Messer, Schlaggegenstände sowie eine mit scharfer Munition geladene Pistole. Es gab zudem drei Anzeigen nach dem Abzeichengesetz und zwei nach dem NS-Verbotsgesetz.

KALTE FÜßE

Schon vor dem 15. ging Dürr auf Distanz zum Nachwuchs: Obwohl alle NJO-Aussendungen über sein Fax-Gerät gelaufen waren, wollte er plötzlich mit dem umstrittenen Konzert nichts mehr zu tun haben. Von der APA auf die Ähnlichkeit der Logos von PNO und NJO hingewiesen, meinte Dürr, er werde überlegen, "ob das auf Dauer tragbar ist". Am 14. August wurde Dürrs Anwesen in Nickelsdorf schließlich Ziel einer polizeilichen Hausdurchsuchung, bei welcher umfangreiches Material sichergestellt werden konnte. Dürr, der sich gegenwärtig mit Erhebungen wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz und der Herabwürdigung religiöser Lehren konfrontiert sieht, kündigte daraufhin am 18. August seinen Rückzug aus der Politik und die Stillegung der PNO an. Die ebenfalls von Dürr gegründete NOTWEHRGEMEINSCHAFT DER BAUERN soll jedoch von Michael **Gruber** weiter am Leben erhalten werden. Als Grund für seinen angeblichen Rückzug gab Dürr an, daß er "Drohanrufe am Parteitelefon" bekomme und "sich das DÖW auf mich einschießt".

Die braune Hilfe für den endlich im Eck stehenden Dürr organisierten seine Kameraden zunächst im Internet: Auf einer neuen homepage gegen die "antifaschistische Verfolgung" in Österreich kann bereits allerlei Wissenswertes über "Dürrs Verfolgung und Werk" abgerufen werden. Neben den übrigen "Opfern" des NS-Verbotsgesetzes (von Peter **Binder** bis Konrad **Windisch**) finden dort auch die prominentesten "Extremverfolger und Antifaschisten" (von Staatsanwalt Sepp-Dieter Fasching bis Simon Wiesenthal) Erwähnung. Letztere fanden sich schon 1997 im "antifa-Handbuch"

Neonazis in der FPÖ

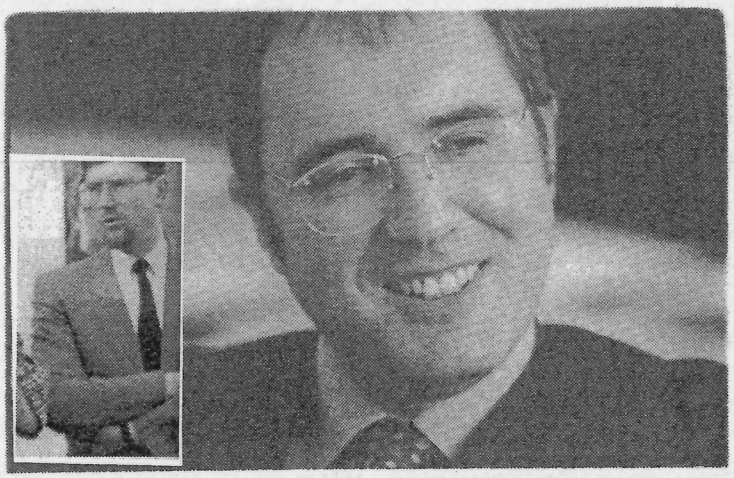
Stadler-Adlatus unter NS-Wiederbetätigungverdacht

DR. GERHARD STAUDINGER, VORMALIGER PARLAMENTARISCHER MITARBEITER DES FPÖ-KLUBOBMANNES EWALD STADLER, SIEHT SICH MIT BEHÖRDLICHEN ERHEBUNGEN KONFRONTIERT. LAUT WOCHENZEITUNG „NEWS" (34/98) LAUFEN GEGEN IHN BEI DER STAATSANWALTSCHAFT LINZ VORUNTERSUCHUNGEN WEGEN DES VERDACHTES DES VERSTOßES GEGEN DAS NS-VERBOTSGESETZ.

Zwar war der in Linz wohnende Staudinger schon im Jänner 1998 nicht mehr Mitarbeiter Stadlers, doch stammt der für die Ermittlungen entscheidende Innenministeriumsbericht schon aus 1997. Dort heißt es: „Da der begründete Verdacht besteht, daß die genannten Bücher (...) über das Konto des Herrn Staudinger verbreitet werden, wäre der gegenständliche Sachverhalt umgehend der Staatsanwaltschaft vorzulegen". Bei den von Staudinger vertriebenen Büchern handelt es sich um Werke Juan **Malers**. Maler ist das Pseudonym des nach Argentinien abgetauchten deutschen Alt-Nazis Reinhard **Kopps**. In seinem Machwerk "Die Verschwörung" redet Maler/Kopps schon in der Einleitung Klartext: "Es gab keine Vergasungen in deutschen Konzentrationslagern! Das Anne Frank Tagebuch gilt als Schwindel!".

„JÜDISCHER" FRIEDHOFSSCHÄNDER

Im Spätsommer 1996 geistert Staudinger zum erstenmal durch die Medien: Auf der eidesstattlichen Erklärung der Eltern des später zu vier Jahren Haft verurteilten Neonazi Wolfgang **Tomsits**, wonach dieser von Christian W. **Anderle** gedrängt worden sei, zum jüdischen Glauben überzutreten, findet sich auch Staudingers Unterschrift. Sein damaliger Boß Stadler präsentierte diese dann als „Beweis" für den jüdischen Charakter der anti-freiheitlichen Verschwörung. Denn auch die Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt (1991), für welche spät aber doch Tomsits und der flüchtige Anderle verantwortlich gemacht wurden, sei ein Werk von gezielt in die FPÖ eingeschleusten Provokateuren. (Die beiden Neonazis betätigten sich nämlich zur Tatzeit im RING FREIHEITLICHER JUGEND bzw. in der FPÖ.) Das Zentrum dieser Verschwörung vermutete der FPÖ-Klubobmann beim beliebtesten Feindbild heimischer AntisemitInnen: der jüdischen Organisation B'NAI B'RITH. Von dieser behauptete übrigens Jörg **Haider** in der ORF-Pressestunde vom 13. 9. 98, sie veranstalte ein geheimes „Femegericht" über ihn und seine Partei.



STAUDINGER UND SEIN EHEMALIGER CHEF STADLER

UNTER DICHTERN

Staudinger ist seit den 80er Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv. Er war etwa gern gesehener Gast und Referent bei den alljährlichen Treffen des VEREINS DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN, welcher ihm 1988 gar eine „Ehrennadel" verlieh. Erst im April dieses Jahres wurde ein Verfahren zur Auflösung des rechtsextremen Vereines eingeleitet und diesem jede weitere Betätigung untersagt.

Zumindest 1991 war Staudinger auch stellvertretender Vorsitzender des BUNDES FÜR DEUTSCHE SCHRIFT UND SPRACHE mit Sitz in Deutschland. Die „Überfremdung" des Deutschen erklären die germanomanischen Sprachpolizisten so: „Die deutsche Niederlage des Jahres 1945 wirkte sich unter anderem auch auf die deutsche Sprache verheerend aus; denn die Sieger und die in ihrem Sinne handelnden Kräfte legten naturgemäß keinerlei Wert darauf, die deutsche Sprache als eine der deutschen Eigenarten zu pflegen und zu erhalten, da sie annehmen konnten, die Pflege deutscher Werte würde zu einem Erstarken des deutschen Selbstbewußtseins führen. Aus diesem Grunde sind Liberalismus, Internationalismus, Völker- und Rassenvermischung gefragt."

Der Grazer „Aula" schrieb Staudinger, der übrigens im Adreßbuch von Franz **Radl** jun. aufscheint, zuletzt 1992 ermutigende Worte: Das rechtsextreme „freiheitliche Magazin" sei „wieder besser" und „weltanschaulich eindeutiger" geworden (7-8/92). An Staudingers Weltanschauung fand in seiner freiheitlichen Umgebung offensichtlich niemand Anstoß. Sein ehemaliger Boß Stadler meinte etwa auf „New"-Anfrage, es sei ihm „nie aufgefallen, daß der Staudinger rechtsextrem wäre". ●

Quelle: http://www.doew.at

---

wieder. Dieses von Dürr vertriebene Pamphlet gegen die "antifaschistische Justiz" und das DÖW läßt sich nun über die homepage abrufen. Im August 98 wurden übrigens zahlreiche, in diesem Machwerk aufgezählte Personen aus dem Umfeld des DÖW zum Teil in der Nacht telefonisch belästigt. Ein Anrufer meldete sich jedesmal mit "Partei Neue Ordnung" und verlangte eine Distanzierung vom DÖW. Oft wurde diese Forderung auch mit einem "Ultimatum" verbunden.

Drohgebärden gehören seit jeher zum Repertoire Dürrs. So schrieb er 1994 in einem Leserbrief: "Alle Antifaschisten, ob klein oder groß, werden nach Verwirklichung der Volksherrschaft (Demokratie) ihrer jeweiligen Schuld gemäß zur Verantwortung gezogen werden." Der anti-antifaschistische Eifer, mit welchem Dürr und die Seinen Informationen über die "Verfolger" der Neonazis sammelte und veröffentlichte, dürfte ihm nun zum Verhängnis geworden sein. Denn über die PNO konnte der interessierte Kamerad zuletzt auch Namen, Familienumstände und Adressen von hochrangigen Beamten in Innenministerium und Polizei erfahren. ●

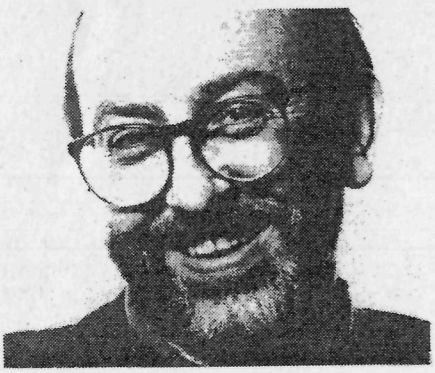
Quelle: http//:www.doew.at

Aus alt mach neu, neuer, am neuesten

Strategien der "Neuen Rechten" in Europa

WIE NEU DIE "NEUE RECHTE" NUN TATSÄCHLICH SEIN WILL, IST NOCH NICHT VOLLSTÄNDIG KLAR, SCHLIEßLICH WIRD SIE VON JÜRGEN HATZENBICHLER, EINEM IHRER ÖSTERREICHISCHEN IDEOLOGEN, SCHON ALS "NEUSTE NEUE RECHTE" BEZEICHNET. UNTER DER AUFPOLIERTEN IMAGEOBERFLÄCHE SIEHT DIE "NEUE RECHTE" JEDOCH EBENSO ALT AUS, WIE IHRE VORVÄTER AUS DER ZEIT DES PRÄFASCHISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS. EGAL OB IN FRANKREICH, ITALIEN, DEUTSCHLAND ODER ÖSTERREICH.

Diese Form des Etikettenschwindels ist Teil des Kampfes um die kulturelle Hegemonie durch rechtsextreme Kreise. Nach außen soll das ideologische Erscheinungsbild modernisiert werden, zu diesem Zweck erfolgen (vor allem in Deutschland und Österreich) Distanzierungen gegenüber und Ablehnung von nationalsozialistischen Ideen und Verbrechen. Die rechtsextreme Ideologie soll von Hitler, Goebbels und Himmler befreit werden. Darum werden (prä-)faschistische Vordenker aus den Reihen der deutschen Konservativen Revolution der Zwischenkriegszeit, sowie mit besonderer Vorliebe nicht-deutsche, aber



ALAIN DE BENOIST

deswegen nicht minder faschistische, Ideologen zitiert und auf sie rekurriert. Das auf diese Weise konstruierte postfaschistische Image der gegenwärtigen intellektuellen rechtsextremen Kräfte Europas soll Bündnisfähigkeit mit konservativen und anderen autoritären Gruppen möglich machen, immer mit dem Ziel der rechten Hegemonie vor Augen. All diese Modifikationen rechtsextremer Strategie lassen den leichtsinnigen Schluß zu, diese Art der vermeintlichen Abwendung von nationalsozialistischer Weltanschauung, NS-Apologie, Revisionismus und Auschwitz-Lüge, sowie die Orientierung an konservative und autoritäre Kreise, würden es rechtfertigen, diese Kreise als "Grauzone" zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus zu bezeichnen. "Nun sind aber die vielfältigen Berührungspunkte von Konservativismus und Rechtsextremismus weder neu, noch konstituieren sie ein eigenständiges ideologisches Phänomen, welchem das Etikett "Neue Rechte" umgehängt werden könnte."[1] Zudem handelt es sich bei dem Begriff "Neue Rechte" um "einen integralen Bestandteil der ideologischen Selbstdarstellung rechtsextremer Intellektueller"[2]. Aus diesen Gründen kann mit diesem Begriff nicht vorsichtig genug umgegangen werden. Das Gesicht hinter der Maske hat sich nämlich nicht wesentlich verändert.

"... MUß ZUM BRUCH MIT JEDER EGALITÄREN IDEOLOGIE FÜHREN"

Selbst Jürgen **Hatzenbichler** mußte jedoch feststellen, daß nicht jeder Rechtsextreme auch gerne ein "Neuer Rechter" sein will. Besonders in den männerbündischen Buden der altrechten Burschenschafter scheiterte oft der Versuch der neurechten Imagepolitur. Vielleicht liegt die Ursache darin, daß neurechte Strategien einfach zu intellektuell konzipiert sind. Offensichtlicher Antisemitismus, rabiater Faschismus sowie eindeutige Holocaust-Leugnungen gehen in dieser Form nicht mehr durch. Wie schwer diese braune Nuß für Hatzenbichler und Andreas **Mölzer** zu knacken war, erwies sich am Beispiel der "Aula". Noch so ausdauernde Anstrengungen, dieses Burschenschafterblatt zu einem neurechten Theorieorgan zu wandeln, scheiterten an der ideologischen Schwerfälligkeit der Grazer Publikation.

Auch die Partei des "Ziehvaters des rechtsextremen Terrors", Jörg **Haider**, schied von vornherein als Anwendungsgebiet aus, weil es dem Charakter neurechter Ideologie widerspricht, sich auf die Ebenen der Realpolitik zu begeben. Als Kernelement dieser Ideologie fungiert seit den 60er Jahren das Konzept der "Metapolitik" und somit die Abkehr von parteiförmiger Politik und Praxis. Alain **de Benoist**, Vater dieser Strategie, sah darin den erfolgversprechendsten Weg im Kampf um die kulturelle Hegemonie, indem die extreme Rechte die Zivilgesellschaft durchdringt und so rechten Konsens herstellt. Rechtsextreme Intellektuelle finden ihre Handlungsanleitung für den "Kulturkampf" in den von Jürgen Hatzenbichler zitierten "vier Imperativen der Metapolitik":

"1. Der Intellektuelle muß Abstand zur unmittelbaren (partei-)politischen Aktivität wahren. 2. Er muß die intellektuelle Debatte eröffnen und ausweiten. Sie muß zum Bruch mit jeder egalitären Ideologie führen und Alternativen dazu aufzeigen. 3. In dieser Diskussion ist auch eine mythische Dimension gefordert. Man braucht eine poetische Bewegung, die sich in einem neuen Heidentum findet. 4. (...) Es muß eine kreative Verbindung von Theorie und Aktion gefunden werden."[3]

In die Entstehungsphase der Nouvelle Droite Frankreichs am Ende der 60er Jahre fällt die Gründung des um de Benoist gruppierten Denkzirkels G.R.E.C.E. (GROUPEMENT DE RECHERCHE ET D'ÉTUDES POUR LA CIVILISATION EUROPÉENNE), dessen Funktion es war/ist rechte Intellektuelle zu sammeln, um so für die Stellungskriege im (diskursiven) Kampf um die kulturelle Hegemonie gewappnet zu sein.

"NEUE KULTUR"

1980 schließlich gründete sich in Kassel das neonazistische THULE-SEMINAR als deutscher Ableger der G.R.E.C.E. mit Pierre **Krebs** an seiner Spitze, der nebenbei auch Schriftleiter des Thule-Blattes "Elemente - Für die europäische Wiedergeburt" ist. In Österreich wurde das THULE-SEMINAR durch die LISTE KRITISCHER STUDENTEN (LKS) repräsentiert, die aber heute ins schwarze Loch der politischen Bedeutungslosigkeit gefallen sein dürften. Die LKS waren aber nicht die einzige Vernetzungslinie nach Österreich. Krebs schien auch auf den Referentenlisten der rechtsextremen AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR (DEMOKRATISCHE) POLITIK (AfP) auf.

Seine Wurzeln kann das THULE-SEMINAR schon aufgrund seines Namens nicht verbergen. 1912 wurde im Wilhelminischen Kaiserreich die Thule-Gesellschaft, benannt nach der mythologisch

schwer geheimnisumwitterten nordischen Insel, als völkischer, antisemitischer und logenähnlich strukturierter Geheimorden gegründet, der u.a. auch an der Gründung der NSDAP beteiligt war und dessen Zeitung "Münchner Beobachter" später in "Völkischer Beobachter" umbenannt wurde. Außerdem führte die Ariosophensekte Hakenkreuze und SS-Sigrunen in ihrer Symbolik. Dort waren u.a. der spätere Führerstellvertreter Rudolf **Heß** sowie der NS-Philosoph Alfred **Rosenberg** anzutreffen.

Gegenwärtig stellt sich das THULE-SEMINAR selbst als "Drehscheibe der kulturellen Revolution eines erwachenden Europas, das sich seines Anders-Seins in der Morgenröte des Ethnos wieder bewußt wird, mit neuem Mut zur Originalität, zu Eigenart und Identität" dar. Und weiter: "Das >>Thule-Seminar<< ist die Lehrgemeinschaft eines Europäertums der heidnischen Besinnung und der zukunftsweisenden Über-Moderne an der Schwelle des XXI. Jahrhunderts. Das >>Thule-Seminar<< ist die Avant-Garde (!) einer neuen Partei des Geistes." Mit dem Gewicht auf Mysthik und germanisch-nordische Naturreligionen steht das Seminar ganz in der Tradition der THULE-GESELLSCHAFT.

Der Rekurs auf ein "erwachendes Europa" steht allerdings nicht im Widerspruch zu neurechten Positionen, die mann/frau wahrscheinlich eher für deutschnational/völkisch halten würde. Für die neurechte Sekte befindet sich Europa im Zustand der geistigen und kulturellen Kolonisation, demnach bedarf es eines Befreiungsnationalismus von rechts um diesen Kontinent vom "versklavenden Dollar-System", von der "universalen Mischkultur", jeder "Gleichheitsideologie", dem "biblischen Messianismus" und den USA als "Homonym des Untergangs"[4] zu befreien. Diese US-Feindlichkeit muß als antisemitischer Code gesehen werden, ohnehin ist die Bezeichnung "biblischer Messianismus" eindeutig antisemitisch.

Stichwortgeber für diesen rechten Befreiungsnationalismus ist der 1931 geborene Nationalrevolutionär Wolfgang **Strauß**. Ihm gelang es diese Form des völkischen Nationalismus im Europadiskurs der extremen Rechten gegenüber dem etatistisch orientierten Nationalismus durchzusetzen. Die Version des völkischen Befreiungsnationalismus bindet die nationale Frage nicht mehr an einen Nationalstaat, sondern an das Volk und stellt gemeinsam mit den Konzepten des Regionalismus zwei wichtige Säulen neurechter Agitation dar.

Andere nicht unwichtige Vorläufer dieses Europakonzeptes waren auch die SS-Einheiten, die, teils aus multinationalen Verbänden bestehend, schon in der NS-Propaganda als "Vorkämpfer für das vereinte Europa" gepriesen wurden. Dieses Ziel, das wohl weniger der Schengen-EU gleichen soll, versucht das THULE-SEMINAR als "geistig-geschichtliche und metapolitische Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung auf der Grundlage der gewachsenen Kulturen aller europäischen Stämme und Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres heidnisch-religiösen Erbes" (THULE-Selbstdarstellung) zu erreichen. Ganz "innovativ" begibt sich das Seminar mittels Querfrontstrategie auf diesen Weg: "Der alte Streit zwischen 'rechts' und 'links' wird immer absurder; die Rechten und die Linken begeben sich zunehmend in eine ideologische Umarmung, der die politische auf den Fuß folgt; (...)." Trotz allem fehlt es den Thuleanern nicht an ideologischen Gegnern. Diese finden sich in den "Anhängern einer multirassischen Gesellschaft" denen sie als "Verfechter der ethnokulturellen Identität" gegenüberstehen. Ihr vereintes, völkisch strukturiertes Europa soll nun durch die Vereinigung der "ethnokulturellen europäischen Identitäten", die "als einander ergänzend zu betrachten" sind, geschaffen werden. "Es gilt, die nationale Identität von oben (vermittels Europa) zu ergänzen und von unten (innerhalb der Region) zu verankern. Mit einem Wort: Das >>Thule-Seminar<< verficht das Modell einer heterogenen Welt homogener Völker - und nicht umgekehrt." Oder anders gesagt: ethnopluralistisch. Diese Form des Rassismus wird als Neorassismus bezeichnet. Der rassistische Ethnopluralismus ersetzt den Begriff der "Rasse" durch den der "Kultur", sieht ihn jedoch genauso essentialistisch. Nicht mehr die biologischen Vererbungen stehen im Vordergrund, sondern die behauptete Unvereinbarkeit verschiedener "ethnischer" Identitäten. "Ethnische" Identität ersetzt das *Blut*, die Kultur den *Boden*, ist aber um nichts weniger rassistisch oder völkisch. Die Vorsilbe Neo vor Rassismus rechtfertigt sich zudem aufgrund jener rassistischen Modifikation, in der xenophobe und rassistische Aggressionen als quasi "triebgeleitete Abwehrreaktionen" ausgegeben werden. Argumentationshilfe hierfür liefern die Untersuchungen des Verhaltensforschers Irenäus **Eibl-Eibesfeldt**, der Rassismus in der Weise half zu ontologisieren, indem er beim Menschen einen Territorialtrieb diagnostizierte, der bei Überschreiten einer konstruierten "Toleranzschwelle" durch "Fremde" aggressive Abwehr erzeuge.

In der neurechten Diktion bedeutet dann Assimilaton "Völkermord" an der eigenen Kultur (= in altrechter Diktion: Rasse). Oder in den Worten des THULE-SEMINARS: "Der Egalitarismus öffnet allen Formen der Willkür, der Intoleranz, ja sogar des Völkermordes Tür und Tor. Die differentialistische Alternative ist insofern eine echte humanistische, als sie sämtliche Menschenrassen dieser Welt, sämtliche Völker und Kulturen berücksichtigt, statt sie willkürlich in die Schablone einer einzigen, vorgefertigten, verstümmelten und entwurzelten Menschheit hineinzuzwängen. (...) Die Kultur erweist sich (...) als die ursächliche Eigenart der Völker, als die lebende Wurzel ihrer Geschichte, als die Legitimität ihres unveräußerlichen Rechts, über ihre Zukunft und ihr Schicksal zu bestimmen. Die Kultur ist der nächstliegende, tiefgreifendste und schlagendste Beweis für die Verschiedenheit der Völker."

An die Stelle gleichmachender Kultur soll dann die für das Thule-Seminar "wahre" Demokratie der "Neuen Kultur" treten. Organisch strukturiert, anhand "authentischer Hierarchien".

Mit Hilfe von Denkzirkeln muß - als Vorbedingung für das Erreichen politischer Macht - erst die kulturelle Macht erlangt werden. Die "Eroberung der Köpfe" ist somit die primäre Aufgabe der metapolitischen "Neuen Kultur". Der Aufbau eines entsprechenden europäischen Netzwerkes von "Denkzirkeln" ist schon seit längerem im Gange und so bildeten sich als Kernelement dieses Netzes die EUROPÄISCHEN SYNERGIEN mit Kontaktadressen in Belgien, England, Frankreich, Italien, Österreich (c/o Jürgen Hatzenbichler, Wurzelgasse 32, A-9020 Klagenfurt), Portugal und Spanien heraus.

SYN|ERGIE, DIE: DAS ZUSAMMENWIRKEN VON MUSKELN, DRÜSEN (BIOL.; MED.) [5]

Dem Muskelspiel der EUROPÄISCHEN SYNERGIEN ging jedoch der Konflikt und darauffolgende Bruch ihres Gründers Robert **Streuckers** mit dem Vater der "Neuen Rechten", Alain de Benoist, voraus. Der Belgier war zuvor Chefideologe und langjähriger zweiter Mann im G.R.E.C.E., hinter de Benoist, gewesen. 1993 schließlich trennten sich ihre Wege und Streuckers rief die SYNERGIES EUROPÉENNES ins Leben.

Nicht lange, und Streuckers hatte auch Anhänger für seine Idee in Deutschland gefunden. Die seit 1989 in der "Neuen Rechten" zunehmende ideologische Tendenz in Richtung nationalrevolutionärer Traditionslinien, die

größer werdende Zahl an unzufriedenen Lesern der "Jungen Freiheit" - diese soll zu liberal geworden sein - sowie die Ablehnung des Kasseler THULE-SEMINARS als zu esoterisch und weltfremd lieferten den Synergien einen fruchtbaren Boden. 1995 schließlich nutzte Streuckers seinen Auftritt bei der FREIEN DEUTSCHEN SOMMERUNIVERSITÄT, die in Konkurrenz zur Sommeruniversität der "Jungen Freiheit" von Burschenschaftern mit ziemlichen Erfolg organisiert worden war, um dort die ersten Kontakte zur Gründung einer deutschen Abteilung der Synergien zu knüpfen.

Zur tatsächlichen Gründung der SYNERGON getauften deutschen Abteilung kam es im selben Jahr am Rande der Frankfurter Buchmesse. Der bis dahin unbekannte Mark **Lüdders** wurde zum Präsidenten von Synergon gewählt, seine Generalsekretärin ist die nicht unbekannte Gerlinde **Gronow**. Als Gewinnerin eines Nachwuchswettbewerbes der "Jungen Freiheit" begann 1993 ihr Aufstieg in der rechtsextremen Journaille, bis sie sich 1995 im Streit von der "JF" trennte und übergangslos bei SYNERGON einstieg. Lüdders war bis zu seiner Berufung als Präsident der deutschen Synergie Sprecher der Hamburger Burschenschaft GERMANIA, die wiederum dem neonazistischen Flügel der Dachorganisation DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT zuzurechnen ist. Seitdem gilt die Bude der Hamburger Burschen als faktischer Sitz von SYNERGON. So referierte dort neben Robert Streuckers der neurechte Esoteriker, zeitweilige Horstführer der WIKING JUGEND, Redakteur der JF, sowie Geschäftsführer des Esoterik-Verlages GAIA Stefan **Ulbrich** über den esoterisch-faschistischen Philosophen Julius **Evola**. In Evolas Werken sieht Ulbrich die geistigen Grundlagen für ein geeintes neurechtes Europa. Schon in Zeiten der "Strategie der Spannung" waren Evolas philosophische Ergüsse die Handlungsanleitung für die italienischen terroristischen Nationalrevolutionäre. Evola hatte sich vor allem durch sein Buch "Heidnischer Imperialismus" (dt. 1933) zwischen italienischem und deutschem Faschismus plaziert. Ein neues Mittelalter, hervorgerufen durch einen "Aufstand von barbarischer Reinheit" und getragen von einer neuheidnischen Kriegerkaste hatte das Europa des 20. Jahrhunderts seiner Meinung nach dringend nötig. Sein elitär-aristokratisches Konzept verhinderte jedoch eine Vereinnahmung durch die massenorientierten Faschismen in Italien und Deutschland. Und so kann die "Neue Rechte" heute wieder auf Evolas Werk zurückgreifen.

Für Marc Lüdders hingegen soll die deutsche "Neue Rechte" ebenso auf den historischen Fundus der Konservativen Revolution wie auch auf die gelebte Praxis der Jugendbewegungen in der Weimarer Republik zurückgreifen. Um jedoch das Provinzielle (O-Ton Lüdders) an der deutschen Rechten abzulegen, soll von der italienischen und französischen "Neuen Rechten" gelernt werden.

Mit deutscher Eifrigkeit machte sich Synergon in der Folge daran das Netz weiter zu spinnen und ging 1997 eine enge Kooperation mit der DEUTSCH-EUROPÄISCHEN STUDIENGESELLSCHAFT (DESG) ein. Für Gunnar **Thymen**, dem Pressesprecher von SYNERGON, ergab sich diese Zusammenarbeit aus den "artverwandten Ideen" sowie Arbeitsmethoden. Der antifaschistische "blick nach rechts" beurteilt diese Kooperation als "Verknüpfung der Restbestände der nationalrevolutionären Strömung der 60er/70er Jahre mit dem Teil der intellektuellen jungen Rechten, der sich als systemoppositionell begreift, den Weg in die Niederungen der Parteipolitik nicht gehen will und sich als denkende Elite der Rechten versteht" (Nr. 14/1997).

Die DESG war 1972 als Nachfolgeorganisation der SABABURG-RUNDEN entstanden, um junge Rechtsextreme, die mit dem Kurs der NPD unzufrieden waren, zu organisieren.

Die SABABURG-RUNDEN wiederum gelten als der Geburtsort der ideologischen Modernisierungsversuche in der rechtsextremen Szene Deutschlands. Insbesonders der ARBEITSKREIS JUNGES FORUM hatte sich schon früh auf die Suche nach politischen Inhalten und Strategien jenseits von NS-Nostalgie und Deutschnationalismus gemacht. Als Leitbilder dienten hier vor allem der Solidarismus Otto Strassers sowie die Nationalrevolutionäre der Zwischenkriegszeit. Henning **Eichberg** war einer dieser Denker in den 60er Jahre, die neue Themenfelder wie Ökologie und Regionalismus in die Debatten der extremen Rechte einführten. Lange Zeit übte diese Strömung erheblichen Einfluß auf die Ideologieentwicklung der NPD aus bis es dann Mitte der 70er Jahre nach internen Differenzen zur Spaltung kam. Nach einer jahrzehntelangen Sendepause wollen nun DESG und SYNERGON die Sababurg-Runden wiederbeleben. Im Mittelpunkt der Neugründung der Diskussionszirkel steht die Ausrichtung der Ideologiebildung auf ein Europäisches Reich, etwa nach dem Vorbild des Imperium Romanum oder des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Nationalstaat als solcher, auch wenn er völkisch konzipiert ist, steht nicht mehr im Mittelpunkt neurechten Denkens, sondern die "biologisch gegebenen" "Völker" und "Stämme", die um einiges bedeutender seien, als politische Größen wie die Nation, die immer wieder Veränderungen unterworfen sein kann.

Als unbedingte Vertreter des neurechten Metapolitikkonzeptes streben die Protagonisten von Synergon letztendes eine Verankerung in den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Bereichen des vorpolitischen Raumes an.

Auch hierzulande breitet sich das Netzwerk der Synergien aus. Gerade erst im Mai dieses Jahres veranstalteten die EUROPÄISCHEN SYNERGIEN gemeinsam mit der DESG ein Seminar zu "Julius Evola 1898-1998" auf der Wiener Olympia-Bude, die wegen einer Gegendemo mit rund 100 Personen vor dem Haus sicher nicht in Ruhe arbeiten konnten, sowie im Juli mit SYNERGON ÖSTERREICH die 6. Sommeruniversität in den Dolomiten. Stark beworben wurden diese in Mölzers und Hatzenbichlers Blatt "Zur Zeit". An Hatzenbichlers Stelle trat dann bei SYNERGON ÖSTERREICH Robert **Schwarzbauer** als Kontaktmann auf. Schwarzbauer ist nicht nur Student an der Wiener Uni und Freiheitlicher, sondern schreibt u.a. in dem noch jungen "Genius" und in "Nation & Europa" unter seinem Pseudonym Martin **Schwarz**. "Genius" wiederum, von Gerulf **Stix** herausgegeben, charakterisiert sich selbst als "Plattform für die geistige Auseinandersetzung mit Zeitfragen aus freiheitlicher Sicht", jedoch nicht parteipolitisch oder konfessionell eingeengt. So finden sich dort neben Schwarzbauer u.a. Beiträge von Lothar **Höbelt**, Günther **Rehak**, Brigitte **Sob** und Andreas **Mölzer**. ●

[1] Heribert Schiedel: „Neue Rechte" und rechtsextreme Intellektualität - Anmerkungen zu einem gar nicht so neuen Phänomen. In: Helmut Reinalter/ Franko Petri/ Rüdiger Kaufmann (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. Innsbruck 1998. S. 226

[2] ebd. S. 227f

[3] Wolfgang Purtscheller/Heribert Schiedel: Theorien der „Neuen Rechten". In: Wolfgang Purtscheller (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte" in Österreich. Wien 1994. S. 17f

[4] Für alle, die auch keine Ahnung haben, was ein Homonym sein soll, hier die Erklärung des Duden: Deckname

[5] DUDEN-Fremdwörterbuch

Homophobie

Peitschen für lesbische Tiere

DAS PAPSTTREUE FUNDAMENTALISTENBLATT "DER 13.", BENANNT NACH JENEM TAG IM JULI 1917, AN WELCHEM DIE "MUTTERGOTTES" IN FATIMA ERSCHIENEN IST, UM DIE ÖRTLICHE LANDJUGEND VOR DER BOLSCHEWISTISCHEN BEDROHUNG AUS DEM OSTEN ZU WARNEN, MUßTE SICH IM JULI VOR EINEM LINZER GERICHT VERANTWORTEN. 44 AKTIVISTINNEN DES ÖSTERREICHISCHEN SCHWULEN- UND LESBENFORUMS (ÖLSF) HATTEN DAS OBSKURANTENBLATT UND AUTOR KURT **DIEMAN** WEGEN BELEIDIGENDER ÄUßERUNGEN GEKLAGT.

Eine Anzeige wegen Verhetzung, Drohung und Nötigung war von der Staatsanwaltschaft zuvor bereits zurückgelegt worden.

IN DER BRAUNZONE

Der im oberösterreichischen Kleinzell erscheinende "13." wird vom eifrigen Anti-Antifa-Fotographen Albert **Engelmann** herausgegeben. Gemeinsam mit Vater Friedrich, Pornojäger und Bilderstürmer Martin **Humer** und weiteren Aufrechten zieht er gegen alle "Verfallserscheinungen" und "Entartungen" der Moderne zu Felde: von der Fristenlösung und die vorgebliche Gleichberechtigung über die Aktionskunst bis zur Sexualiät, die nicht der Fortpflanzung dient - all das und vieles mehr zieht sich den Zorn der religiösen Eiferer zu. Die Gruppe um den "13." organisiert maßgeblich die fundamentalistische Front innerhalb des heimischen Katholizismus und verfügt von daher über enge Kontakte zum St. Pöltener Bischof Kurt **Krenn**. Mit diesem und dem Monarchistenblatt "Die weiße Rose" arbeitet sich die "Zeitung der Katholiken für Glaube und Kirche" am Brückenschlag zum parteiförmigen Rechtsextremismus ab. FPÖ-Klubobmann Ewald **Stadler** fand in seinem parteiinternen Kampf für ein programmatisches "Christentum, das seine Werte verteidigt" im "13." einen leidenschaftlichen Unterstützer. Überhaupt scheinen sich dort jene Stimmen durchgesetzt zu haben, welche die von ihrem historischen Antiklerikalismus befreite FPÖ als politische Heimat österreichischer KatholikInnen propagieren, ist doch die Bundes-ÖVP in deren Augen heillos dem Liberalismus verfallen.

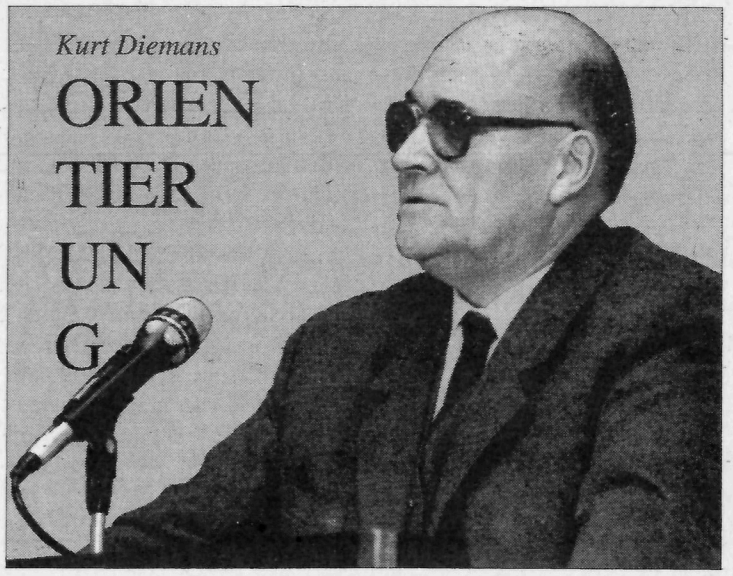
Der polternde Antisemit Dieman (in inkriminiertem Artikel nennt er etwa den ORF eine "linke(n) Freimaurersynagoge") wurde einer breiteren Öffentlichkeit 1986 als leidenschaftlicher Wahlkämpfer für Kurt **Waldheim** bekannt. In den 50er Jahren bewegte er sich im Umfeld der KPÖ, danach fand er in der SPÖ eine politische Heimat. Ende der 70er Jahre zog es Dieman zum rechten Flügel der ÖVP rund um Justizminister i.R. Hans **Klecatsky** und dem damaligen Vorsitzenden der Ärztekammer, Richard **Piaty**. 1993 trafen sich prominente Vertreter dieses Flügels mit FPÖ-Kadern (Andreas **Mölzer**, John **Gudenus** u.a.), Klerikalfaschisten (Friedrich **Romig** von der "Aula", "Weiße Rose"-Mitherausgeber Albert **Pethö** u.a.) und weiteren Rechtsextremisten (Josef **Feldner** vom Kärntner Heimatdienst, Heinrich **Birnleitner** u.a.) im PATRIOTISCHEN CLUB - BESSERES ÖSTERREICH. Die Initiative zu dieser schwarz-braunen Sammlung soll laut Dieman von diesem selbst ausgegangen sein.

EINE "BÜRGERWEHR" GEGEN SCHWULE UND LESBEN

In der Ausgabe 11/97 des "13." widmet sich Dieman insbesondere den Umtrieben homosexueller KatholikInnen. Ihre Versuche, sexuelle Orientierung und religiöse Praxis innerhalb der katholischen Kirche zu verbinden, lassen Dieman in Rage geraten. Er verteidigt aber nicht nur einen Aberglauben gegen den anderen, sondern vielmehr verbindet sich seine KetzerInnen-Panik mit Homophobie und mündet in einem offenen Aufruf zur Gewalt gegen Schwule und Lesben.

Während der Wiener Erzbischof Christoph **Schönborn** verlangt, den in seinen Augen von "homosexueller Veranlagung" arg geprüften Mitmenschen "mit Achtung, Mitleid und Takt" zu begegnen, vertritt Dieman eine etwas andere Auffassung: "Sünde und Sünder haben keinen Anspruch auf 'Achtung'! Jeder Glaube an eine höhere Ordnung und Gerechtigkeit ginge durch die Erfüllung dieser Forderung verloren." Wie mit den "abartigen" SünderInnen umzugehen sei, erläutert der gestrenge Gläubige am Vorbild seines Religionsstifters, der einst die "Händler und Wechsler aus dem Tempel" gejagt hätte: Die die Kirche "verunehren(den)" Schwulen und Lesben "gehörten 'geschlechtsspezifisch' mit Peitsche und Ochsenziemer zurechtgewiesen!" Der religiöse Wahn, der schon so oft in Verfolgung und Vernichtung alles Nicht-Identischen mündete, treibt Dieman in die Forderung nach "Bürgerwehren" zum "Kampf gegen die organisierte, staatlich subventionierte und privilegierte Unzucht." Die Gewaltandrohung erfährt gar noch eine Steigerung, wenn Dieman die "Warmen", die vor dem St. Pöltener Dom MessbesucherInnen "mit ihrem Anblick" belästigt hätten, mit der "Hitlerjugend" vergleicht: "Wer 'Nazimethoden' praktiziert, sollte mit ebensolchen konfrontiert werden." An deren Beginn stand die Entmenschlichung der Opfer. Auch Dieman spricht folgerichtig von den Homosexuellen als "Ratten", die "jetzt überall (...) aus ihren Löchern (kriechen)". Garniert werden die Ausfälle mit Fotos von schwulen Aktivisten.

Gemeinsam mit anderen brachten diese daraufhin eine Klage wegen übler Nachrede und Beschimpfung gegen den "13." und Dieman ein.



KURT DIEMAN

▶ *Fortsetzung auf Seite 14*

Wertvolle, subjektlose Charaktermasken?

In Deutschland wird über die (anti)nationale Ausrichtung linken Engagements im Angesicht nationalistischer Massenmobilisierung gestritten. Die einen halten an herkömmlichen Politik- und Bündniskonzepten fest, bekräftigen ihren Anspruch, auf die soziale Frage die richtige Antwort zu haben.

Diese volksnahe Position versucht den InländerInnen ihre eigenen Interessen näherzubringen und sie in ihrem Protest lenkend zu begleiten. Mit Parolen wie "Ausländer sind die falsche Adresse, haut den Bonzen in die Fresse!" wollen einige die zwar irregeleiteten aber immerhin schon in Bewegung gesetzten Massen vom Pogrom zur Revolution führen. Auch eine Kontinuität: Bereits 1893 dichtete August Bebel der antisemitischen Bewegung einen letztendlich revolutinären Charakter an, "weil die von dem Antisemitisimus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist".

Derartige Auffassungen sind in der deutschen und österreichischen ArbeiterInnenbewegung Legion und verweisen auf die Notwendigkeit einer "Auseinandersetzung mit der allgemein gängigen moralisierenden und personalisierenden Kapitalismuskritik", wie sie von Stephan Grigat in der Volksstimme 31/98 zu Recht der antinationalen Gegenposition zugeschrieben wird. Diese bricht mit dem aus der Übertragung Marxscher Kritik in den "Brustton von Gewerkschaftsfunktionären" (Max Horkheimer) entstandenen Bewegungsmarxismus. Neben der Verwandlung eines Interessenskonflikts in einen Kampf zwischen Feinden, ja zwischen gut und böse, betrieben die FunktionärInnen der Arbeit deren Ontologisierung. Mit der Adelung der Arbeit und der dazugehörenden Klasse wurde die Befreiungsperspektive auf den warenförmigen Horizont eingeengt. Daß dann mit dem Politischen auch dessen Nations-/Staatsform aus der Kritik geriet, überrascht nicht wirklich. Bürokratisierung und Etatisierung, Hauptwiderspruchsdenken, Burgfrieden, Sozialismus in einem Land, antiimperialistischer Nationalismus, antimonopolistische Demokratie und ähnliches markieren die Verhunzung des Befreiungsprogrammes.

Wenn die Kritik an Wertform und Verdinglichung auch zentrales Moment antinationaler Intervention ist, so geht diese darin aber nicht vollständig auf. Sie erschöpft sich nicht, wie Grigat suggeriert, im Dechiffrieren der "Bewußtseinsformen als notwendigen Ausdruck der fetischistischen Wertverwertung". Denn bloße Wertkritik, die als Theorie des Ausdrucks oder der expressiven Totalität in jeder Erscheinung stets nur das Wirken des Wesens "Ware/Wert" erkennen kann, stellt einen unzulässigen Reduktionismus dar. Althusser und Balibar kritisieren in "Das Kapital lesen" dieses "Ausdrucksdenken". Gerade im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Sexismus erweist sich der rein wertkritische Standpunkt, wonach diese Ideologien automatisch als Effekte dem warenproduzierenden System entwachsen, als fatal. Mit dem Subjekt, das hier auf den Status der Charaktermaske einer "Warenmonade" zurückgestutzt wird, verschwinden dessen Praxisformen. Dem gegenüber begreifen wir Herrschaft und Unterordnung als mitunter krisenhaften Prozeß, der durch ideologische wie materielle Integrationsleistungen gekennzeichnet ist. Erst mit der Selbsttätigkeit der Subjekte im Prozeß der Vergesellschaftung kommt deren Verantwortung in den Blick. Antisemitismus, Rassismus und Sexismus werden hier unter dem Aspekt der Funktionalität für die sich dauernd in ein Verhältnis zu Herrschaft setzenden Individuen betrachtet. Sie erleichtern diesen die abverlangte Unterordnung und ermöglichen ihnen die geduldete konformistische Revolte. Antisemitische wie rassistische Denk- und Handlungsmuster sind umso stärker

---

▶ *Fortsetzung von Seite 13*

Der Prozeß

Vor dem Linzer Gericht wurden die Hetzer von Alfons **Adam** und Michael **Metzler** vertreten. Der niederösterreichische Dieman-Anwalt Adam engagiert sich nebenberuflich in der rechten Psychosekte Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM) und gibt das lebensschützerische Blatt "Pro Vita" heraus. Seine Verteidigungsstrategie pendelte zwischen dem üblichen Pochen auf Meinungsfreiheit und der Darstellung inkriminierter Zeilen als "satirisch". Herausgeber Engelmann wiederum distanzierte sich von Diemans Artikel, den er vor Drucklegung gar nicht gelesen haben will.

Verurteilt wurde Engelmann dann auch nicht aufgrund des Inhaltes, sondern weil durch die Veröffentlichung der Fotos konkrete Personen verunglimpft worden seien. Daher bekamen bloß die vier Abgelichteten jeweils öS 10.000.- als Entschädigung zugesprochen. Diemans Haßtiraden gingen bei Gericht als "Meinung" durch, von den Fotos müsse er nichts gewußt haben - Freispruch "im Zweifel".

Bemerkenswert auch die Urteilsbegründung von Richter Klaus Peter **Bittmann**: Der Klage der übrigen 40 Personen werde deswegen nicht stattgegeben, weil der Kreis der von Diemans Hetze Betroffenen unüberschaubar sei. Der Jurist wörtlich: "In Wahrheit schließt Homosexualität aber auch die Welt der lesbischen Frauen und selbstverständlich auch jene der Tiere ein. Mitglieder jeder höheren Tierart wenden sich zur Paarungszeit Tieren ihres eigenen Geschlechts zu, wenn kein andersgeschlechtlicher Partner verfügbar ist. Kühe reiten aufeinander, stampfen mit den Vorderfüßen, werfen die Erde mit den Vorderfüßen auf und brüllen wie Stiere." Mehrere Zeilen lang ergeht sich Bittmann dann weiter über "lesbische Verhältnisse" in der Tierwelt. Die Empörung über den Biologen im Talar beschränkte sich nicht auf die KlägerInnen und PolitikerInn der Liberalen und Grünen, auch Bittmanns StandeskollegInnen distanzierten sich "nachdrücklich" von der Urteilsbegründung. Als dann gar Justizminister **Michalek** öffentlich "keinerlei Verständnis" für die Argumentation des furchtbaren Juristen zeigte, rang sich dieser eine halbherzige Entschuldigung ab.

Was einmal mehr bleibt, ist die Gewißheit, daß kein Rülpser von rechts so laut und unappetitlich sein kann, als daß er nicht von ExponentInnen der "Mitte" oder des Staates übertönt werden würde. ●

ausgeprägt, je heftiger die Identifikation mit der Autorität oder dem nationalen Ganzen ausfällt. Ihre Verbreitung und der Grad ihrer Militanz sind abhängig vom Charakter der Herrschaft, den hegemonialen Verhältnissen und von der Disposition der Individuen. Hingegen sind in der Nacht des subjektlosen Ausdrucksdenkens alle Katzen grau. Bloße Wertkritik blamiert sich so insbesondere am "Deutschtum", wie es in Auschwitz zu sich kam.

Die Shoah ohne Täter

Auch Grigat postuliert die Zentralität der Shoah für linke Kritik im Land der TäterInnen. Zu Recht mahnt er eine "spezifische Form der antideutschen Kritik" ein, welche die Taten nicht "einfach in einem allgemein gehaltenen Antinationalismus verschwinden läßt". Jedoch ist die Verbindung des warenförmigen Allgemeinen mit dem nationalsozialistischen Besonderen in der Theorie noch nicht geschafft. Die AutorInnen von "Goldhagen und die deutsche Linke" kritisieren in der "jungle world" (28/98) vielmehr jene Ansätze, die den Antisemitismus und gar Auschwitz als "unmittelbar aus der Wertvergesellschaftung abzuleitende Notwendigkeit" darstellen. Damit gerate Auschwitz als "deutsches" Projekt und die Frewilligkeit wie Leidenschaft, mit welcher sich ganz gewöhnliche Deutsche und Österreicher an das Morden machten, aus dem Blick. Wer die Subjekte nur als "Warenmonaden" zuläßt, kann über ihre Motive und deren Bedeutung für das Mordprogramm nichts sagen.

Neben diesen Differenzen innerhalb antinationaler Zusammenhänge herrscht weitgehende Einigkeit in der Ablehnung einer Faschismustheorie, die viel über den Kapitalismus und wenig über die Shoah sagt, die ein von den Agenten des Großkapitals getäuschtes Volk im Schafspelz vorführt. Auch die Liebe zum Volk macht blind: Die Verbreitung von Nationalismus und Antisemitismus zunächst unter den kleinbürgerlichen, dann unter den proletarischen Schichten wird vielerorts bis heute als ein Beweggrund der nationalsozialistischen "Revolution" ausgeblendet.

1935 meinte Dimitroff vor dem Kongreß der Komintern, dem Faschismus gelinge es, die "Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert", weil "er spekuliert auf die besten Gefühle der Massen." Die Verfaßtheit der nationalisierten Massen wurde nicht als Hintergrund, vor welchem sich die angesprochenen Bedürfnisse erst artikulieren, begriffen. Zu stark war die Verstricktheit der parteikommunistischen Linken vor allem in Deutschland mit dem hegemonialen nationalistischen und antisemitischen Diskurs. Sind die massenhaften Ressentiments gegen die personalisierte Kapitalmacht und das westliche Ausland, welches Deutschland 1918 einen Diktatfrieden aufgezwungen habe, einmal als "die besten Gefühle" identifiziert, bleibt als antifaschistische Strategie nur der Konkurrenzkampf mit den Nazis.

Dem Scheitern dieser Strategie zum Trotz wollen nationale Linke auch heute mit den Rechten um die richtige Antwort auf die soziale Frage und um vermeintlich leere Begriffe wie "Heimat" oder "Identität" streiten. Dem gegenüber lehnen Antinationale jede a priori positive Bezugnahme auf das Volk und dessen Interessen ab. Die inländerfeindliche Position will dem Mob nicht entgegenkommen, sondern ihn herausforden. Für die sozialen Kämpfe ergibt sich daraus, daß diese nicht abzutrennen sind vom den Kämpfen gegen Antisemitismus, Rassismus und Sexismus. Dies gilt gerade für Deutschland und Österreich, wo Antisemitismus und Rassismus nicht erst die demagogische Antwort auf die soziale Frage darstellen, sondern schon auf der Ebene ihrer Artikulation eingewoben sind. Das hat weniger mit "Nationalcharakter" zu tun und ist auch nicht mit der Universalkategorie "warenproduzierendes System" alleine zu erklären, sondern nur vor dem Hintergrund des spezifischen historischen Materials zu klären.

Österreich zuletzt

Grigat ist abschließend zuzustimmen, wenn er verlangt, den "als Antifapatriotismus daherkommenden Austropatriotismus" in die Kritik miteinzubeziehen. Gerade hierzulande zeigt sich die Unmöglichkeit von rein antideutschen Positionen, die eben durchaus mit Österreich-Nationalismus vereinbar sind.

Nicht einmal das antipreußische Bekenntnis zu einem unabhängigen Österreich vermochte massenhaften Widerstand zu mobilisieren. Dennoch wurde es nach 1945 auch und gerade von KommunistInnen rückwirkend zum ideologischen Bollwerk gegen den exterritorialisierten Nationalsozialismus erklärt. Späte Rechtfertigungen werden bis heute unhinterfragt als historische Erklärungen ausgegeben. Oft wird etwa so getan, als ob die geblendeten und von Arbeitslosigkeit gebeutelten Massen am Heldenplatz 1938 nur die Erfüllung des großdeutschen Traumes feierten und nicht einem politischen Programm - "Juda verrecke!" - zustimmten. Das Hochhalten der österreichischen Nation ist Teil der kollektiven Wahrnehmung der TäterInnen und ZuschauerInnen: "Das neue Österreich-Bild wurde aus einer Perspektive der Täter geschaffen, die sich als eine der Opfer ausgibt." (Ruth Beckermann) Die österreichischen Wurzeln des NS sowie der überproportional große Anteil von ÖsterreicherInnen an den NSDAP-Mitgliedern und willigen VollstreckerInnen verschwanden hinter dem neuen Patriotismus. So wie die Täter-Opfer-Umkehr im Allgemeinen ist der Östereichpatriotismus im Besonderen eine Form, in welcher das laute Schweigen über Auschwitz organisiert wird. Gleichzeitig basiert die österreichische Nation und das dazugehörende Bekenntnis, welches mit Antisemitismus und Rassismus durchaus vereinbar ist, auf der durch die Shoah geschaffenen Gewißheit: Vor der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938 lebten in Österreich rund 200.000 Juden und Jüdinnen, bis 1945 wurden über 65.000 von ihnen ermordet, das Schicksal von vielen blieb unbekannt. Heute leben rund 20.000 Juden und Jüdinnen in Österreich. ●

Nation und die deutsche Linke

Interview mit zwei AutorInnen des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke"

DAS BUCH „GOLDHAGEN UND DIE DEUTSCHE LINKE" BERÜHRT ZENTRALE PUNKTE, WIE NATIONALISMUS UND ANTISEMITISMUS IN DER DEUTSCHEN LINKEN. DIE POSITIONEN DER AUTORINNEN FÜHRTEN ZU HEFTIGEN THEORETISCHEN AUSEINANDERSETZUNGEN UND POLEMIKEN. BESONDERS IN DER „JUNGLE WORLD" WURDE ÜBER NATION UND ANTINATIONALISMUS GESTRITTEN. IM INTERVIEW GEBEN ZWEI AUTORINNEN DES BUCHES AUSKUNFT ÜBER DEN GEGENWÄRTIGEN STAND DER DISKUSSION.

Wie schauen die Mehr- und Minderheiten in der deutschen Linken aus? Ist es überhaupt noch möglich antinationale und antideutsche Position zu vertreten?

Ulrike: Was ein Teil der Linken bereit ist mitzutragen, sind Kampagnen, die sich gegen den staatlichen Rassismus bzw. Antisemitismus richten, wie z.B. zur Abschiebepolitik. Es wird aber immer betont, daß der Antisemitismus oder Rassismus von oben geschürt und die Bevölkerung manipuliert wird. Sobald wir thematisieren, daß die Bevölkerung es von unten mitträgt und auch pusht, wird uns entgegengehalten, wir würden damit die Möglichkeit, überhaupt noch linke Politik zu machen, zerstören. Es wurde uns auch einmal gesagt, „ein bißchen Rassismus bzw. Antisemitismus muß man schon vertragen". Die eigenständige Dynamik von unten wird entweder überhaupt nicht gesehen oder geleugnet. Uns wird vorgeworfen, wir würden durch unsere Argumentation so eine Stimmung erst schüren.

Matthias: Es wäre aber falsch zu sagen, daß wir mit unserer Position auf völlig verlorenem Posten stehen. In den letzten Jahren zeigt die Debatte um Antisemitismus gewisse Wirkung. Es gibt durchaus in der Jungle World, konkret oder Bahamas eine Sensibilität und die Möglichkeit **volksfeindlich** zu argumentieren. Die Notwendigkeit in diese Richtung zu arbeiten wird, wenn die ökonomische Krise sich zuspitzt, zunehmen.

Würdet ihr mit anderen Linken, die eure Positionen nicht teilen, Bündnisse eingehen? Wenn es etwa auf Grund von staatlicher Repression notwendig wäre, gemeinsam vorzugehen.

Ulrike: Wir schließen uns nicht mit denen zusammen, die keine kritische Haltung gegenüber Deutschland bzw. der deutschen Bevölkerung haben. Wir versuchen mit antideutschen Gruppen zusammenzuarbeiten. Die meisten dieser Gruppen sind MigrantInnengruppen, da sie am ehesten bereit bzw. gezwungen sind, den rassistischen und antisemitischen Konsens wahrzunehmen. Zur Repression: Eine Demo in Grevesmühlen wurde verboten. Als wir gegen dieses Verbot demonstrieren wollten, wurde die gesamte Demo festgenommen. Als wir in Babenhausen eine Demo gegen den Brandanschlag und die Zustimmung der dortigen Bevölkerung machten, wurde die gesamte Demo kontrolliert und durch Personalienaufnahme registriert. Bisher ist aber noch nichts weiter passiert. Mit anderen Linken, die andere Positionen vertreten, würden wir uns trotzdem nicht zusammenschließen.

Matthias: Insgesamt ist bei uns jetzt die Phase der Debatte und nicht die Phase der Aktion da. Wir orientieren uns auch nicht auf größere Auftritte bei Demonstrationen, sondern wir wollen Positionen herausarbeiten. Etwa zu der Frage, welche Schlußfolgerungen aus dem Buch Goldhagens und der Debatte darüber, zu ziehen sind. Das sind sehr wesentliche Debatten.

Oder um ein Beispiel zu bringen: Die Frage antinational - antideutsch ist aber in bestimmten historischen Situationen immer ein Widerspruch gewesen. Als in der Sudetenkrise 1938 sich die Tschechen gegen das Deutsche Reich gerüstet hatten, mußten sie um antideutsch zu sein, sehr national agieren. Das ging nicht anders. In diesen kriegerischen Auseinandersetzungen konnte man nicht als Antinationalist in Prag gegen Deutschland auftreten. Bei Kriegseintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg gab es in der U.S.-Linken die große Frage, ob sie die U.S.-Regierung im Krieg gegen Hitlerdeutschland unterstützt, oder betreibe ich das, was Lenin empfohlen hatte und sage: Im Grunde ist es egal ob es die nationalsozialistische oder die amerikanische Regierung ist, die Regierung ist mir sowieso egal, und deswegen kämpfe ich auch im Krieg weiterhin massiv gegen die eigene Regierung - was die leninistische Position gewesen ist. Über solche Fragen gibt es bisher in der antinationalen Linken keine Debatte, geschweige denn eine Klärung.

Wenn man im Vorfeld sagt, damit ich besser gegen Deutschland kämpfen kann, muß ich die Kritik am Nationalismus im eigenen Land zurücknehmen, halte ich das für eine verheerende Position. Weil die kapitalistisch orientierten Länder sich an ganz anderen Kriterien als moralischen oder humanitären orientieren. Sie werden immer mit realpolitischen Strategien - wie Appeasment und Machtanteile sichern - versuchen ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wenn man dagegen nicht prinzipiell mit einer ganz klaren oppositionellen Position auftritt, dann kann man meines Erachtens die deutsche Position nicht richtig bekämpfen.

Wenn die KPÖ glaubt mit einem Patriotismus dieses Deutschland bekämpfen zu können, heißt das, sie ist nicht in der Lage diesen verlogenen Opfermythos in Österreich wirklich zu problematisieren. Weil sie immer sagen kann: „Das dürfen wir nicht machen, sonst spalten wir diese Nation". Hier beginnt schon die ganze Unaufrichtigkeit, auch was die Verbrechen, die in Auschwitz oder Mauthausen passiert sind, anbelangt.

Das sind meines Erachtens Faktoren, die eine Linke entwaffnen, die gegen Deutschland vorgehen soll. Ich behaupte, daß die KPÖ auf dieser Basis keine angemessene Kritik an Deutschland führen kann. Denn diese würde zumindest eine kritische Auseinandersetzung mit der Shoa-Interpretation im Traditionsmarxismus voraussetzen.

Ihr versucht aber auch die antinationale Debatte in Aktionen unterzubringen.

Matthias: Ja gut, das sind aber symbolische oder propagandistische Aktionen. In ganz bestimmten Fällen halten wir es für sinnvoll auch auf die Straße zu gehen, um bestimmte Positionen klarzumachen. Wir haben im Fall des Lübecker Brandanschlags nicht hauptsächlich demonstriert, wir haben einen längere Erklärung geschrieben, eine Erklärung, die die meisten Linken nicht lesen, weil sie ihnen zu lang und zu schwierig ist. Es kommt im Moment nicht darauf an zu verändern, sondern es kommt eher darauf an zu interpretieren, die inhaltlichen Positionen herauszuarbeiten um innerhalb der Linken diesen Streit zu führen.

Ulrike: Um adäquat auf die deutschen Zustände zu reagieren, ist es notwendig einen Begriff über das zu haben, was gerade in Deutschland passiert. Dazu gehört die richtige Wahmehmung der antisemitischen Codes. Was es heißt, wenn auf den Montagsdemos vor dem Fall der Mauer in Leipzig gerufen wurde „Wir sind das Volk" oder „Wir sind ein Volk". Was hier zum Ausdruck kommt wurde in der Linken immer noch nicht verstanden. Ein weiteres Beispiel wäre eine Parole, die auf der Demo in Rostock-Lichtenhagen, gerufen wurde: "Ausländer sind die falsche Adresse, haut den Politikern in die Fresse." Also eine Aufforderung an die dortige

Bevölkerung, sich mit den Leuten von der Demo zu verbünden und gemeinsam den richtigen Feind zu bekämpfen. Was eigentlich heißt, das rassistische Element als rebellische Grundstimmung zu verstehen, die nur gegen das richtige Ziel umzuleiten wäre. Das ist nur eine auf den Rassismus übertragene Aktualisierung der schrecklichen Parole vom "Antisemitismus als Sozialismus der dummen Kerls", die eine der katastrophalsten Fehleinschätzungen gewesen ist. Obwohl es dazu schon Diskussionen gegeben hat, ist die Linke nicht in der Lage oder bereit richtig einzuschätzen, was der Bezug auf den Volksbegriff und das völkische Denken bedeutet. Das Deutschsein beruht immer noch auf völkischen Kriterien, auf dem Konzept der Blutszugehörigkeit. Das ganze antisemitische Denken muß hier immer mitgedacht werden. Darauf kann die Linke nicht angemessen reagieren, weil sie vom Begriff Volk überhaupt keinen Begriff hat. Das ist aber eine der Voraussetzung um das, was gerade abgeht, einschätzen zu können bzw. als nächsten Schritt dagegen kämpfen zu können, wovon man allerdings noch weit entfernt ist. Erstens gibt es diese Analyse nicht und zweitens, wenn es sie gibt, gibt es nicht die Bereitschaft diese Analyse zum Ausgangspunkt der Politik zu machen.

Matthias: Es muß befürchtet werden, daß im Zuge der Verschärfung sozialer Krisen, solche Strömungen in der Linken eher noch an Gewicht gewinnen werden. In dem gesagt wird "Wenn die Arbeiter eben Faschisten wählen, dann ist das ein sozialer Notschrei. Dann muß man sich besonders an sie wenden" - anstatt einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und Partei für die alten und neuen Opfer dieser deutschen Macht zu ergreifen. Die Frage der antisemitischen Codes wird an Aktualität gewinnen, wenn erneut die "Global Players" als anonyme Mächte oder raffendes Finanzkapital zum Angriffspunkt von Kritik gemacht werden. Dahinter verbirgt sich immer die Chiffre vom „Juden", der über die „Wallstreet" und die „Ostküste" Amerikas die Dinge manipuliert. Wenn man dagegen nicht absolut prinzipiell Stellung bezieht, macht man sich schuldig den Anitsemitimus mitzutragen, in dem man ihn akzeptiert. Es gab bereits größere Gewerkschaftsdemonstrationen die sich ausschließlich gegen das Bankergewerbe gerichtet hatten, die in Frankfurt direkt die Banken ansteuerten. Die Bildzeitung brachte eine Gegenüberstellung auf elementarer Ebene: Auf der einen Seite der gute deutsche Thyssen mit seinem Arbeitsethos und seiner Anständigkeit gegenüber dem "schaffendem" Volk - auf der anderen Seite der amerikanische Big Business Man.

Glaubst Du wirklich, es wird mehr darauf Bezug genommen?

Matthias: Solange es den Leuten in Deutschland noch einigermaßen gut ging, hat man stärker einen rassistischen Unterton gehört. Aber in dem Maße, wie sich die Verhältnisse auch ökonomisch verschärfen, wird sich die antisemitische Aufladung verstärken, weil sich die antisemitische Hetze nicht nach unten richtet, sondern nach oben. Der Antisemitismus zeichnet sich ja dadurch aus, daß er immer „die Juden" als eigentliche Drahtzieher aller Schwierigkeiten überhöht. Ich sehe die Gefahr, daß im Zuge einer Krisenverschärfung auch die antisemitische Diskussion an Bedeutung gewinnen wird.

Strahlt die antinationale Debatte irgendwie auch auf Parteien wie PDS oder Grüne in Deutschland aus? Zeitungen wie Konkret, Jungle World oder Bahamas sind ja Projekte die ja nur relativ wenig Menschen erreichen.

Matthias: Soweit ich weiß, strahlt die Debatte überhaupt nicht aus. Weder auf PDS, noch SPD oder Gewerkschaften. Abgesehen von der PDS wird auch hauptsächlich der Standort verteidigt, und dazu erklären wir, daß man nur eins sein kann: Mensch oder Deutscher, z.B. in der Position zu Flüchtlingen. Entweder ich agiere als DeutscheR und versuche zu quotieren oder ganz rauszuschmeißen. Das ist aber, gemessen an den Verbrechen die der deutsche Imperialismus weltweit anrichtet, unmenschlich. Hier muß man sich entscheiden. Es gibt ein kleines Segment von Linken, das sagt, „Bleiberecht für Alle". Der Mainstream sagt, wir wollen uns auf das Volk positiv beziehen. Und wir sagen, warum gerade auf dieses Volk? Nach all dem, was im Nationalsozialismus passiert ist, nachdem was in der Zeit vor '89 passiert und danach dazugekommen ist.

Ulrike: Wir haben auf einer Veranstaltung in Dresden provokativ gefragt, ob sie denn richtig verstanden haben, was wir mit antideutsch meinen. Jemand hat darauf gesagt: „Es gibt eine ganz gute Erläuterung der Frankfurter MigrantInnengruppe Café Morgenland. Wir wollen kein ökologisches, wir wollen kein sozialistisches wir wollen kein antinationales, wir wollen gar kein Deutschland; bzw. für eine gemeinsame Grenze zwischen Frankreich und Polen". Daraufhin kam der Hinweis, ihr unterschätzt Frankreich aber gewaltig. Es ist aber so, daß die Gefahr, was die Verankerung des völkischen Denkens in der Bevölkerung und die Gefahr, die von der deutschen Politik ausgeht, eine ganz andere ist.

Zur Frage der "Amerikanisierung" fällt mir ein Standpunkt Goldhagens ein, den er in einer Diskussion in Deutschland vertreten hat. Er bricht in seinem Buch die Beschreibung des Antisemitismus 1945 ab, und meint, die Deutschen wären heute zivilisiert. Er illustrierte es mit einem Beispiel: Wenn er in Hamburg in ein Fast-Food Restaurant geht, dann unterscheiden sich die Jugendlichen dort, von der Kleidung und vom Habitus, kaum mehr von der Jugend Amerikas. Das ist etwas, was ihr in eurem Buch an Goldhagen kritisiert.

Matthias: Mit der Jugend, die sich von der Kleidung kaum mehr unterscheidet, da hat er recht. Aber es gibt so gut wie keinen, der die Blutsdefinition von Deutschtum, in Frage stellt. Und selbst bei den Kampagnen zur doppelten Staatsbürgerschaft, die in der Linken laufen - was ja gut gemeint ist - wird dieses Prinzip nicht hinterfragt. Jeder der/die z.B. LehrerIn wird, muß in einem Formular bestätigen, daß Großvater oder -mutter deutschen Blutes gewesen ist. Das wird von keinem dieser westlich gekleideten und westlich essenden Menschen als Problem begriffen. Hier muß Goldhagen widersprochen werden.

Das heißt, ihr unterstellt der bisherigen oder traditionellen Linken gescheitert zu sein, um dann durch eure theoretische Arbeit einen Bruch mit der bisherigen Politik der Linken und ihren Umgang mit der Geschichte des NS in Deutschland herbeizuführen.

Matthias: Das ist aber doch keine Unterstellung. Es ist ein Fakt, daß die Linke in Deutschland in jeder Hinsicht gescheitert ist. Es gab ja gegen diesen katastrophalen Einschnitt, der in Europa mit einem gewissen Schrecken gesehen wurde, nämlich die Wiedervereinigung, in Deutschland selbst überhaupt keine Basis der Gegenwehr, nicht mal argumentativ! Es ist keine Unterstellung, sondern eine Tatsache, daß die Linke am Boden liegt. Nicht nur massenmäßig, was Demonstrationen anbelangt, sondern vor allem von den Positionen her. Ich hab es auf einer Veranstaltung der Zeitschrift Konkret mit Hilfe eines Zitats von Samuel Beckett so formuliert: „Scheitern. Wieder scheitern. Immer scheitern. Besser scheitern." Das ist was maximal in Deutschland zu erreichen ist, besser zu scheitern. Aber die Linke ist längst nicht so weit, daß sie besser scheitert. Die Linke ist im Moment, was den Mainstream anbelangt, auf dem Kurs alle alten Fehler zu wiederholen. Insofern kämpfen wir darum, daß man in Zukunft wenigstens besser scheitert als in der Vergangenheit. ●

Völker hört die Signale...

Das Volk wird von allen umgarnt - PatriotInnen und IdiotInnen, Linken und Rechten, ML'ern und Autonomen. Doch geht es nicht nur um die unhinterfragte positive Bezugnahme aufs Volk. Schon die Rede von diesem klammert patriarchale, rassistische und Klassen - Unterdrückungsverhältnisse aus und affirmiert dessen Konstruktion. So wissen selbst Traditionsmarxistinnen um die Konstruktion von „Rassen", sobald es aber ans Eingemachte geht, wird der Kopf in den Sand gesteckt. Die Liebe zum Volk macht blind.

Wenn sich die Linke dieses Landes über die Verwendung des Begriffes "Volk" den Kopf zerbricht, dann klingt das zum Beispiel so: Walter **Baier**, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs: "Kein Mensch kann fünfzig Jahre nach dem Holocaust das deutsche Wort "Volk" so verwenden, wie der Franzose "Le Peuple". (...) Heißt das nun also, daß man zumindest im Deutschen die Begriffe „Nation" und „Volk" verpönen sollte? Ich kann das nicht so sehen. Denn gemessen an den Verbrechen, die Deutsche, ÖsterreicherInnen und andere Deutschsprechende zwischen 1933 und 1945 begangen haben, wäre es dann nur konsequent, den Gebrauch der deutschen Sprache überhaupt abzuschaffen. Und ähnliches hätte auch für das Englische (Genozid an den Indianern Nordamerikas) und alle anderen sogenannten "Weltsprachen" zu gelten, die ihre Ausbreitung dem Kolonialismus zu danken haben."[1] Abgesehen von der theoretischen Einebnung schlägt hier durch, daß er wieder einmal nur die Hälfte verstanden hat. Natürlich haben Begriffe wie Volk und Nation nach der Shoah einen anderen Stellenwert, das heißt aber nicht, daß die Rede von diesen vor hundert Jahren angebrachter war. Da Baier und andere KommunistInnen nichts Verwerfliches daran sehen, sich positiv auf den Begriff zu beziehen, heißt ihre Zeitung auch heute noch so wie damals die der NSDAP in Oberösterreich: "Volksstimme".

Warum diese unbedingte Affinität zum Volk? Liegt es bei Baier und GenossInnen an einer romantisch-verklärten DDR-Nostalgie, die das Volk zur sozialistischen Präfix umlügt? Von der Volksdemokratie über Volksrichter und die V.E.B. (Volkseigene Betriebe) bis zu Volkspolizei und Volksarmee - in der DDR gab es keinen Lebensbereich, der nicht völkisch-realsozialistisch benannt gewesen wäre. Wenn es Bananen gegeben hätte, wären es wahrscheinlich „Volksbananen" gewesen.

Nach dem Vorbild romanischer Länder, wo der Begriff „Volk" scheinbar links besetzt ist und die gesamte Bevölkerung exklusive Bourgeoisie umfaßt, wurde und wird auch hierzulande versucht, dem "belasteten" Wort wieder revolutionären Charakter zu verpassen.

Auch die autonome Linke macht sich dabei manchmal ein X für ein U vor. Was soll denn die Rede vom Volxtheater oder der Volxküche (neuerdings gibt es sogar eine Volxaktie (sic!))? Dabei geht es nämlich gerade nicht um eine elementare Kritik an der Verwendung dieses Begriffes. Durch ein kleines Wortspiel wird lediglich versucht, den nach Auschwitz negativen Beigeschmack wettzumachen. Wer das Volk - in welcher Schreibweise auch immer - bewirbt, ist aber nicht in bester Gesellschaft. Auch das nazionale Boulevardblatt „Kronen Zeitung" kündigte neuerdings euphorisch ein "Volxmusikfestival" der anderen Art an. Volxkunst ist eben hip!

Es gibt keine Völker

Daß es keine "Rassen" gibt, hat sich mittlerweile bis zum Naturhistorischen Museum durchgesprochen, wo der rassistische Saal letztens entfernt wurde. Zumindest in großen Teilen der Linken und des Wissenschaftsbetriebs herrscht also mehr oder weniger Konsens darüber: Es gibt keine Rassen. Aber gibt es Völker?

Na ja, schließlich gibt es ja auch (noch) ein Völkerkunde-Museum.

Historisch gesehen ist jedes "Volk" eine Konstruktion zur Legitimation von Nationalstaaten. "Da kein Nationalstaat eine ethnische Basis besitzt, produziert er zur Modulation des "Volkskörpers", laut Balibar, eine "fiktive Ethnizität", die zwei komplementäre Wege zur Konstruktion des Volkes einschließt."[2] Ein Weg führt über die "sprachliche Gemeinschaft", eine offensichtlich willkürliche "Gemeinsamkeit", jedes Neugeborene kann schließlich theoretisch jede beliebige Sprache erlernen. Zweitens definiert sich ein Volk über eine angebliche "rassische Gemeinschaft". Die "Volksseele" (inklusive diverser typischer Eigenschaften) gibt angeblich ge-

Der ganz normale österreichische Wahnsinn

Und das ist die Normalität: Stell dir vor, da wird ein Mensch geboren, zufälligerweise in Österreich. Und schon ist er – ungefragt - Teil des **Volkskörpers**, wird vielleicht auf **Volker** oder **Volkmar** getauft (was scheinbar althochdeutsch ist und soviel bedeutet wie "berühmter Kriegshaufe"(sic!)). Er wird in **Volkstracht** in die **Volksschule** geschickt, wo er **Volkstänze** lernen und **Völkerball** spielen soll. Gerne geht er, ein **Volkslied** auf den Lippen, in die **Volksbücherei** um sich die alten **Volksdichter** reinzuziehen. Zum 18. Geburtstag bekommt er einen **Volkswagen**, und ein Sparbuch bei der **Volksbank**. Samstag abends sind **Volksfeste** inklusive exzessivem Genuß der **Volksdroge** Alkohol angesagt. Er studiert dann **Volkswirtschaft**, (vielleicht auch **Volkskunde** oder **Völkerkunde**) und er wählt – natürlich - die Österreichische **Volkspartei**. Pflichtbewußt, wie er nunmal ist, geht er zu jeder **Volksabstimmung** und unterschreibt – sofern nicht **volksfeindlich** – so manches **Volksbegehren**. Für den Fall, daß ihm Unrecht widerfährt, steht ihm der **Volksanwalt** zur Verfügung. Zur Weiterbildung gibt es **Volkshochschule**, **Volksbildungswerk** und diverse **Volksbildungsvereine**. Mit seiner Familie macht **Volkmar** dann und wann einen Ausflug zum **Völkerschlachtdenkmal** oder auch nur in den **Volksgarten**. Brav läßt er sich **volkszählen**. Seine Familie sieht sich oft **Volksmusiksendungen** im Fernsehen an, er selbst bevorzugt eher andere Formen der heimischen **Volkskunst**: Nichts läßt er über ein gutes **Volksstück** kommen, das mit den beliebtesten **Volksschauspielern** und **Volksschauspielerinnen** besetzt ist. Deshalb geht er oft ins **Volkstheater**, selten auch mal in die **Volksoper.** Mit zunehmendem Alter ist er voller **Volksweisheit**, kennt zum Beispiel viele nützliche **Volkswetterregeln** (auch "Bauernregeln"). Zwecks **Volksgesundheit** turnt er beim Österreichischen Turnerbund. Sollte **Volkmar** trotzdem einmal krank werden, zum Beispiel der **Volkskrankheit** Übergewicht anheimfallen (weil zu gern der **Volksküche** gefrönt), greift er zu altbewährten **Volksheilmitteln**. Wenn das auch nicht mehr hilft, wird er eben der **Volkshilfe** übergeben.

meinsame Interessen vor. Hier werden seit jeher Ursache und Wirkung verwechselt: Erst staatliche Anordnungen führen zu Gemeinsamkeiten. "Und wenn sich überhaupt eine Gepflogenheit über genau eine ganze Nation verbreitet haben sollte, dann erst, weil es diese bereits gab."[3]

Und dann wäre da noch die vielzitierte Kultur, seit der wissenschaftlichen Dekonstruktion von "Rassen" ein beliebtes Argument. Kunst und Kultur lassen sich aber ebensowenig auf Staatsgrenzen beschränken wie alles andere. Jedes Kunstwerk reflektiert künstlerische Tradition(en), die sich über Grenzen hinweg verbreitet haben. Die Kultur wird - wie der ganze Rest - zur unabänderlichen Natur erklärt: "Die BürgerInnen eines Staates sollen den gemeinsamen Willen zur Nation deswegen haben, weil die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Kultur und Geschichte sie dazu bestimmen. Die Radikalisierung des Versuches, eine Volkszugehörigkeit zum Schicksal zu erklären, besteht darin, zu behaupten, daß deutsche Kultur und Sprache nur Ausdruck der physischen und seelischen Gleichartigkeit der Deutschen seien. Das ist auch konsequent - denn einen Willen kann jemand haben oder nicht. Gegen sein "Schicksal" oder sein "biologisches Wesen" kann er jedoch nichts ausrichten."[4]

Sowenig also ein realer Hintergrund gegeben ist, so sehr hat die so geschaffene Volksgemeinschaft reale Konsequenzen. Es gibt keine Rassen, aber es gibt Rassismus. Genauso gibt es zwar keine Völker nach "völkischer Definition", aber die Auswirkungen der Konstruktion bekommen um so mehr die zu spüren, die per definitionem ausgeschlossen werden und/oder sich "volksschädigend" verhalten.

Sonderfall "Deutsches Volk"

Gerade bei der Volkwerdung von so vielen Menschen, die nicht besonders viel gemeinsam hatten, mußten zur Legitimation einige Anstrengungen unternommen werden, möglichst pathetische Gründungsmythen mußten aus dem Hut gezaubert werden, wie etwa die Herrmannsschlacht, die später besonders gerne von den Nazis abgefeiert wurde. Schon früh war die Definition der Juden und Jüdinnen als Antithese konstitutiv. Die biologistische Prämisse - "deutsch" und "jüdisch" sei unverträglich - galt schon lange vor 1933. "Turnvater" Jahn's Pamphlet "Deutsches Volkstum" machte den Begriff „Volk" populär, Fichte's "Reden an die deutsche Nation" prägten den Menschen ein, daß sie ein Volk sind, wenn sie die gleiche Sprache sprechen. Nur die Deutschen hätten, laut Fichte, ihre ursprüngliche Sprache erhalten, deshalb seien sie auch das einzige Volk. "Je mehr sich die Deutschen als Volk begriffen, desto abstrakter, mächtiger, zersetzender und unfaßbarer definierten sie ihren Feind."[5] Das politische Konzept des Volkes wurde im Nationalsozialismus weiterentwickelt: Der Trend ging vom Volk zur Rasse. Mit den bekannten Folgen: Der Mord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen und an Millionen weiterer "volksschädigender Elemente".

Und danach? Die Stunde Null war gar keine. "Der 8. Mai 1945 war der Tag, an dem notwendig der Bruch mit dem völkisch-antisemitischen Konzept von Deutsch-Sein hätte erfolgen müssen. Das Gegenteil war der Fall."[6] Weder in der BRD und noch weniger im "Nazi-Opfer-Land" Österreich gab es grundlegende Veränderungen, was das ("gesunde") Volksempfinden betrifft. Auschwitz war identitätsstiftendes Moment in der Re-Konstruktion sowohl des "deutschen" als auch des "österreichischen Volkes" nach 45. Die "Leiche Holocaust" im völkischen Keller störte nicht bei der Erlangung von neuem Selbstbewußtsein als "Volk, das auch viel geleistet hat". Nur manchmal, wenn das gesunde Volksempfinden allzu sehr übertreibt, stört eine Nacht der lebenden Toten die Optik.

Einschub: Das "österreichische Volk"

Es hat sich nie eineR der Rassen-TheoretikerInnen dazu verstiegen, zu behaupten, es gäbe eine österreichische Rasse. Anfang dieses Jahrhunderts war dann sogar ein eigenes Volk zu mickrig und mensch schloß sich dem aggressiv-imperialistischen Pangermanismus Großdeutschlands an. Nachdem das nicht mehr ging, mensch hatte sich ja schließlich nach dem Zusammenbruch 45 für die Opferrolle entschieden, wurde in strenger Abgrenzung zum deutschen wieder ein österreichisches Volk definiert, hauptsächlich über die Kulturschiene. Mozart und Nestroy sind eben bessere Aushängeschilder als Hitler oder Eichmann. Also: Besser österreichisch-patriotisch als deutschnational? Ja und nein. Für den deutschen "Volks-Begriff" ist die latente Ablehnung der Juden und Jüdinnen auch heute noch konstitutiv. Deutschnational heißt potentiell antisemitisch und alles, was dazu in Opposition steht, kann demnach nur besser sein. Austro-Patriotismus ist aber nicht automatisch emanzipatorisch und antifaschistisch weil antideutsch, wie eineN etwa die KPÖ manchmal glauben machen will. Nationalismus ist nie emanzipatorisch. Und so antideutsch wie es manchmal scheint, ist es auch nicht, einE glühendeR ÖsterreicherIn zu sein. Das mehr oder wenige Deutsche in "uns" definiert sich pragmatisch opportunistisch: Frei nach **Kreisky**, der zur Frage der Eigenständigkeit Österreichs meinte: "Wir ham an Nationalrat, eine Nationalbank und eine Nationalmannschaft, also samma a Nation." könnte gesagt werden: Wir ham a paar VolksvertreterInnen, a Volksbank und ziemlich viele Volksfeste, also samma halt a Volk.

Gestern und heute

Daß es 1945 keinen wirklichen Bruch gab, läßt sich auch an einer Sprache zeigen, die sich wenig verändert hat. Begriffe aus der NS-Zeit sind geblieben und werden neuerdings in wüsten Anti-PC-Feldzügen verteidigt bis zum Letzten: Wenn der "Kurier" (am 2.8.98) ohne weiteres vom "Volkszorn in Lassing" schreibt, dann hat das die selben Wurzeln wie **Mölzers** Ausritte von den "Volksgenossen" und der "Umvolkung". O-Ton Mölzer: "Wer die "Umvolkung" der Österreicher betreibt, nur um den deutschen Charakter des Landes zu tilgen, muß sich den Vorwurf des antigermanischen Rassismus gefallenlassen."[7] (Zur aktuellen Umvolkungs-Diskussion ist die gelegentliche Lektüre der "Täglich Alles"- und "Krone"- LeserInnenbriefe recht aufschlußreich! Da geht es scheinbar gar nicht mehr so sehr um die "Umvolkung" selbst, sondern nur mehr um das - demokratische - Recht, diesen rassistischen Begriff verwenden zu dürfen.) Daß vor allem FPÖlerInnen völkische Traditionen aufrechterhalten, verwundert nicht besonders. Helmuth **Josseck**, FP-Gemeinderat in Wels und OLYMPIA-Burschenschafter, bezeichnete den Regisseur Andreas Gruber ("Hasenjagd") zum Beispiel 1997 als "Volksschädling".[8]

Rassistische Ausschlußmechanismen

Auch wenn er nicht mit so einer Geschichte behaftet wäre, wäre der Begriff "Volk" und was dahinter steckt vom Prinzip her rassistisch. Die Begriffe Volksfest, Volksabstimmung und Volksbegehren sind in dieser Hinsicht bezeichnend. Sie bezeichnen den ausschließenden Charakter, der damit unweigerlich verbunden ist. Nur wer zur Volksgemeinschaft zählt, darf feiern, abstimmen und begehren.

Wer definiert aber, wer zum Volk gehören darf und wer draußen bleibt und somit von Mitspracherechten ausgeschlossen wird? In Deutschland, und mit Abstrichen in Österreich, herrscht immer noch eine Blut und Boden - Gemeinschaft vor. Das StaatsbürgerInnenrecht ist völkisch eingefärbt (Es dominiert das Blutrecht, "ius sanguinis"), im Gegensatz zum Prinzip des "ius soli", dem die VerfassungspatriotInnen anhängen.[9]

Der Alltagsrassismus hierzulande und auch anderswo basiert auf einem völkischen "Wir": Schließlich sind es "SIE", die "UNS" Arbeitsplätze, Wohnungen, etc. wegnehmen. Es herrscht die stillschweigende Annahme, daß "Fremde" dem "Volk" potentiell Schaden zufügen. Der "Volkskörper" muß nach dieser Logik - bei aller Völkerfreundschaft - "sauber" bleiben und von störenden Minderheiten so gut es geht gereinigt werden...

"Völkisch" ist nicht gleichbedeutend mit "faschistisch". Der völkische Konsens kann aber zum Teil einer faschistischen Praxis werden, wie etwa bei den Pogromen in Rostock. "Solange Faschist werden als das Überschreiten einer Grenze gedacht wird, hinter der sich Faschisten tummeln und vor der sich eine gefährdete Masse bewegt - eine Perspektive, die einzig den Vorteil hat, sauber nach "grad noch akzeptabel" und "endgültig böse" zu scheiden - solange werden wir kaum wirksam in gesellschaftliche Kämpfe, innerhalb derer Faschisierungsprozesse ablaufen, eingreifen können,"[10] schreibt die I.u.p.u.s.-gruppe in ihren "Volksfronten".

Es geht hier nicht um "pingelige" Sprachkritik oder inflationäre Faschismusvorwürfe: Denn das Volksempfinden zeigt sich nicht nur verbal. Es wäre halb so schlimm, wenn einfach nur irgendwelche Wörter verwendet werden, die auch während der Nazizeit verwendet wurden, doch den Worten folgen leider allzu oft Taten. Friedhofsschändungen, Brandanschläge, Briefbomben oder die Morde von Oberwart rufen nicht nur Betroffenheit hervor, sondern die deutliche Zustimmung des Volkes in Form von Verharmlosungen à la „Lausbubenstreiche" oder Heiratsanträge (sic!) an Herrn Fuchs.

Trotz all dem, was aus der Mitte des Volkes kommt, wird es noch immer heiß umgarnt. Noch immer beherrscht die Heroisierung der ArbeiterInnenklasse und die damit einhergehende positive Bezugnahme aufs Volk bis auf wenige Ausnahmen das innerlinke Bild. So ist es dann auch nicht verwunderlich, wenn mit Parolen wie "Ausländer(Innen) sind die falsche Adresse, haut den Bonzen in die Fresse!" Solidarität mit dem rassistischen Mob geübt wird. Die ungetrübte Liebe zum Volk läßt sich dieser Teil der Linken nicht einmal dann nehmen, wenn harte Fakten auf den Tisch kommen. Wider dem Wissen um die breite Zustimmung der deutschen und österreichischen ArbeiterInnenschaft zum antisemitischen Vernichtungsprogramm halten Linke hüben wie drüben an ihrem revolutionären Subjekt fest.

Gründe hierfür sind nicht nur eine vollkommen verfehlte Analyse der HERRschenden Verhältnisse, sondern auch bzw. gerade die Abwehrhaltung und Ignoranz gegenüber der eigenen Geschichte. So etwa, wenn es um die Favorisierung des "produktiven" Kapitals gegenüber dem Finanzkapital geht. Diese erinnert nicht umsonst an die von den Nazis propagierte Trennung von "schaffendem/nationalem" und "raffendem/jüdischem" Kapital.

Auf dem einen Auge blind ?

Unter diesem Blickwinkel muß auch die linke Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen in aller Welt betrachtet werden. Abgesehen von der antisemitischen Tendenz, die diese Befreiungsbewegungen oft auch offen mit sich herumtragen - so spricht etwa der Chef der PKK **Öcalan** ganz in der Tradition eines völkischen Nationalismus offen über die "jüdische Weltverschwörung" - stellt sich die Frage, mit wem und wofür hier eine Solidarisierung erfolgt. Geht es diesen Bewegungen doch im besten Falle um die Etablierung eines demokratischen Nationalstaates, also um die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft mit allem was dazugehört. Befreiungskampf ist oft nicht mehr als bewaffneter Reformismus.

Vor allem aber bei sich selbst antinationalistisch wähnenden Gruppen verwundert deren positive Bezugnahme auf die Nation (und damit auch auf deren Ausschlußmechanismen). Die Entmythologisierung der eigenen Nation mag ja noch gelingen, sobald es allerdings um vermeintlich "revolutionäre" nationale Bewegungen geht, scheint es, als ob auch diese AntinationalistInnen auf einem Auge blind wären.

Dies ist auch ein Anknüpfungspunkt für die "Neue Rechte", die dem Konzept des "Ethnopluralismus" folgend, sich gerne und oft auf die Seite nationaler Befreiungsbewegungen schlagen.

... in häßlicher Weise bloßgestellt

Das deutsche - respektive österreichische - Volk ist als Identifikationsfaktor ungeeignet, also werden "gute" Ersatzvölker gesucht. Die besondere Vorliebe für Palästina muß dabei zumindest hinterfragt werden.[11]

Es scheint also, daß aufgrund der eigenen Unfähigkeit in diesem Land Kämpfe auszutragen, diese ins "Ausland" projiziert werden. Wen kümmern schon von Österreich abgeschobene MigrantInnen ? Wo bleiben die vielbesuchten Aktionen gegen die rassistische Politik dieses Landes? Warum diese krampfhafte Solidariät mit nationalen Befreiungsbewegungen, wo es doch eigentlich viel naheliegender wäre, Kontakt zu MigrantInnen hierzulande zu suchen bzw. zu Antinationalen in aller Welt. Sobald sich ein Volk als Opfer des US-Imperialismus identifizieren läßt, werden aus einem antiimperialistischen Reflex heraus sofort Flugzettel produziert, Demos organisiert, etc. Wenn aber wieder einmal MigrantInnen im Hungerstreik sind, kräht kein Hahn danach.

Es hat zwar antirassistischen Widerstand gegeben, doch war dieser aufgrund der mangelnden Beteiligung und dem niederen Stellenwert, den solche Inhalte innerhalb der Linken erfahren, zum Scheitern verurteilt.Scheinbar ist der Rassismus auch für die österreichische Linke zum Alltag geworden. Wir nehmen uns von dieser Kritik am fehlenden antirassistischen Engagement nicht aus. Ohne Organisationen wie Caritas und andere kirchliche Einrichtungen würde es so gut wie gar keine Hilfe für MigrantInnen geben. Die Verstricktheit mit dem "Volk" greift demnach weiter als viele es wahrhaben wollen.

Angesichts der ausgebliebenen Reaktion auf die Pläne des Innenministers Schlögl die Genfer Flüchtlingskonvention zu ändern, kann mensch dem niederländischen "Algemeen Dagblad" nur beipflichten und ergänzen: "Die Pläne aus Wien lassen an eine Festung Europa denken und werfen Fragen zum politischen Klima im Land des heutigen EU-Vorsitzenden auf. Sie erinnern an die schmerzlich belastete Vergangenheit dieses EU-Mitgliedsstaates. Österreich hat sich selbst in häßlicher Weise bloßgestellt."[12] Doch nicht nur Österreich, auch die hiesige Linke hat "sich in häßlicher Weise bloßgestellt." ●

Hoch die antinationale Solidarität! ▶

Was die Rechten schreiben

kurz und bündig

ALS NEUESTER, WIEDERBELEBTER TREND IN DEN RECHTEN BLÄTTERN IST DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT WELTWEITEN "VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN" AUSZUMACHEN. WÄHREND SICH DIE "AULA" IN MEHREREN AUSGABEN DEN "FREIMAURERN" WIDMETE, SETZTE SICH RENÉ-LYSANDER SCHEIBE IN DER "ZUR ZEIT" (ZZ) MIT DEN VIA INTERNET VERBREITETEN VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN, NATÜRLICH GANZ "OBJEKTIV" IM ZZ-STIL, AUSEINANDER.

"Von besonderer Seite" wird der Schreiber der "Aula"-Artikel genannt und er weiß, "wo die Politik gemacht wird" (Aula 7-8/98). "Der oberste Rat" der "Freimaurervereinigung des Schottischen Ritus" sei verantwortlich für "Polit- und Geschäftsmaurerei" und außerdem "fest in der Hand der SPÖ", zumindest in Österreich. In den USA schaue das wieder etwas anders aus. Dort verhielten sich die Freimaurer gar nicht so geheim und verschworen, wie hierzulande. "Ein großer Teil des freimaurerischen Lebens spielt sich in aller Öffentlichkeit ab", so der Autor namens "von besonderer Seite".

Scheibe wiederum sucht Verschwörungssüchtige im Internet, und findet sie natürlich auch. Besonders amerikanische Webseiten erregen sein Interesse in der Weise, daß er vorgeben kann sich einerseits davon zu distanzieren, er aber andererseits auch gleich die Netzadressen von "Milizen, Waffenliebhabern, Freimaurerhassern und Antisemiten", die dort "fröhliche Urständ´ feiern" (ZZ Nr. 33/98), liefert. So absurd er auch Ufotheorien und dergleichen findet, so wenig kann er nicht jede "Theorie", "die sich verschwörungstheoretischer Ansätze bedient" als paranoid abtun. Schließlich scheinen ihm "vielfach Realitäten wie etwa die 'Political Correctness' unserer Tage zentral gesteuert zu sein". Und nicht nur die. Auch der Skandal um Groer und natürlich die Sache mit dem Schweizer Nazigold "erfüllen doch fast alle Kriterien einer Konspiration führender Vertreter des Ostküsten-Establishments". Na endlich kommt Scheibe zur Sache und läßt seinem Antisemitismus freien Lauf. Am Ende der selben Seite findet sich in der ZZ rein zufällig ein großes Inserat für das "Schwarzbuch des Kommunismus", bestellbar über den ZZ-Bücherdienst.

Scheibes Chef in der ZZ, Andreas Mölzer, hatte es im Rahmen einer Podiumsdiskussion, verantstaltet vom Grazer Korporationsring anläßlich der Revolution von 1848, sichtlich schwer seine Arbeit selbst vor seinen Gesinnungskameraden zu verteidigen. Zustimmung im rechten Publikum erntete dort der "profil"-Redakteur Georg **Hoffmann-Ostenhof** als er Mölzer vorhielt, er könne sein "Gerjammere" bezüglich political correctness nicht verstehen, wäre es Mölzer doch ständig möglich, Artikel und Kommentare in Zeitschriften wie "News", "profil" oder dem "Falter" unterzubringen. Oder wie Jürgen **Schwab** es für die "Aula" schilderte: "Während in eben diesen Organen in regelmäßiger Wiederkehr nationalfreiheitliche Organisationen, Personen und Korporationen medial denunziert werden, scheint es um die Reputation des Andreas Mölzer in dieser linksliberalen Medienlandschaft nicht schlecht bestellt zu sein." Eine Wortmeldung aus dem Publikum definierte gar Mölzers Rolle im "etablierten Mediengefüge" als "Feigenblattfunktion". Laut Schwab reagierte Mölzer auf diese Bemerkung "sichtlich gereizt - mit der wenig sachlichen Behauptung, bei dem Wortmelder handele es sich bloß um einen antifreimaurerischen Verschwörungstheoretiker". Für den Berichterstatter Schwab stellte sich somit die Frage, "was Mölzer eigentlich dazu trieb, in diesem Zusammenhang ausgerechnet die Freimaurerei zu thematisieren, obwohl von dem betreffenden Wortmelder dieses Thema in keiner Weise angesprochen wurde" (Aula 1/98). Also wirklich, welche Verschwörung kann nun hinter dieser Geschichte stehen und in welcher Loge ist Mölzer überhaupt Mitglied? Staatsoper oder doch nur Volkstheater? Sicher wissen Schwab, Scheibe oder der mysteriöse "von besonderer Seite" die Antwort darauf.

Anläßlich des Wahlerfolges der rechtsextremen DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) in Sachsen-Anhalt führte der Vielschreiber Jürgen Schwab zudem ein Interview für die "Aula" mit dem Parteivorsitzenden Gerhard **Frey** (Aula 6/98). Eine Nummer später findet sich ein Gespräch Schwabs mit dem Bundesvorsitzenden der deutschen REPUBLIKANER (REP), Rolf **Schlierer**, um sich über deren Erfolgsaussichten bei der deutschen Bundestagswahl am 27. September 1998 zu unterhalten.

In gewohnter rechtsextremer Manier sorgt sich dann die "Aula" um die "ethnische" Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung. Die Frage "Droht Ethnosuizid?" wird, wie zu erwarten war, mit Ja beantwortet, schließlich sinke in Österreich die Geburtenrate. Eine Verringerung der Bevölkerung erscheint aber nicht so sehr das primäre Problem, sei Mitteleuropa doch "überbevölkert". "Nur tritt diese Verringerung der insgesamten Wohnbevölkerung angesichts der (...) Ausländerpolitik nicht ein. Es kommt vielmehr zur Fremdersetzung des eigenen Defizites." (Aula 2/98) Völkisch geht es auch in einem Artikel über ein "Multinationales Korps Nordost" der NATO weiter. Weniger der Text, als die dazugehörende Landkarte sind wirklich interessant. Dort wird Deutschland in alter Tradition in Westdeutschland, Mitteldeutschland und in Gebiete, die "z. Z. unter polnischer Verwaltung (!)" als auch "unter sowjetischer Verwaltung" (Aula 2/98) stehend gekennzeichnet sind. Dieses "Deutschland" reicht so wieder von Bonn über Danzig bis Königsberg. ●

▶ Fußnoten zu „Vöker hört die Signale..."

[1] Baier, Walter: „Sogar Südtirol" Anmerkungen zu Nation und Nationalismus in Österreich. In: Fischer, Gero / Wölflingseder, Maria (Hg.): Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch. Wien 1995, S.228

[2] Müller, Jost: Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur. Berlin / Amsterdam 1995, S.72f.

[3] Mein Skateboard ist mir wichtiger als Deutschland. JungdemokratInnen / Junge Linke: Sonderausgabe der Zeitung Tendenz - Zeitung des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen - Junge Linke, S.1

[4] ebd., S.2

[5] Küntzel u.a.: Goldhagen und die deutsche Linke. Berlin, 1997. S.81

[6] ebd., S.133

[7] vgl. Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf. Wien 1992, S.63

[8] vgl. Standard 12./13.7.97

[9] Diese Entwicklung greift nun auch auf Nationen über, die eigentlich eine ganz andere Tradition haben, wie zum Beispiel Frankreich.

[10] Autonome l.u.p.u.s.-gruppe: Geschichte, Rasssimus und das Boot, S.40

[11] Algemeen Dagblad 7.9.98

Antisemitismus

Ganz gewöhnliche Freiheitliche

Es war ja nicht anders zu erwarten: Im Milieu der organisierten Schuldabwehr und Leugnung oder Relativierung der Shoah fallen die Reaktionen auf Forderungen jüdischer Opfer und ihrer Angehörigen nach Rückgabe des geraubten Eigentums offen antisemitisch aus. In der Agitation der Rechtsextremen drückt sich dabei jener breite Konsens zur NS-Vergangenheit aus, der dieses Land seit 1945 prägt.

Die aktuellen Debatten um Schiele-Bilder, Nazi-Raubgold, Arisierungen und eine angebliche „Wiedergutmachung" belegen eindrucksvoll, wie dünn die zivilisatorische Decke ist, die über das nachfaschistische Österreich gezogen wurde. Im sekundären Antisemitismus, der als Antisemitismus wegen Auschwitz seine Energie aus der individuellen und gesellschaftlichen Schuldabwehr bezieht, erfahren die klassischen Stereotypen eine Modifikation. So wird das antisemitische Bild vom „geschäftstüchtigen, geldgierigen Juden" nachgezeichnet. 1995 meinten etwa 28% der Österreicherinnen, daß die „Juden den nationalsozialistischen Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnützen". Gleich groß ist der Prozentsatz derjenigen, welche verlangen, daß die Shoah und die Erinnerung daran endlich überwunden werden müsse. Dies läßt sich umso leichter forderen, je geringer das Grauen und Leid veranschlagt wird: 1996 meinten 26%, daß „bezüglich der Konzentrationslager und der Judenverfolgung vieles übertrieben wird". Als AntisemitInnen fühlen sich die TrägerInnen dieser Schlußstrich-Mentalität verfolgt - von Juden und Jüdinnen, die dem kollektiven Verdrängen im Wege stehen. Sie sehen sich selbst als Opfer und dichten den jüdischen „VerfolgerInnen" eine riesige Machtfülle an. So sind 34% der ÖsterreicherInnen der Meinung, daß „die Juden heute zu einflußreich in Österreich sind", und gar 49% behaupten, daß „die Juden die internationale Politik beherrschen".

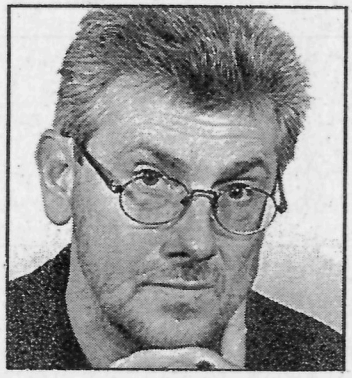
Den unverschlüsselten Text zu dieser gesellschaftlichen und politischen Kultur finden wir im rechtsextremen Diskurs.

„Die Juden sind selber schuld..."

Der **Haider**-Berater und „Presse"/"Krone"-Schreiberling Andreas **Mölzer** droht in seinem Schmierblatt „Zur Zeit" (Nr. 34/98): „Schlecht beraten wäre die heimische Kultusgemeinde, sollte sie glauben, auf ähnlich repressive Art und Weise vorgehen zu können, wie dies seitens der US-amerikanischen 'Krokodil-Anwälte' erfolgt." Wieder separiert Mölzer die österreichischen Juden und Jüdinnen von den „Bürgern", denen „nicht das Gefühl" gegeben werden sollte, „daß sie gewissermaßen ad infinitum als Melkkuh für Ansprüche herhalten müssen, für die es keine rechtliche und moralische Grundlage mehr gibt." Weil die Nazis heute keine mehr sein dürfen, wird der „Volkskörper", an dem einst die „jüdischen Parasiten" hingen, zur „Melkkuh".

Bei der beliebten und oft auch so unerträglich wohlmeinend daherkommenden Warnung vor „neuem" Antisemitismus im Falle von Verstößen gegen das Schlußstrich-Gebot wird das eigene Reaktionsmuster bei den anderen festgemacht und geradezu verobjektiviert. In diesem Meta-Antisemitismus kann die Schuldumkehr fortgesetzt werden: Nicht die AntisemitInnen sind für ihren Haß verantwortlich, sondern die Juden und Jüdinnen schüren diesen stets auf neue. Etwa mit ihren Forderungen gegenüber einem „wiedergutmachungswilligen Land", welche bei Mölzer „unangenehme Emotionen" hochkommen lassen. Als Beleg für den guten Willen Österreichs, das ja als erstes Opfer des NS eigentlich selbst Wiedergutmachung erhalten müßte, veröffentlicht Mölzers „Zur Zeit" exklusiv ein „Geheimpapier aus dem Finanzministerium": „Wieviel zahlte Österreich für die NS-Opfer?" (Nr. 34/98) Doch ganz so geheim ist dieses Papier nicht: Es handelt sich vielmehr um eine Abschreibübung von einer 1988 veröffentlichten Broschüre des Bundespressedienstes.

Als Chefredakteur einer Zeitschrift, die ihre LeserInnenschaft nicht nur unter RechtsextremistInnen gewinnen will, muß Mölzer mit seinen „Emotionen" etwas hinterm Berg halten. Daher bringt er zunächst einen Beitrag über „Juden in Österreich" (Nr. 34/98), der sich in seinem philosemitischen Grundtenor vom üblichen Geschreibsel der bürgerlichen Journaille zum Thema nicht sonderlich abhebt.



„Zuweilen wird erklärt, Mölzer, diese virtuelle Simulation eines kritischen Geistes, sei der einzige rechtsextreme Intellektuelle in diesem Land, doch keiner käme auf die Idee, diese Gestalt einen Intellektuellen zu nennen, wäre er nicht rechtsextrem. Bloß unter Blinden ist dieser Einäugige König." (Doron Rabinovici, Der Standard, 11. 9. 98)

Lauter Opfer

Zwei Ausgaben später kann Mölzer seinen Haß nicht länger zügeln: In „Zur Zeit" Nr. 36/98 geht er der Frage „Wer regiert die Welt?" nach. Wie jeder Antisemit erblickt er in den Mächtigen dieser Welt bloße „Marionetten", die von finsteren Gestalten im Hintergrund gelenkt werden. Im Falle der USA seien das „zweifellos jene Kräfte, die im Bankwesen und in den Medien das Reden haben." Daß es sich bei diesen „Kräften" um Juden und Jüdinnen handelt, weiß in Ländern mit derart ausgeprägter antisemitischer Kultur jedes Kind. Mölzer kann sich seine „Emotionen" also codiert vom Leibe schreiben.

Helmut **Müller**, Chefredakteur des revanchistischen „Eckartboten" und bei „Zur Zeit" Leiter des Kulturressorts, deutet in der selben Ausgabe an, welchen Verlauf die Schuldabwehr nimmt. In einem Beitrag über das Berliner Holocaust-Denkmal formuliert er seine Verachtung der Opfer, die in Zynismus umschlägt: „Statt jüdische Opfer sonderzubehandeln und, wenn auch nur symbolisch, in ein Ghetto aus Stein einzuweisen, sollte ihrer - Widerständen zum Trotz - in einer würdigen zentralen Gedenkstätte zusammen mit allen anderen Opfern des Nationalsozialismus wie auch des Krieges gedacht werden."

Die „Neue Freie Zeitung", immerhin Parteiorgan der FPÖ, spielt schon im

Titel auf das bereits erwähnte antisemitische Stereotyp an: „Der Holocaust als Geldquelle..." (Nr. 36/98) Die Shoah wird hier zum Gerücht: „Zwischen vier und sechs Millionen Todesopfer soll, je nach Lesart und Geschichtsschreibung, allein der Holocaust gefordert haben". Der „Holocaust", der nur stattgefunden haben „soll", diene den Juden und Jüdinnen nicht nur als „cash-cow", sondern auch „als Druckmittel mit Killerargument-Qualität zur Durchsetzung vordergründiger Interessenslagen." Das antisemitische Ressentiment heuchelt Sympathie für die Opfer, die von ihren AnwältInnen in Schutz genommen werden müssen: „Jene, die (nicht nur an der amerikanischen Ostküste) Wiedergutmachungs- und Entschädigungsansprüche dergestalt vertreten, treten die Opfer mit Füßen. Und werden zu Tätern."

Jörg Haider selbst steht seinen Kameraden um nichts nach und setzt im ORF-Interview (9. September) die jüdischen Opfer mit den 1945 ausgesiedelten „Altösterreichern" und „Sudetendeutschen" gleich. Der FPÖ-Chef darf die Shoah nicht leugnen, darum will er „nicht beurteilen, was schlimmer gewesen ist": die „Vertreibung" oder das, „was die Menschen jüdischer Abstammung durchgemacht haben." Und weil man „nicht Gleiches ungleich behandeln (kann)", hätten laut Haider auch die „Heimatvertriebenen" Anspruch auf „Wiedergutmachungen". Während die FPÖ-KritikerInnen noch rätseln, welches Ziel der Populist mit dieser Gleichsetzung verfolge, gab Haider im ORF offen Auskunft über seine Beweggründe. Er setze Juden und Jüdinnen deswegen mit den ausgesiedelten Vorposten des „Deutschtums" gleich, „weil es einfach die Logik gebietet." Tatsächlich ist es logisch, wenn ein Apologet des NS versucht, die Singularität der Shoah in Abrede zu stellen. Aber daß es sich beim Führer der drittgrößten Parlamentspartei schlicht um einen - in Elternhaus, Burschenschaft, Turnverein und FPÖ antisemitisch sozialisierten - Rechtsextremisten handelt, kann nicht sein, weil es nicht sein darf. Dies würde nämlich ein bezeichnendes Licht auf diejenigen werfen, welche ihn wählen, mit ihm diskutieren und mit seiner Partei in „Sachfragen" koalieren.

Täter lachen

Die Staberl-Kolumnen in der „Neuen Kronenzeitung" (NKZ), diesem papierernen Ressentiment wildgewordener KleinbürgerInnen, enthalten wie schon zu Zeiten der Waldheim-"Kampagne" das ganze Repertoire des sekundären Antisemitismus. Staberl zieht sich in seiner Schuldabwehr auf die geradezu klassische Position zurück, wonach „der Staat Österreich zwischen 1938 und 1945 gar nicht existiert hat" (NKZ, 5. 8. 98) und folglich samt seiner Banken und sonstigen GewinnlerInnen der nationalsozialistischen „Judenpolitik" auch nicht Adressat von Entschädigungsforderungen sein könne. Während Mölzer in der konservativen „Presse" (1. 9. 98) zum „Spaß" eine „Sammelklage gegen die US-Airforce", eingebracht von den „zivilen Bombenopfer(n)", vorschlägt, greift Staberl eine Anregung aus einem seiner LeserInnenbriefe auf: „Wie aber wäre es mit einer Sammelklage der von den amerikanischen Pionieren niedergemachten Indianer? Könnten sich nicht auch die Neger sammeln, um die unmenschlichen Sklavenhändler und -fänger von einst zu klagen?" (NKZ, 6. 9. 98) Die Moral aus der Geschichte: Opfer gab es immer und überall, nur die „frechen Juden" beanspruchen, gleicher als die anderen zu sein, oder mit Helmut Müller: eine neuerliche „Sonderbehandlung".

Neben der beliebten Einebnung der nationalsozialistischen Verbrechen ist auch der eigentümliche Humor dieser ganz gewöhnlichen Österreicher und die Leichtigkeit, mit welcher sie über die Opfer des NS hinwegschreiben, was diese Zeilen so unerträglich macht. ●

Staatliche Anti-Antifa

Zum „antifaschistischen Auftrag" des Grazer Polizeidirektors

Unerschütterlich von seinem "antifaschistischen Auftrag" überzeugt ist der Grazer Polizeidirektor Franz **Stingl**. Das stellte er im Sommer zumindest gegenüber einer Wiener Zeitung fest, die ihn auf die Polizeirepression in Graz angesprochen hatte. Alles bewege sich im "rechtsstaatlichen Rahmen", beruhigte Stingl weiter, Lieblingspolizist der linken und alternativen Parteien in der Landeshauptstadt, die stolz auf ihr gutes Verhältnis zum Chef der polizeilichen Verkehrsregler bei angemeldeten Demonstrationen sind.

Die Beamten der Abteilung I der Bundespolizeidirektion Graz dürften den "antifaschistischen Auftrag" ihres Direktors allerdings etwas anders begreifen: Seit gut einem Jahr haben sie sich die antifaschistische Szene als bevorzugtes Objekt ihrer Staatsschutzaktivitäten ausgesucht. Treffen und Lokalbesuche werden observiert, junge Leute, die eventuell Gefallen am politischen Handeln finden könnten, gleich vorsorglich eingeschüchtert. Bei einer Diskussionsveranstaltung im Mai zwang ein Staatspolizist eine junge Frau zur Ausweisleistung, weil Sie sich in der Nähe eines Büchertisches aufhielt, auf welchem das wachsame Auge des Gesetzes ein antifaschistisches "Schmierblatt" erblickte. Angeblich Verantwortliche für derart ungeliebte Publikationen finden sich auf schwarzen Listen wieder, die irgendwann die in Sachen Rechtsterror so erfolglose Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) in den Händen hat. Der Ulrichsberg ist ja nicht weit: Die vorjährige Aktion eines kommando z.a.l.a. gegen die Kärntner Wallfahrtstätte stolzer Wehrmachts- und SS-Veteranen samt neonazistischem Anhang (vgl. lotta DURA 10/97) soll denjenigen angelastet werden, die sich publizistisch mit dem braunen Spuk auseinandersetzen.

Auch in einem anderen Fall, der grade gerichtsanhängig ist, versuchten die Staatsschützer, die Verfassung kritischer Artikel zu kriminalisieren. Im Oktober 97 hatte eine Aktion gegen die Rasterfahndung in Graz für einige Aufregung gesorgt: Damals tauchten in Wohnhäusern gefakte Schriftstücke der „Bundespolizeidirektion Graz" auf, in welchen die BewohnerInnen aufgefordert wurden, die für eine Rasterfahndung notwendigen Daten anzugeben. In den Augen der Ermittler kann dahinter nur jene Person stecken, die "in den div. Studentenmedien massiv gegen diese Maßnahmen aufgetreten ist." Wo massives öffentliches Auftreten zum Indiz wird, dort schreckt mann auch vor noch drastischeren Kriminalisierungsmethoden nicht zurück: Weil Vernehmungen nicht ausreichten, um Leute dazu zu bringen, sich gegenseitig zu belasten, haben Beamte die nötige Aussage flugs selbst geschrieben und dem Gericht als "Beweis" übergeben. Und da der angebliche Belastungszeuge das schmutzige Spiel nicht mitspielen will, hat er sich nun auch als Beschuldigter vor Gericht zu verantworten. Aber: "Alles rechtsstaatlich", erklärt der "antifaschistische" Polizeidirektor Franz Stingl. ●

Quelle: unique 7/98, Flugblatt aus Graz

Novemberpogrom

Die besseren Deutschen

WENN DAS OFFIZIELLE ÖSTERREICH AM 9./10. NOVEMBER DER EREIGNISSE VOR 60 JAHREN GEDENKT, WIRD ES VIEL DARAN SETZEN, DAS MORDEN, PLÜNDERN UND BRANDSCHATZEN ÖSTERREICHISCHER NAZIS IN DER GESAMTSCHAU VERSCHWINDEN ZU LASSEN. AUS GUTEM GRUND: DENN DIESE WÜTETEN UNGEMEIN HEFTIGER, ALS DIES IHRE „VOLKSGENOSSEN" IM „ALTREICH" TATEN. SO GEHEN FAST EIN DRITTEL DER ÜBER 100 TODESOPFER DER NOVEMBERPOGROMISTEN AUF IHR KONTO.

Der Novemberpogrom stellt in Österreich und hier vor allem in Wien nur den Höhepunkt des antisemitischen Gewaltausbruches dar. Schon ein Monat vor der Machteinsetzung der NSDAP in Österreich und des darauf folgenden Einmarsches deutscher Truppen wurde ein jüdisches Bethaus in Wien Ziel eines Anschlages. Mit Bekanntwerden des „Anschlusses" setzte dann die wilde wie organisierte Jagd auf Juden und Jüdinnen und deren Besitz ein. In der Nacht auf den 12. März 1938 feierte der „arische" Mob seine „Heimkehr ins Reich" mit pogromartigen Ausschreitungen. Bei sogenannten „Reibpartien" wurden in der Folge Juden und Jüdinnen zum Gaudium der zusehenden Massen gezwungen, austrofaschistische Parolen von den Gehsteigen zu waschen. Daneben mußten sie jüdische Geschäfte mit der Aufschrift „Jude" bzw. einem Davidstern beschmieren. Plünderungen, Schändungen von Friedhöfen und anderen religiösen Stätten, Mißhandlungen auf offener Straße und jede nur erdenkliche Art von Erniedrigung machte das Leben für Juden und Jüdinnen in Österreich unerträglich.

WIEN IST ANDERS

Wurden die privaten Raubzüge des Mobs anfangs toleriert, zeigten sich die NS-Größen spätestens nach der „Volksabstimmung" über dessen Ausmaße besorgt. Nicht das Los der Verfolgten und Terrorisierten, sondern das Ansehen des „Dritten Reiches" im Ausland und der Verlust an Vermögenswerten ließ sie immer wieder zur „ordentlichen" (bürokratisch-"rechtsstaatlichen") „Lösung der Judenfrage" mahnen. Um die „wilden Arisierungen" hintanzuhalten, wurde am 26. April 1938 die Verordnung über die Anmeldung „jüdischen Vermögens" ab RM 5000 erlassen. Eine Vermögensverkehrsstelle sollte die Enteignungen von nun an systematisch durchführen. Am selben Tage schrieb die Wiener Ausgabe des „Völkischen Beobachters": „Mußte den Norddeutschen der Nationalsozialismus also vielfach erst auf die privaten, sozusagen unpolitischen Gefahren des Judentums aufmerksam machen, so ist es in Wien im Gegenteil die Aufgabe einer verantwortungsbewußten, um die Untadeligkeit und Reinheit der Bewegung besorgten Volkserziehung, den überschäumenden Radikalismus einzudämmen und die verständliche Reaktion auf die jüdischen Übergriffe eines geschlagenen Jahrhunderts in geordnete Bahnen zu

lenken. Denn - das merke sich jeder - Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das heißt in unserem Reiche geschieht nichts ohne gesetzliche Grundlage. (...) Pogrome werden keine veranstaltet, auch nicht von Frau Hinterhuber gegen Sarah Kohn im dritten Hof, Mezzanin, bei der Wasserleitung."

Zu Jom Kippur 1938 (4./5. Oktober) erreichten die pogromartigen Ausschreitungen einen weiteren Höhepunkt: In Eigenregie beschloß die Wiener NSDAP, innerhalb weniger Tage einen Großteil der noch in der Stadt lebenden Juden und Jüdinnen zu vertreiben. Wie später im Novemberpogrom sollte die Federführung der Partei getarnt werden. SA-Männer in Zivil drangen in Wohnungen ein, erzwangen die Herausgabe der Schlüssel und warfen die Menschen auf die Straße. **Bürckel**[1] brach diese mit Berlin nicht abgesprochene Aktion umgehend ab, die Delogierten konnten großteils zwei Tage später wieder in ihre Wohnungen zurückkehren.

Der Druck zur „Auswanderung" wurde auch durch Staat und Partei beständig erhöht. Da die „Nürnberger Gesetze" in Österreich erst am 20. Mai 1938 Gültigkeit erlangten, halfen sich die heimischen Nazis zunächst mit Verordnungen. Mit diesen wurden noch im März künstlerische und akademische Berufe „gesäubert". Im Zuge der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" (Jörg **Haider**) wurden nach und nach auch die übrigen Berufssparten „judenrein". Im Sommer folgte der Kennkartenzwang für Juden und Jüdinnen und der Zwang, die Zusatznamen „Israel" oder „Sara" anzunehmen.

Auch durch Verhaftungswellen wurde der Druck auf die jüdische community erhöht: Bis August 1938 wurden mehr als 2000 Juden und Jüdinnen nach Dachau verschleppt. Eine Entlassung erfolgte nur im Fall der sofortigen Ausreise.

Als Folge des Terrors durch Mob und Uniformierte stieg die Selbstmordrate unter Juden und Jüdinnen um mehr als das 20fache. Im März 1938 wurden 79 in den „Frei"tod getrieben - eine Opferzahl, die sich bis zum Herbst in dieser Größenordnung bewegte und mit Beginn der Deportationen (1941) übertroffen wurde.

DER NOVEMBERPOGROM

Am 7. November erschoß Herschel Grynszpan einen deutschen Botschaftssekretär in Paris. Grynszpans Eltern waren unter den 17.000 polnischen Juden und Jüdinnen, die am 28. Oktober von der deutschen Polizei über die Ostgrenze abgeschoben wurden und nun größtenteils im Niemandsland umherirrten. Die Ermordung des Nazi-Diplomaten gab den willkommen Vorwand zum Großangriff auf die Juden und Jüdinnen im „Dritten Reich".

Der Beschluß zum Losschlagen wurde am Rande einer abendlichen Feier zum Gedenken an den Putschversuch von 1923 in München gefaßt. Bevor **Hitler** die Versammlung verließ, instruierte er **Goebbels** unter vier Augen. Vom Gespräch ist nur der letzte Satz des „Führers" überliefert: „Die SA soll sich mal austoben." Der Startschuß zum Pogrom wurde dann vom Propagandaminister gegeben. In einer Hetzrede sprach er von „spontanen Vergeltungsaktionen

des Volkes". Auch wenn sich Goebbels mit expliziten Anweisungen zurückhielt, wußten die anwesenden Gau-/Parteistellenleiter und die SA-Gruppenführer, was von ihnen erwartet wurde: die Organisation gewalttätiger Demonstrationen und Ausschreitungen gegen Juden und Jüdinnen, die den Charakter „spontaner" Ausbrüche des Volkszorns haben sollten. Nach der halbstündigen Rede gaben sie diesbezüglich telefonische Weisungen nach unten weiter. Die Angehörigen der SS wurden erst nach Mitternacht von den geplanten Ausschreitungen informiert. Beim Pogrom kam es zu einer Art Arbeitsteilung: Während die SA in Zivil gemeinsam mit Angehörigen der HJ und anderer Parteiorganisationen jüdische Geschäfte und Wohnungen plünderte und zerstörte, gingen ebenfalls in Zivilkleidung auftretende SSler gezielt gegen Personen und jüdische Einrichtungen vor. Gestapo und Polizei wurden angewiesen, die Aktionen nicht zu behindern, jedoch Plünderungen und offene Gewaltexzesse zu unterbinden. Gemeinsam mit SS und SD sollte sie vorrangig jüdische Männer verhaften, die umgehend in KZ zu bringen waren. In Österreich wurden am 10. 11. mehr als 6000 Juden und Jüdinnen verhaftet, wovon fast 4000 nach Dachau verschleppt wurden. Von dort kam ein Großteil erst nach der Vorlage von Ausreisepapieren wieder frei.

In Wien wurden Juden zunächst in „Sammelstellen" zusammengepfercht und stunden–, ja tagelang von der SS mißhandelt. In der Hauptschule Karajangasse und der Klosterschule Kenyongasse wütete die SS am heftigsten. Die „Herrenmenschen" überboten sich hier an Sadismus und Brutalität. Allein in der Kenyongasse wurden 27 Juden ermordet und mehr als 80 verletzt.

Die antisemitische Gewalt richtete sich auch gegen die religiösen Zentren: Sämtliche Synagogen (außer jene in der Wiener Seitenstettengasse, die aus feuerpolizeilichen Gründen verschont wurde) und Bethäuser wurden zerstört. Fast alle noch existierenden jüdischen Geschäfte - in Wien knapp über 4000 - wurden geschlossen, fast 2000 Wohnungen jüdischer Familien beschlagnahmt.

Unmittelbar nach den Übergriffen wurde den Betroffenen auferlegt, die Schäden an ihren Geschäften und Wohnungen auf eigene Kosten zu beheben und das Straßenbild von den Spuren der Verwüstungen zu säubern. Zudem preßte das Regime den Juden und Jüdinnen eine „Sühneabgabe" von einer Milliarde Reichsmark ab. Kurz darauf wurde der binnen einem Jahr zu zahlende Betrag noch um ein Viertel erhöht.

Reaktionen

Über die ZuschauerInnen heißt es noch am 10. 11. in einem Bericht des Führers des SD-Unterabschnittes Wien, **Trittner**: „Mitleid (...) wurde fast nirgends laut, und wo sich solches dennoch schüchtern an die Oberfläche wagte, wurde diesem von der Menge sofort energisch entgegengetreten, einige allzu große Judenfreunde wurden festgenommen." Trittner berichtet weiter, daß die am 10. 11. um 17 Uhr eingegangene Weisung von Goebbels, wonach „die Judenaktionen abzubrechen seien", bei vielen mit Bedauern aufgenommen wurde, „denn der heutige Tag sei die Gelegenheit, um mit dem Wiener Judenproblem radikal aufzuräumen." Von daher überrascht es kaum, daß in Wien der Pogrom noch in den nächsten Tagen im kleineren Ausmaß fortgesetzt wurde. Während die Pogromisten den Juden und Jüdinnen nach ihrem Eigentum und Leben trachteten, hatten die Organisatoren der Ausschreitungen vor allem deren Vertreibung im Blick. So schreibt Trittner zufrieden, daß „die Auswanderungsfreudigkeit der Juden durch diese Aktionen sicher einen großen Aufschwung erfahren haben wird."

In einem weiteren Bericht aus dem SD wird dem Wiener Mob große Lust am Quälen und Morden attestiert. So heißt es, daß „bei den Ein- und Abliefe-rungen (...) die Bevölkerung schwer von Mißhandlungen der Juden" zurückzuhalten war: „Öfters durchbrachen viele, darunter meistens Arbeiter, die Absperrketten und verprügelten die Juden. Man hörte dabei vielfach die Rufe wie: 'Schlagt sie tot, die Hunde. Lernt ihnen in Dachau die Arbeit', und anderes mehr."

Auch die Opfer stellen der übrigen Bevölkerung kein gutes Zeugnis aus: „Die Straßen waren gesäumt von solchen, die nur unser Leben und unser Blut haben wollten."

Erst als in den folgenden Tagen „kommunistische Provokateure" für die Verwüstungen und Gewaltexzesse verantwortlich gemacht wurden und Staat wie Partei den Pogrom öffentlich verurteilten, mehrten sich ablehnende Stimmen auch unter den „Volksgenossen". Diese späte Distanzierung wird in der historischen Literatur oft als Beleg für eine kollektive Ablehnung des Pogroms genommen. Die ApologetInnen der ganz gewöhnlichen Deutschen und ÖsterreicherInnen schweigen sich jedoch über die Gründe dieser Ablehnung aus. Zweifellos erschraken einige über die Heftigkeit des Gewaltausbruches, vereinzelt wurde auch Mitleid laut. Vorherrschend war aber neben dem Massenopportunismus gegenüber der gerade offiziösen Parteimeinung die Sorge um Ruhe und Ordnung. Das staatliche Gewaltmonopol sollte auch in der „Judenfrage" durchgesetzt werden. Da die Vernichtung jüdischer Vermögenswerte diese der „Volksgemeinschaft" entzog, wurde sie vielerorts als „sinnlos" bezeichnet. **Göring** selbst brachte dies am 12. 11. gegenüber **Heydrich** zum Ausdruck: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet."

In einem Bericht (23. 11.) über den Pogrom in der Steiermark kommen die Widersprüche zwischen pogromistischem und „vernünftigem" Antisemitismus unter Mob wie Eliten deutlich hervor: „Für die Entfernung der Juden aus dem gesamten Gaugebiet sind aber an sich die Aktionen nicht besonders günstig. Es muß festgestellt werden, daß durch sie manche Grundlagen für die Auswanderung der Juden vernichtet wurden, die nun erst mühsam beschafft werden müssen. (...) Die Aktionen wurden in den Kreisen der ländlichen Be-

völkerung und der Jugend zustimmend aufgenommen. Immerhin fanden sie einige Kritik. (...) Seitens der hiesigen Dienststelle muß bemerkt werden, daß das Unterbleiben der Aktionen sowohl stimmungsgemäß als auch sachlich im Gebiet der Steiermark sicher besser gewesen wäre als ihre Durchführung. Die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Juden haben jedenfalls ein viel besseres Echo gefunden als die Zerstörungen. (...) Sehr ungünstig machte sich auch bei solchen Gelegenheiten der Einsatz der SA bemerkbar, der anscheinend auf gewisse Rivalität zurückzuführen ist, aber dafür meist um so störender wirkt."

Die hier angesprochene Rivalität zwischen SA und SS, zwischen Parteiformationen und Staatsorganen, kommt auch in einem weiteren Bericht des SD-Führers Trittner zum Ausdruck. Dieser spricht am 18. 11. von „sinnlosen Zerstörungen der Möbel und Vernichtung des SD-wichtigen Materials" durch SA und HJ. Auch die NSDAP-Ortsgruppenleiter befolgten nur „teilweise strikte die Weisungen der Kreisleitungen" und handelten nicht selten „nach eigenem Ermessen und liessen die Judengeschäfte ausräumen, wobei es mitunter zu unkontrollierbaren Verteilungen von Sachwerten kam." Trittner deutet auch an, wohin diese „Sachwerte" verschwunden seien: „Jedenfalls würden überraschende Haussuchungen in den SA- und NSKK[2]-Heimen und bei deren Führern Erstaunliches an den Tag bringen." Dem gegenüber habe die SS „strenge ihre Weisungen" befolgt, in einigen Fällen hätten „SS-Angehörige Politische Leiter mit vorgehaltener Schusswaffe von Requirierungen und sonstigen Übergriffen" zurückgehalten. Trittner macht die SA und andere Parteigliederungen nicht nur für die „sinnlosen Zerstörungen", sondern auch für die „brutale(n) Züchtigungen" von Juden und Jüdinnen in aller Öffentlichkeit verantwortlich. Sie seien somit dafür verantwortlich, daß „die anfängliche günstige Aufnahme der Gesamtaktion gegenwärtig in Mitleidenschaft gezogen wird." Daher meldet er für SS und SD einen Führungsanspruch bei „kommenden ähnlichen Anlässen" an.

Noch deutlichere Worte findet SS-Hauptscharführer **Seliger** in seiner Aktennotiz über eine Sitzung im Wiener Gauwirtschaftsamt (12. 11.): „Über die stimmungsmässige Auswirkung der Aktion herrschte unter den Teilnehmern nur eine Meinung: Ablehnung und Erschütterung über die Tatsache, dass bei der Durchführung Skandalszenen vorgefallen sind, die das Ansehen der Partei und des Reiches aufs schwerste schädigen. (...) Die Versammelten gaben einmütig ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, dass Pogrome und Vandalismus nicht die Mittel sind, um die Judenfrage zu lösen, und dass Schändungen, Raub und Plünderung in der Bevölkerung und in weiten Kreisen der Parteigenossenschaft nur Abscheu hervorgerufen haben. In der Sitzung wurde festgestellt, dass in letzter Zeit seitens der politischen Leitung in rohester Form in das Wirtschaftsleben eingegriffen wird, dass die Kreisleiter herumfuhrwerken und nicht imstande sind, zu übersehen, welches Unheil sie anrichten. (...) Die Teilnehmer der Sitzung beurteilen die Aktion und die Ausschreitungen dahin gehend, dass eine Richtung zum Durchbruch gekommen ist, die unter Abkehr bisher gepredigter Grundsätze eine Politik betreibt, die von den Gegnern mit Vergnügen beobachtet wird. Die Entfesselung niedrigster Instinkte, die Anzettelung eines Aufruhrs, bei dem kommunistischer Mob in hervorragendem Masse beteiligt war, untergräbt die Staatsautorität und kann sich jederzeit auch anders auswirken."

„Radau-" vs. „vernünftiger Antisemitismus"

Jene „Richtung", die laut Seliger am 10. 11. zum Durchbruch gelangte, läßt sich auf den Begriff des „Radauantisemitismus" bringen. Getragen vom Mob, erschien er den ökonomischen und konservativen Eliten des NS-Regimes als unberechenbar und schädlich. Auch die akademischen Vordenker der Vernichtung grenzten sich mit ihren Konzepten zur „Endlösung der Judenfrage" vom Antisemitismus der Straße ab. Hitler selbst brachte den Vorbehalt bereits 1919 in einem Brief zur Geltung: „Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen ge-

setzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden. (...) Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein."

Sowohl die Tatsache, daß die NSDAP seit ihrer Gründung den „Radauantisemitismus" schürte und instrumentalisierte, als auch die insbesondere von Goldhagen in die Diskussion eingebrachten Aspekte der Shoah verbieten aber eine dichotomische Sichtweise des NS-Antisemitismus: Nur im Zusammenspiel von „Leidenschaft und Weltanschauung" (J. P. Sartre) war das antisemitische Mord- und Vertreibungsprogramm umzusetzen.

Um die beiden „Richtungen" im Antisemitismus zu koordinieren, lud Göring zwei Tage nach dem Pogrom zu einer Konferenz ins Reichsluftfahrtministerium. Dort diskutierten rund 100 Minister und Experten die Fortsetzung ihrer Politik gegen die Juden und Jüdinnen. Alles in allem markiert die Konferenz vom 12. 11. einen dramatischen Einschnitt in der antisemitischen Politik: „Der vorgeblich 'spontane Volkszorn', der sich eine Nacht lang in Zerstörungslust, Plünderei und Mord hatte austoben können, wurde in ein langfristiges staatliches Konzept transformiert. Ein besonders auch in seinen wirtschaftlichen Konsequenzen durchdachtes Konzept, dessen Vernichtungsdynamik jedes noch so grausame Pogrom in den Schatten stellen sollte." (Aly/Heim)

Göring empörte sich zunächst über die entstandenen Verluste. Auch die „wilden Arisierungen" vor dem 10. 11. erregten seinen Zorn. Görings Warnung vom 26. März, wonach die „Entjudung" Wiens „nicht durch falsche Eingriffe oder dumme Maßnahmen verursacht werden (darf), sondern (...) ganz systematisch mit aller Überlegung geschehen muß", wurde ja in den Wind geschlagen. Die Geschäfte und Firmen von Juden und Jüdinnen wurden weiterhin geplündert oder von (bis zu 25.000) „kommissarischen Verwaltern" kurzerhand übernommen. Angesichts der Zustände in Wien betonte Göring auf der Konferenz, daß „die wilde Kommissarwirtschaft, wie sie sich in Österreich ausgebildet hat", aufhören müßte. „Die Erledigung der Judenfrage", so Göring weiter, „darf nicht als Versorgungssystem untüchtiger Parteigenossen angesehen werden."

„Wiener Modell"

Andererseits galt Wien als Exerzierfeld für die „legalen Arisierungen", wie sie ab dem Herbst 1938 auch im übrigen „Reich" systematisch durchgeführt wurden. Unter der Ägide von Walter **Rafelsberger**, dem Leiter der Vermögensverkehrsstelle, und Hans **Fischböck**, dem Minister für Wirtschaft und Arbeit, wurde die eliminatorische Politik mit ökonomischen Prämissen in Einklang gebracht.

Auch in Sachen Vertreibung galt Wien als Vorbild. So wies Heydrich bei der Besprechung auf den „Erfolg" der **Eichmann**-Behörde[3], „durch die wir in Österreich immerhin 50.000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19.000 Juden herausgebracht werden konnten." Angesichts derartiger Zahlen stimmte Göring nach kurzer Diskussion dem Vorschlag zu, „eine ähnliche Zentrale im Reich (...) einzurichten."

Gleichzeitig war es die nach außen hin verurteilte Heftigkeit des antisemitischen Haßausbruches in Wien, welche diese Stadt zum prädistinierten Exerzierfeld für die antijüdischen Maßnahmen machte. Hier war kein Protest oder Widerstand seitens der ZuseherInnen zu befürchten, ganz im Gegenteil: Der Pogrom-Antisemitismus der WienerInnen diente mit als legitimatorische Grundlage für immer radikalere Maßnahmen. Das „Wiener Modell" - die erzwungene Zusammenarbeit von Tätern und Opfern - sollte in der späteren Vernichtungspolitik Anwendung finden. Auch dessen Erfinder und Träger, die „Eichmann-Männer", wandten ihre in Wien gesammelten Erfahrungen später auch im „Altreich" an. Das Massenmordprogramm wurde ebenfalls von Österreichern an führender Stelle umgesetzt: Odilo **Globocnik**, Franz **Stangl**, Irmfried **Eberl**, Ernst **Kaltenbrunner** sind nur die prominentesten österreichischen Mörder. Insgesamt stammten 40% des Personals und drei Viertel der Kommandanten der Vernichtungslager aus Österreich. Simon Wiesenthal schätzt, daß Österreicher für die Ermordung von mindestens drei Millionen Juden und Jüdinnen unmittelbar verantwortlich sind. ●

Burschenschafter ehren Pogrommörder

Am Innsbrucker Westfriedhof findet sich eine Gedenktafel der Burschenschaft Suevia, auf welcher unter der Überschrift "Für des deutschen Volkes Ehre opferten ihr Leben" die Namen verstorbener Alten Herren und Aktiven dieser berüchtigten Korporation verzeichnet sind. Darunter der Name von Gerhard **Lausegger**. Der "Sueve" und SS-Mann Lausegger, während der "Illegalität" Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und des örtlichen Burschenschafter-Dachverbandes Innsbrucker Waffenring, führte jenes Rollkommando an, welches in der Nacht auf den 10. 11. Richard Berger, Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde in Innsbruck, aus seiner Wohnung verschleppte und am Innufer mit Steinen erschlug. Die Leiche wurde von den (in der Mehrzahl akademischen) Nazis in den Fluß geworfen, um die Spuren zu verwischen. Berger ist eines von vier Mordopfern in Innsbruck, wo v.a. Angehörige der SS gegen Juden und Jüdinnen wüteten. In einem Bericht des SS-Oberabschnitts Donau heißt es dazu nicht ohne Genugtuung: "Nahezu alle Juden waren verletzt."

Lausegger, dessen Andenken die Bundesbrüder bis heute hochhalten, floh 1945 aus britischer Haft und setzte sich nach Argentinien ab, wo er 1966 eines natürlichen Todes starb.

[1] Josef Bürckel war Reichskommissar zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich und Gauleiter von Wien.

[2] Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps

[3] Die Vernichtung der ökonomischen Grundlagen und die Vertreibung bedingten einander, gleichzeitig drohte die Verarmung der Juden und Jüdinnen diese an der „Ausreise" zu hindern. Zur Lösung dieses Zielkonfliktes wurde im August die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien" unter der Leitung des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann gegründet. Unter Zuhilfenahme der von der Gestapo kontrollierten Kultusgemeinde wurde das noch nicht geraubte Vermögen innerhalb der jüdischen Gemeinde so verteilt, daß auch ärmeren Juden und Jüdinnen die Flucht ermöglicht wurde.

Literatur:

Aly, Götz; Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt/M. 1993

DÖW (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. Bd. 3. Wien 1975

Gehler, Michael: Verfehlte Sühne? Fallbeispiele zum unterschiedlichen Umgang der Nachkriegsjustiz mit Tätern der „Reichskristallnacht" von 1938

Herbert, Ulrich: Von der „Reichskristallnacht" zum „Holocaust". Der 9. November und das Ende des „Radauantisemitismus". In: ders.: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1995

Moser, Jonny: Die Judenverfolgung in Österreich 1938-1945. Wien 1966

Rosenkranz, Herbert: „Reichskristallnacht". 9. November 1938 in Österreich. Wien u.a. 1968

Safrian, Hans; Witek, Hans: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Wien 1988

Wiesenthal, Simon: Recht, nicht Rache. Erinnerungen. Frankfurt a. M., Berlin 1988

Antisemitische Märchenstunden

von Gründungsmythen und -vätern

Drei Jahre ist es her, daß Jörg Haider anläßlich der Republiksfeiern zu 1945 und 1955 seine Interpretation der Geschichte vorstellte. In einer Grundsatzrede kritisierte er die PolitikerInnen von SPÖ und ÖVP, weil sie in ihrer Vergangenheit einiges verschweigen würden, er kritisierte (eher diffamierte) die „Gründerväter" und die „Gründungsmythen", stellte fest, daß es in allen Lagern Antisemitismus gegeben habe, strich die Anständigkeit der Kriegsgeneration hervor, behauptete der Staatsvertrag von 1955 sei ein Friedensvertrag gewesen, kennzeichnete die Proporzdemokratie als undemokratische Tradition und erbot sich selbst als „Retter in der Not".

Wer nun glaubt, daß Haiders Kritik an der Zweiten Republik in manchen Punkten richtig war, darf nicht vergessen, daß Haider damit nur den Weg in eine „Dritte Republik" weisen will. So stand am Ende *seiner* Dekonstruktion der „Gründungsmythen", daß die Parteien der Unabhängigkeitserklärung von „den Sowjettruppen" eingesetzt worden seien, daß die Zweite Republik anfänglich „von der Gnade der Sowjets" abhängig gewesen sei und daß der Staatsvertrag, der erst die „wirkliche" Freiheit brachte, um den Preis der Neutralität erkauft wurde. Der Staatsvertrag war in Wirklichkeit kein Friedensvertrag, aber Haider meinte offensichtlich, Österreich habe Krieg geführt und verloren, sei also als Teil der deutschen Nation besiegt worden, weshalb er in seiner Rede auch nur von den „sogenannten Befreiern" sprach. Um den österreichischen Widerstandskampf als kommunistisches Projekt darzustellen, versuchte er eine Gleichstellung von Nationalsozialismus und Stalinismus zu erreichen: Er rechnete Auschwitz mit den „Massenvergewaltigungen, Plünderungen, Morden, Massenvertreibungen und Verschleppungen" der sowjetischen Besatzung auf, weshalb sich im Frühling 1945 nur StalinistInnen frei gefühlt haben könnten. Alle diese Grundlagen hätten zu einem System der Unfreiheit geführt, aus dem nur die Freiheitlichen den Weg weisen könnten.

Das „andere Österreich"

Es kann also gar keinen Zweifel daran geben, daß Haiders Kritik an den Grundlagen der Zweiten Republik einen völlig anderen Hintergrund hatte, wie die Kritik und Entmythologisierung der emanzipativen jüngeren HistorikerInnengeneration. Umso erstaunlicher war deren Reaktion auf Haiders Angriff. Bei einigen VertreterInnen des „anderen Österreich" konnte nämlich durchaus die schüchterne Forderung nach *promotion der Erfolgsstory* der Zweiten Republik bemerkt werden. Es war aber v.a. der sogenannte pragmatische Umgang mit den Gründungsmythen, der den Diskurs im Jahr 1995 von jenem der späten 80er Jahre unterschied. Mythen und auch Antimythen sollten nun relativiert werden, wobei mit Antimythen in erster Linie die „Täterthese" gemeint war, die der „Opferthese" in den 80er Jahren entgegengestellt worden war. Es sollte Schluß sein mit der Dekonstruktion der Mythen, es sollte besser nach der Funktionalität der Tabus gefragt werden.

Anton **Pelinka** schrieb in diesem Zusammenhang: „Tabus und sonstige >Lebenslügen< haben eine ambivalente Schutzfunktion. Sie decken allzu schmerzliche Wunden ab, sie ermöglichen einen Heilungsprozeß durch - ritualisierte - Berührungs-, das heißt vor allem Diskussionsverbote. Diese Funktion von Tabuisierungen ist aber (...) zeitlich begrenzt. Irgendwann muß (...) die >Wunde< geschlossen sein."

Unklar ist, welche und wessen „Wunden" Pelinka hier meint. Er kann doch nicht ernstlich davon ausgehen, daß die nichtverfolgten ÖsterreicherInnen - die Mehrheit im Lande - bis in die 80er Jahre hinein an ihren „Wunden" geleckt haben und deshalb um der „Heilung" willen auf der Einhaltung der Tabus quasi bestehen mußten! Dieser Einwurf im herrschenden *Zeitgeist* der neuen *Nüchternheit* riecht wahrscheinlich nach den „moralischen" 80er Jahren, aber wir mußten in diesem Kontext eine bedenkliche Beobachtung machen: Antisemitismus und Shoah blieben in dieser *Neuorientierung* der Zeitgeschichte-Community bezüglich der *pragmatischen* Interpretation der Geschichte der Zweiten Republik meist unerwähnt. Dafür gibt es nur zwei mögliche Gründe: Entweder glaubt die Zeitgeschichte, darüber alles gesagt zu haben und den Rest nun den MeinungsforscherInnen überlassen zu können; oder sie ist in einem patriotischen Diskurs gefangen, der sich ja wohl nicht zufällig immer wieder entlang von offiziellen Feierstunden bewegt und dessen Kernfrage dann zu lauten scheint: Ist „Verrat" die Aufgabe der HistorikerInnen oder doch nur bloße Darstellung?

Das „Märchen" vom Antisemitismus

Den Begriff vom „Märchen" des Antismitismus prägte der damalige sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Theodor **Körner**, in einem Artikel in der Wiener Zeitung vom Februar 1947: „Aus Briefen und Zeitungsproben der letzten Zeit entnehmen wir, daß in einigen Staaten in gewissen Kreisen die Meinung besteht, daß Österreich auch nach der Niederlage des Nationalsozialismus (...) noch immer dem Antisemitismus verfallen sei. Selbst bis in nordamerikanische Zeitungen ist dieses Märchen vorgedrungen (...). Ein für allemal sei festgestellt, daß es, außer den von den Nazis in der Zeit ihrer Herrschaft über Österreich organisierten Ausschreitungen, in Wien Judenpogrome überhaupt niemals gegeben hat. (...) denn der Wiener ist Weltbürger und daher von vornherein kein Antisemit. Antisemitische Tendenzen sind ihm auch jetzt vollkommen fremd." (Zit.n. Mitten 1995)

Von Körners strategischen Absichten bei der Veröffentlichung solcher Lügen abgesehen, finden wir hier die wichtigsten Elemente eines Teils der „Gründungsmythen": Antisemitismus war eine Sache des Nationalsozialismus, dieser wiederum eine Sache der Deutschen, die WienerInnen (und ÖsterreicherInnen) sind also per se keine AntisemitInnen. Mit der Niederlage des „deutschen" Nationalsozialismus ist der Antisemitismus gleichfalls verschwunden. Es kommt schließlich nur auf die Definition an...

„Eine im Jahr 1946 von den Amerikanern in ihrer Besatzungszone durchgeführte Meinungsumfrage ließ erkennen, daß 44 Prozent der Wiener, 50 Prozent der Salzburger und 51 Prozent der Linzer glaubten, >die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgend etwas mußte geschehen, um sie in Schranken zu halten<. Eine andere im gleichen Jahr durchgeführte Umfrage zeigte auf, daß 46 Prozent der Befragten eine Rückkehr jener Juden, die dem Morden entgangen waren, ablehnten, verglichen mit den 28 Prozent, die für die Rückkehr plädierten." (Pauley 1993)

Die Ergebnisse dieser Umfragen wurden zu einer Zeit erreicht, als die Fakten über die Shoah bereits bekannt waren.

Allerdings glaubten viele ÖsterreicherInnen zunächst, das sei nichts als amerikanische Propaganda, ein Indiz dafür, wie sehr weggeschaut worden war bzw. wie sehr darauf geachtet wurde, das gebotene Schweigen einzuhalten. Daß bis 1945 das ganze Ausmaß vielfach nicht bekannt war bzw. von vielen einfach nicht für möglich gehalten wurde, ist eine Sache. Aber der Novemberpogrom 1938 zum Beispiel spielte sich auf den Straßen ab, die Enteignungen fanden in der Nachbarschaft statt und der Abtransport ganzer Familien wird wohl auch aufgefallen sein. „(...) man darf wohl unterstellen, daß zwischen dem Gestus des >Von-allem-nichts-gewußt-Habens< und zumindest stumpfer und ängstlicher Gleichgültigkeit eine Proportion besteht. Jedenfalls haben die dezidierten Feinde des Nationalsozialismus frühzeitig sehr genau Bescheid gewußt." (Adorno 1959)*Danach* allerdings wußten es wirklich alle.

1970 glaubten 45% der ÖsterreicherInnen, daß Juden/Jüdinnen nur für den eigenen Vorteil handelten und 21% hielten es für besser, wenn es keine Juden/Jüdinnen in Österreich gäbe. 1976 stimmten 18% zu, daß Juden/Jüdinnen, die in einflußreiche Berufe gelangen wollen, Beschränkungen auferlegt werden sollten; 1986 stimmten dem 33% zu. 1989 glaubten 13%, ohne Juden/Jüdinnen würde es Österreich besser gehen, 1991 glaubten das 19%. 1991 meinten auch 53%, die Diskussion um die Shoah sollte beendet werden, und 32% meinten, die Juden/Jüdinnen würden dieses Thema weidlich ausschlachten. In allen diesen Umfragen ergab sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen katholischem Kirchenbesuch und antisemitischen Ansichten. In der Umfrage von 1989 zeigte sich außerdem, daß 35,5% der Mitglieder der FPÖ überzeugte AntisemitInnen sind (gegenüber 6,5% bei der SPÖ und 8% bei der ÖVP). Es zeigte sich auch immer wieder, daß der Antisemitismus mit höherer Schulbildung *nicht* abnimmt. (Vgl. Pauley) In diesen Fakten manifestiert sich auch der Unterschied zwischen antisemitischen und anderen rassistischen Vorurteilen.

Das Bedenkjahr 1988, das gerade auch von der katholischen Kirche zur eigenen Vergangenheitsbewältigung und zu einem Dialogbeginn mit der Jüdischen Gemeinde genutzt wurde, fällt in den Umfragen zwar meist durch einen leichten Rückgang der Zustimmung zu antisemitischen Vorurteilen auf, kurze Zeit später erhöhte sich diese Zustimmung aber wieder. So meinten 1973 21%, Österreich wäre ohne Juden/Jüdinnen besser dran, 1988 sank diese Ziffer auf 8%, um ein Jahr später wieder auf 13% zu steigen. Zu all dem kommt noch dazu, daß 50% der Interviewten aus den Umfragen von 1976 bis 1980 glaubten, daß 10% der österreichischen Bevölkerung Juden/Jüdinnen wären, also einhundertmal mehr als in Wirklichkeit. (Vgl. Pauley)

Bernd **Marin** charakterisiert den postfaschistischen Antisemitismus als ein paradoxes Phänomen. Er ist erstens ein „Antisemitismus ohne Juden und Jüdinnen", denn fast alle österreichischen Juden und Jüdinnen wurden bis 1945 vertrieben oder ermordet, die Verbliebenen leben meist sehr isoliert. Außerdem ist der Antisemitismus dort deutlich stärker, wo heute keine Juden und Jüdinnen leben; er ist signifikant stärker bei Personen, die keinerlei persönlichen Kontakt zu Juden und Jüdinnen haben und hatten.

Der postfaschistische Antisemitismus ist zweitens ein „Antisemitismus ohne AntisemitInnen", denn er ist ein Massenvorurteil ohne Legitimation, d.h. ohne öffentliche Vertretung, ohne das Selbstverständnis einer Ideologie. Dafür ist er ins „kollektive Unbewußte" abgesunken, von wo aus er im alltäglichen Sprachgebrauch immer wieder auftaucht, offiziell jedoch unterdrückt oder verpönt wird.

Der postfaschistische Antisemitismus ist kein „politischer Antisemitismus" mehr, aber er ist wegen seiner massenhaften Verbreitung im „Untergrund" der Privatheit weiterhin ein eminent politisches Potential, das auch genutzt wird. Es gibt also weiterhin Antisemitismus in der Politik, nur unterliegt er heute einem „Vorurteils-Management" durch die politischen Eliten: Der massenhafte Vorurteilsbestand wird kalkuliert genutzt, findet Berücksichtigung, Duldung oder Begünstigung, während seine Inhalte gleichzeitig deklariert zurückgewiesen werden.

Bereits unsere „Gründerväter" haben innerhalb dieser Ambivalenz agiert, als es um die Rückstellungsansprüche und die Lage der jüdischen Flüchtlinge in Österreich ging, wie die Dokumentensammlung von Robert **Knight** eindrucksvoll nachweist. Während man, wie bereits erwähnt, einerseits darauf bedacht war, in der Öffentlichkeit und v.a. gegenüber den Alliierten jeglichen Antisemitismus in Österreich als „Märchen" abzutun, bediente man sich gleichzeitig antisemitischer Vorurteile - vor allem das des „internationalen Finanzjudentums" -, um Entschädigungsansprüche zurückzuweisen.

STRABENTAFEL IN WIEN (1987)

Ein Beispiel möchten wir exemplarisch herausgreifen: Es gibt zu dieser Frage ein Memorandum der Staatskanzlei für auswärtige Angelegenheiten von 1945, in dem die außenpolitische und völkerrechtliche Seite der Entschädigungsansprüche diskutiert wird. Hier wird zunächst festgehalten, daß der jüdische Einfluß auf die Presse weltweit sehr groß sei, daß sich das „internationale Finanzkapital" in jüdischen Händen befinde und daß aus diesen Gründen viele Staaten sich ihren Forderungen angeschlossen hätten. Deshalb wird vorgeschlagen, in dieser Frage alles zu vermeiden, was „die öffentliche Weltmeinung gegen Österreich einnehmen könnte".

Andererseits, wird in dem Memorandum eingewendet, dürfe man die „christlichen Naziopfer" nicht vergessen, weil sonst „eine neue Welle des Antisemitismus" hervorgerufen würde. Da „die Juden in der Finanzwelt eine sehr große Rolle" spielten, sollte man sie aber auch

nicht vergraulen, denn Österreich brauche „zu seinem Wiederaufbau auch finanzielle Unterstützung". Der Regierung wird schließlich vorgeschlagen, ihre „Verhandlungstaktik" darauf abzustellen, „daß die Regierung nur zu gerne volle Entschädigung zahlen würde, daß aber die finanzielle Lage dies nicht gestattet."

Interessanterweise wird im folgenden - nachdem erklärt wurde, daß rein völkerrechtlich gesehen, ohnehin keine Ansprüche geltend gemacht werden können - darauf hingewiesen, daß die Judenverfolgungen zwar von der Naziregierung in Deutschland eingeleitet und durchgeführt worden sind, daß es aber bekannt sei, „daß der Antisemitismus in Wien an sich viel größer war als in Deutschland. (...) Sicher ist (...), daß sehr viele Maßnahmen, die damals zum ersten Male gegen die Juden ergriffen wurden, den Beifall der Wiener Bevölkerung gefunden haben. (...) Es würde daher vielleicht etwas merkwürdig anmuten, wenn gerade die Wiener Regierung sich grundsätzlich gegen eine Judenentschädigung mit der Begründung aussprechen würde, daß die Österreicher und insbesondere die Wiener mit diesen Verfolgungen nichts gemein gehabt hätten." (Zit .n. Knight 1988:106)

Der Vergleich dieses Memorandums mit dem Text von Körner zeigt, wie schwierig es war, mit all diesen Widersprüchlichkeiten klarzukommen. Es kam eben in der Praxis darauf an, was man erreichen wollte. Körner wollte vor der Weltöffentlichkeit seine WienerInnen gut aussehen lassen, deshalb stellt er den Antisemitismus in Wien als Märchen hin. Das Auswärtige Amt wollte den Entschädigungsansprüchen entgehen und gleichzeitig finanzielle Aufbauhilfe erhalten, deshalb gibt es den Antisemitismus zu, um gut auszusehen. Das ist ein Teil des bei Marin so genannten „Vorurteils-Managements", das auch dadurch bestimmt ist, daß es einen „Vermeidungsimperativ" gibt, dem dieses „herrschende Vorurteil" unterworfen ist. Antisemitismus als „herrschendes Vorurteil" bedeutet hier nicht ein Vorurteil der herrschenden Klasse, das politisch ausgespielt wird, sondern ein Vorurteil, dessen massenhafte „privatisierte" Verbreitung dazu führt, daß die Regierenden glauben, darauf Rücksicht nehmen zu müssen. Das drückt sich im zitierten Memorandum an der Stelle aus, wo eine „Welle des Antisemitismus" befürchtet wird, wenn zwischen den jüdischen und christlichen Opfer ein Unterschied zugunsten der jüdischen Opfer gemacht würde.

Der Antisemitismus nach 1945 hat sich gegenüber dem staatstragenden Antisemitismus im Nationalsozialismus und gegenüber dem politischen bürgerlichen Antisemitismus verändert. Unter dem Eindruck der Shoah konnte er weder staatstragend noch politisch-ideologisch weiterbestehen. Die Shoah änderte aber nichts daran, daß ein Pool aus antisemitischen Vorurteilen weiterbesteht, aus dem mann/frau sich bei Bedarf bedienen kann, wie etwa die Waldheim-Affaire gezeigt hat. Dennoch werden diese massenhaft vorhandenen Vorurteile „offiziell" abgelehnt, manchmal allerdings geduldet und teilweise sogar in ihrem Bestand geleugnet. Wenn es zu einem Zusammenprall der „Öffentlichkeit" mit der „Privatmeinung" kommt, ist also Vorsicht angesagt. Einen für uns treffenden Ausdruck fand dieser ambivalente Zustand in der Aussage eines ca. 70jähriges Mannes, der von einem ORF-Kamerateam Anfang Juni 1997 für die Sendung „Der Report" zu seiner Meinung über die jüdische Schule befragt wurde, die am Rand des Wiener Augartens errichtet werden soll. Der Mann wollte keine rechte Antwort geben und sagte schließlich: „Na ja, wissen S', ein guter Österreicher ist für die Juden."

Eine „gespaltene Nation"?

Wie Anton Pelinka formulierte und wie Bernd Marin rezipiert, soll sich in der Frage des postfaschistischen Antisemitismus eine „gespaltene Nation" gebildet haben. Diese Spaltung soll, laut Marin, die Diskrepanz und konflikthafte Beziehung zwischen „Eliten der Spitzenpolitiker" und der „Basis der Gesellschaft" bezüglich des postfaschistischen Antisemitismus beschreiben. Auf die *Ambivalenz* von Ächtung des Antisemitismus einerseits und „Vorurteils-Management" andererseits haben wir schon hingewiesen, daraus können wir aber keine *Spaltung* ablesen. Die PolitikerInnen sind nur die „HauptdarstellerInnen" des gesellschaftlichen Mainstreams. Bezogen auf den postfaschistischen Antisemitismus heißt das, daß sie zwar diejenigen waren und sind, die antisemitische Vorurteile funktionalisieren und gleichzeitig offiziell ächten, daß sie aber gleichzeitig auch VertreterInnen dieser Vorurteile, eben „ganz normale ÖsterreicherInnen" waren und sind. ●

Literatur:

Bruce F. Pauley „Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung" Wien 1993

Theodor W. Adorno „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit" 1959, in: Ders. „Eingriffe. Neun kritische Modelle" Frankfurt a.M. 1963

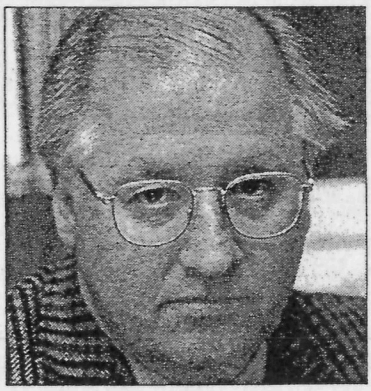
Bernd Marin „Ein historisch neuartiger >Antisemitismus ohne Antisemiten<?", in: John Bunzl/Bernd Marin „Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien" Innsbruck 1983

Robert Knight (Hg.) „>Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen< Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden" Frankfurt a.M. 1988

Rechter Vordenker im Dauerstreß

Historiker Stefan Karner weiterhin aktiv

DIE UMSCHREIBUNG DER GESCHICHTE IST SEIT EINIGER ZEIT SCHON SEIN HAUPTANLIEGEN. IN DIESEM JAHR WAR ER WIEDER EINMAL BESONDERS AKTIV. STEFAN KARNER, VORDENKER DER ÖVP, LIEBLING DER REVISIONISTISCHEN PUBLIZISTIK UND KURATORIUMSMITGLIED DES DÖW IN EINEM, FÜHRT GLEICH AN MEHREREN FRONTEN DEN KAMPF FÜR DAS GESCHICHTSBILD EINER SELBSTBEWUßTEN NATION.



NEUES AMT FÜR STEFAN KARNER

Die höchst unerfreuliche Diskussion um die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" in Österreich hatte nicht nur die Kameradschaftsbünde und Staberls aus ihren rechten Ecken hervorgeholt, sondern auch einen Stefan Karner. Der Grazer Wirtschafts- und Sozialhistoriker, der es vom Teilnehmer am Kärntner Ortstafelsturm 1972 und Mitarbeiter der "Kronenzeitung" bis zum universitären Helfershelfer des Revisionismus gebracht hatte (vgl.Lotta dura 9/1997), konnte es einfach nicht lassen.

EINSATZ FÜR DEN DEUTSCHEN SOLDATEN UND MEHR

In Zeitungsartikeln warf er sich zum Verteidiger der Kriegsgeneration auf und attestierte der Ausstellung "polarisierende Intention" oder "problematische Quellen" (Der Standard, 25. 4. 1997). Je heftiger allerdings die Diskussion wurde, umso weniger gelang es Karner, seinen Kreuzzug für die alten Kameraden mit wissenschaftlichem Gehabe zu bemänteln. Als das Grazer Ausstellungsbüro ihm im Herbst 97 die gewünschte Sonderstellung mit gleich mehreren Auftritten im Rahmenprogramm nicht einräumte, hetzte er den VeranstalterInnen das Blatt des Herrn **Dichand** auf den Hals, das die Legende vom unbequemen Kritiker, der nicht reden darf, zum Ausgangspunkt für eine wochenlange Kampagne gegen die Ausstellung und ihre UnterstützerInnen nahm.

Karner redete allerdings genug: Konsequent setzte er vom Podium aus die Shoah mit dem Schicksal von Österreichern oder Ukrainern im Gulag gleich, nannte stalinistische Verbrechen in einem Atemzug mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, bezeichnete die These vom "Präventivschlag" Deutschlands gegen die Sowjetunion wörtlich als "nicht so daneben" und warf der Wehrmachtsausstellung schlußendlich vor, mit "Materialien des KGB" zu arbeiten. Als Höhepunkt organisierte er vor einem Publikum aus Burschenschaftern und Kameradschaftsbündlern ein Symposium im November 97 in der Aula der Grazer Uni, bei dem der revisionistische Völkerrechtler Alfred **De Zayas** ungehindert seine Auffassungen vom "Vernichtungskrieg der Sowjetunion" (gemeint war der 2. Weltkrieg"), den "Verbrechen der Banditen" (gemeint waren die antifaschistischen PartisanInnen), den "logistischen Problemen der Wehrmacht" (gemeint war die Ermordung von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen) und ähnliche Geschichtsfälschungen unters beifallklatschende Volk streuen konnte.

Kritik an seiner Rolle als Fürsprecher derer, die nie Täter gewesen sein wollen, wehrte Karner mit der üblichen Replik ab, daß er ja auch mit dem DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES zusammenarbeite. Die politische Rechte weiß jedenfalls, was ein Hofberichterstatter, der gleichzeitig mit allen kann, wert ist: So bedauerte Andreas **Mölzers** rechtsextreme "Zur Zeit", der FPÖ fehle in puncto Stimmenfang bei den alten Kameraden ein "Argumentationslieferant à la Univ. Prof. Karner", dem als "kritischer Geist die Gutmenschenfront" (ZZ Nr. 6/97) im Nacken sitze. Richtig: Denn der allgemeinen Hochachtung zum Trotz, die ihm die nationalen Tauben- und Rassistenzüchtervereine quer durch Österreich zollen, parteipolitisch ist Karner schon fix an die ÖVP vergeben.

IM DIENST DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Im Jänner 98 stellte er im Auftrag Wolfgang **Schüssels** mit viel Medienaufwand fest, daß es in Slowenien eine "deutschsprachige Minderheit gibt" – no net. Karner legte seine Kopfzählung dabei im Kontext einer Außenpolitik vor, die die Forderung nach "Anerkennung" dieser Minderheit nicht nur mit der Herauslösung der Vertreibungen nach 1945 aus der Geschichte des Nationalsozialismus verknüpft, sondern sie in der Steiermark auch ganz offen mit der eigenen Haltung gegenüber der slowenischen Minderheit im Land verbindet. Da der Historiker seit drei Jahren als Berater der österreichischen Außenpolitik für Fragen des Balkans fungiert, dürfte ihm der Zusammenhang durchaus klar gewesen sein. Nichtsdestotrotz sieht sich Karner als "unabhängig" und "parteilos", während die meisten seiner KollegInnen von der Zeitgeschichte "links angehaucht" seien und er unter ihnen "viele Neider habe". Hingegen bekennt sich die ÖVP offen zu ihrem "Vordenker" Karner, und die konservativen Zeitungen stellen ihn stolz als Leiter der ÖVP-"Denkwerkstatt Österreich-Zukunftsreich" vor, die "für die Nationalratswahl 1999 Denkpfeiler ins 21. Jahrhundert vorlegen soll".

Mittlerweile sorgt Karner in Kärnten für Aufregung. Unter den Fittichen von Landeshauptmann Christoph **Zernatto** leitet er einen "Runden Tisch", der die regionale Geschichte aufarbeiten soll, und zwar "gemeinsam": und das bedeutet für Zernatto und Karner ein "Kompromiß" von den PartisanInnenverbänden bis zum chauvinistischen KÄRNTNER HEIMATDIENST und der rechtsextremen ULRICHSBERGGEMEINSCHAFT. Ergänzend hat Zernatto eine "Historikerkommission" eingesetzt, die im Sommer den heftigen Protest kritischer ZeitgeschichtlerInnen auslöste. Ist sie doch überwiegend von ÖVP-nahen LandeshistorikerInnen besetzt und überläßt sogar ein so heikles Thema wie die SS-Veteranentreffen am Ulrichsberg dem FPÖ-nahen "Aula"-Autor Heinz-Dieter **Pohl** - alles unter der Leitung von Karner, von dem selbstverständlich kein Protest bekannt wurde. Möglicherweise betreibt er aber auch nur Feldforschung für ein weiteres Amt. Denn seit Jänner 98 ist er stellvertretendes Mitglied in der "EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", von der Bundesregierung ernannt, der er umgehend versicherte: Diese Stelle solle keinesfalls eine zur Beobachtung Österreichs allein werden. Da er kursierenden, dennoch glaubhaften, Informationen zufolge grundsätzlich nur für rassistisch hält, was ein Gericht bereits ebenso qualifiziert hat, wird seine ▶

„Goldhagen und Österreich"

Rezension

DIE ÖSTERREICHISCHEN MEDIEN MACHTEN SICH NICHT DIE MÜHE, AUF GOLDHAGENS STUDIE INHALTLICH EINZUGEHEN. SIE BEGNÜGTEN SICH MIT DER REZENSION DER DEUTSCHEN DEBATTE. AUCH DIE ÖSTERREICHISCHEN ANTIFAS UND RADIKALEN LINKEN STEUERTEN BIS VOR KURZEM NICHT DAGEGEN. MIT DER NUN ERSCHIENENEN BROSCHÜRE „GOLDHAGEN UND ÖSTERREICH" WIRD DIESES VERSÄUMNIS NACHGEHOLT UND KRITISIERT.

Nachdem Daniel J. Goldhagen in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker" den Anteil der ÖsterreicherInnen an der Shoah weitgehend ignorierte und - was schwerer wiegt - die österreichischen Wurzeln des eliminatorischen Antisemitismus nicht beachtete, gingen auch die AutorInnen des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke" auf diese Auslassung nicht ein. Das griffige „No Germans, no Holocaust" galt es zu untermauern, und laut Goldhagen sind die „OstmärkerInnen" hier ohnehin inkludiert. Eines ist aber klar: Auch wir gehen davon aus, daß die Shoah ein „deutsches" Projekt im Sinne der spezifischen deutschen historischen Entwicklung war, die sich etwa in der auf „Blut" und „Abstammung" gestützten Vorstellung von StaatsbürgerInnen ausdrückt. Das trifft auch auf das damalige Österreich zu. Zusätzlich hatte die österreichische Politik aber schon lange vorgeführt, wie mit Antisemitismus Wahlen und Macht gewonnen werden konnte, Antisemitismus wirkte bis in die Sozialdemokratie hinein integrativ, und Hitler war nicht zufällig ein Österreicher. Nach der Machtübernahme der Nazis in Österreich 1938 brachen spontane, von keinen Nazi-Verbänden organisierte Pogrome aus, die bereits aufzeigten, was mit Billigung und Beifall seitens der Bevölkerung (der Ostmark) möglich sein würde. Kurz gesagt, Goldhagens Auslassungen führten in Österreich durchaus zu einem Revival der alten Opferthese, wonach Nazi gleich „deutsch" aber niemals „österreichisch" war.

Nun legte der „Arbeitskreis Goldhagen" eine Broschüre vor, in der versucht wird, hier eine Lücke zu schließen: „Goldhagen und Österreich. Ganz gewöhnliche ÖsterreicherInnen und ein Holocaust-Buch". Die Autorinnen stellen fest, daß es in Österreich keine mit Deutschland vergleichbare Goldhagen-Debatte gegeben habe, daß vielmehr nur die deutsche Debatte rezensiert wurde. Das wird auf eine umfassende Verdrängung und Abwehr der Geschichte zurückgeführt, die durch Goldhagens Buch durchaus neue Nahrung erhielt, auch wenn die Autorinnen immer wieder bemerken konnten, daß in der österreichischen Rezension, v.a. in den Boulevard-Medien, Selbstbeschuldigungen auftauchten, wenn auch nur, um umgehend dementiert zu werden. Ansonsten wurden meist die selben Argumentationsmuster sichtbar wie in Deutschland, das heißt: Empörung über eine von Goldhagen nie vertretene Kollektivschuld-These, Renaissance der Totalitarismus-Theorie, offen antisemitische Argumente, vorgeschobene Methodenkritik als Abwehrmechanismus, der Vorwurf eines „antideutschen Rassismus" an Goldhagen und schließlich die „Finkelstein-Keule". Norman G. Finkelsteins Kritik an Goldhagens „crazy" Studie wurde von nahezu allen österreichischen Printmedien begeistert und teilweise mit Häme aufgenommen, sie erleichterte die Abwehr von Goldhagens Thesen ungemein, ganz so als wäre die Debatte nun zu einer innerjüdischen Angelegenheit geworden, in der mann/frau sich im Land der TäterInnen eine der beiden Seiten aussuchen und damit niemals falsch liegen kann.

„Die Tatsache, daß Goldhagen von 'Deutschen' und nicht von 'Großdeutschen' schreibt, hat viel dazu beigetragen, daß sich die meisten hier bequem zurückgelehnt haben und sich nicht angesprochen fühlten. Im Land, das seine Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus erst 53 Jahre nach dem 'Anschluß' offiziell eingesteht, herrscht wieder einmal Schweigen, wenn eine Auseinandersetzung angebracht wäre."

Arbeitskreis Goldhagen

Die Autorinnen bezeichnen die österreichischen Abwehrmechanismen als „wichtigen Bestandteil österreichischer Identität, die sich u.a. durch den Opfermythos konstituiert hat". Sie zeigen detailliert auf, daß es noch immer äußerst wichtig zu sein scheint, diesen Opfermythos zu verteidigen. Sie müssen konstatieren, daß sich auch nach Waldheim nicht viel geändert hat, und daß die vielgelobte Rede Vranitzkys zur österreichischen „Mitverantwortung" im Grunde eine typisch österreichische Farce war. Die Analyse der medialen Reaktionen in Österreich ist historisch und theoretisch fundiert und eröffnet damit die Gelegenheit, sich über Goldhagen hinaus mit der österreichischen Nazi-Vergangenheit und der antisemitischen Gegenwart zu beschäftigen. Mit dieser Broschüre ist jedenfalls das linke Schweigen über Goldhagen und Österreich eindrucksvoll gebrochen worden. ●

Arbeitskreis Goldhagen (Hg.)
„Goldhagen und Österreich. Ganz gewöhnliche ÖsterreicherInnen und ein Holocaust-Buch" (mit einem Vorwort von Walter Manoschek und mit Schlußbemerkungen von Heribert Schiedel)
Wien 1998, ATS 60, DEM 9
Bestellungen an: Arbeitskreis Goldhagen, c/o Fachschaft Informatik, Treitlstraße 3, 1040 Wien; e-mail: akgoldhagen@swi.ml.org

---

▶ Beobachtungstätigkeit nicht sehr zeitraubend ausfallen.

HANS DAMPF IN ALLEN NATIONALEN GASSEN

Im Herbst 98 muß Karner schließlich in Graz gemeinsam mit seinem Bündnispartner in Sachen Ehrenrettung der nationalsozialistischen Wehrmacht, mit dem ÖVP-Politiker Helmut **Strobl**, eine Ausstellung über Graz im Jahr 1938 präsentieren – 60 Jahre Reichsprogromnacht, eine Stadt gedenkt. Etwa zur gleichen Zeit wird er seine Studie über die Erschießungen politischer GegnerInnen des Nationalsozialismus am Grazer "Feliferhof" vorstellen, mit der das Militär die Errichtung eines Denkmals in dieser Kaserne bisher erfolgreich verhinderte. Dabei hat er gerade seine neueste Berufung entdeckt, wenn wir den Medienberichten und Vorlesungstiteln glauben dürfen: Als von der politischen Rechten auserkorener österreichischer Vertreter des "Schwarzbuchs des Kommunismus" propagiert er nun Absatz für Absatz das Geschichtsbild konvertierter Maoisten vom Schlage eines Stéphane **Courtois**: ein Geschichtsbild, das über propagandistische Vereinfachungen, ja Fälschungen, und über die Ausklammerung der Shoah die linken Ideen insgesamt delegitimiert und die Verantwortung der deutschen und österreichischen Täter ein für allemal aus der Erinnerung streicht. ●

Planet Österreich

DIE ÖSTERREICHISCHE ASYLPOLITIK ZEIGT ANGESICHTS DER KRIEGSHANDLUNGEN IM KOSOVO WIEDER DEUTLICH IHRE ZÄHNE, DER STAATLICHE RASSISMUS SCHLÄGT TÄGLICH MIT VOLLER HÄRTE ZU. BEIM VERSUCH, SICH IN EUROPÄISCHEN STAATEN IN EINE VERMEINTLICHE SICHERHEIT ZU BRINGEN, STERBEN MENSCHEN, WERDEN MENSCHEN EINGESPERRT UND IN ELEND ODER SOGAR TODESGEFAHR ZURÜCKGESTOßEN.

Kosovo

Seit dem Ausbruch von Kriegshandlungen im Kosovo sind tausende Menschen - albanische wie serbische KosovarInnen - auf der Flucht. Österreich machte die Grenzen dicht und schob noch bis April dieses Jahres kosovarische Flüchtlinge nach Jugoslawien ab, wo diese meist als UCK-SympathisantInnen „behandelt" wurden. Später wurden die Flüchtlinge ins „sichere Drittland" Ungarn zurückgeschoben, wo es - wie allerdings in Österreich oft auch - keinen gesicherten Zugang zu Asylverfahren gibt und wo die Menschen in Lagern leben müssen, die völlig überfüllten und schlecht ausgestatteten Gefängnissen gleichen. Die von Medien und Politik einhellig verabscheuten SchlepperInnen waren und sind die einzige Chance, einer drohenden Abschiebung nach Jugoslawien zu entgehen. Ende Juli waren laut UNHCR-Angaben bereits rund 107.000 Menschen im Kosovo auf der Flucht. Zur selben Zeit waren in Österreich gerade 1000 Asylanträge angenommen worden. Anfang August hielten die Innenminister von Österreich, der BRD, Italien und Frankreich eine Besprechung ab. Karl **Schlögl** forderte eine „Lastenumverteilung", da Österreich Anfang der 90er Jahre mit den bosnischen Flüchtlingen alleingelassen worden sei. Hier werden also Menschen, die in äußerster Not ihr Zuhause verlassen müssen, zu „Lasten", zu Dingen also, die lästig sind.

Anfang August präsentierte Schlögl auch die „Erfolgsstatistik" des Schengener Informationssystems (SIS), dem Österreich am 1. Dezember 1997 beigetreten war. Nicht nur „Treffer" in der polizeilichen Zusammenarbeit wurden aufgelistet, sondern auch die aufgegriffenen „illegalen Grenzgänger".

Anfang September landeten Schlögl und sein Sektionschef Manfred **Matzka** den vermeintlich größten Coup: Sie machten sich daran, die Genfer Flüchtlingskonvention neu zu definieren, um dem österreichischen Staat „effektivere" Handlungsmöglichkeiten im Falle von Krisensituationen wie im Kosovo zu bieten. In dem Entwurf wurde das individuelle Recht von Verfolgten auf Aufnahme ersetzt durch ein „großherziges politisches Angebot" des österreichischen Staates, Flüchtlinge eventuell aufzunehmen, d.h. die beliebige Auswahl von „aufnahmewürdigen" Menschen und die Abweisung von „unwürdigen". Kern der Sache dürfte wohl die von Schlögl immer wieder propagierte Einrichtung von Lagern in unmittelbar angrenzenden Gebieten einer Krisenregion sein, damit die Flüchtlinge erst gar nicht bis zur österreichischen Grenze kommen. Die EU und die UNO verurteilten die „Innovation" von Schlögl und Matzka, gelobt wurde sie allerdings von der bayrischen CSU. Trotzdem mußte das Papier zurückgenommen werden. Inzwischen sind rund 250.000 KosovarInnen auf der Flucht.

Aufenthaltsgenehmigungen

Dem Leiter der MA 62 (Wiener Aufenthaltsbehörde), Hans Werner Sokop, ist ein neuer Grund für Nicht-Bewilligungen eingefallen. Eine „ortsübliche Unterkunft", die Menschen ohne österreichischen Pass vorweisen müssen, liegt neuerdings nur dann vor, wenn für jede Generation in der Familie ein eigener Schlafraum zur Verfügung steht. Mit dieser „Begründung" lehnte Sokop im Juli den Antrag eines Mannes ab, der seine Frau und sein sechs Monate altes Baby nachziehen lassen wollte. Kein eigenes Zimmer für das Baby bedeutete keine Aufenthaltsbewilligung für die Familie. Die Integrationsstadträtin Renate **Brauner** sieht dem Treiben von Sokop und Co. indes weiter ungerührt zu. Die MA 62 stellt seit Jahren willkürliche Bescheide aus und wird von Brauner ständig entschuldigt.

Ebenfalls Probleme mit der MA 62 bekam Bülent Serdar Yazici, der seit 1982 in Österreich lebt und als Türkisch-Dolmetsch arbeitet. Dabei half er auch des öfteren TürkInnen, die bei der MA 62 vorgeladen waren und sorgte engagiert dafür, daß die Angaben seiner KundInnen korrekt zu Protokoll genommen wurden. Im Dezember 1995 warfen ihm zwei Beamte vor, er würde nicht richtig übersetzen. Yazici klagte wegen Kreditschädigung - ohne Erfolg. Im November 1996 stand seine Aufenthaltsgenehmigung zur Verlängerung an, ein willkommener Anlaß für die MA 62, sich an dem unbequemen, weil engagierten Mann zu rächen. Sokop und Co. lehnten seinen Antrag ab, denn er habe „die Rechtsmittel exzessiv ausgeschöpft", sich „Verfahrenshilfe erschlichen" (wer zuwenig Geld für eine/n Anwalt/Anwältin hat, kann Verfahrenshilfe beantragen und bekommt dann eine/n Anwalt/Anwältin gestellt) und sei somit eine Gefahr für „die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit". Aufgrund eines Abkommens zwischen der EU und der Türkei mußte das Innenministerium als zweite Instanz Yazici allerdings sein Visum zuerkennen. Seine Klage gegen Sokop wegen übler Nachrede wurde abgewiesen.

Tod an der Grenze

Mitte September wurden in der Nähe der tschechischen Grenze in Oberösterreich drei Chinesen und ihr tschechischer Schlepper aufgegriffen. Es stellte sich heraus, daß sie gemeinsam mit einer chinesischen Frau in der Nacht den Maltschfluß durchquert hatten, wobei die Frau in dem kalten Wasser ein Herz-Kreislaufversagen erlitten hatte und gestorben war.

Planet Europa

An den italienischen Küsten kam es diesen Sommer häufig zu Todesfällen. Vor allem Flüchtlinge aus Afrika ertrinken immer wieder bei dem Versuch, die Küste schwimmend zu erreichen, nachdem sie von den Schleppern noch auf dem Wasser ausgesetzt worden sind. Niemand weiß genau, wieviele oft seeuntaugliche Boote sinken, mit denen täglich AfrikanerInnen versuchen, nach Italien oder Spanien zu gelangen. In den Lagern auf Sizilien kam es im Sommer zu Revolten und Gewalttaten zwischen MigrantInnen und der Polizei. Italien schloß zu dieser Zeit ein Rückführungsabkommen mit Marokko, demzufolge Italien die marokkanischen Flüchtlinge umgehend wieder zurückschieben kann.

Am Dienstag, dem 22. September wurde die zwanzigjährige Nigerianerin Sémira Adamu von belgischen Gendarmen ermordet. Sie floh aus Nigeria, da sie mit einem Mann zwangsverheiratet werden sollte, was als Asylgrund nicht anerkannt wurde. Sie sollte in Begleitung von drei Gendarmen per Flugzeug abgeschoben werden. Sie schrie, um sich gegen ihre Abschiebung zu wehren. Worauf die Gendarmen ihr 15 Minuten lang ein Kissen aufs Gesicht drückten. Kurz darauf brach Sémira zusammen und starb an einer Gehirnblutung.

Quellen:
Der Standard 2.7., 7.7., 29.7., 1.8., 17.9., 1998
Volksstimme Nr. 31, 32, 37/1998

LIST OF 1021 DOCUMENTED REFUGEE DEATHS THROUGH FORTRESS EUROPE

DOCUMENTATION ON 19/3/98 BY UNITED, UNITED FOR INTERCULTURAL ACTION, EUROPEAN NETWORK AGAINST NATIONALISM, RACISM, FASCISM AND IN SUPPORT OF MIGRANTS AND REFUGEES POSTBUS413, NL-1000 AK AMSTERDAM PHONE +31-20-6834778, FAX+31-20-6834582, E-MAIL UNITED@ANTENNA.NL, HTTP://WWW.XS4ALL.NL/~UNITED

For every case the following data are listed: found dead number (multiple deaths are marked with „!!") name country of origin cause of death source

1/1/93, 1, Gerry Johnson, Liberia, exhaustion/exposure after being found in rail container in Feldkirch/**A**, Neue Vorarlberger Tageszeit. ▪ early 93, 1, Jaffarzadeh, Iran, died after deportation from **Austria** in the Evin-prison in Teheran, Asylkoordination **Austria** ▪ !! 93-95, 3, N.N., unknown, drowned in the river Oder/Neisse (D/PL) trying to cross the border illegaly, Jelpke / Interior Ministry Germany ▪ !! 1/1/93, 11, N.N., Albania, drowned on the way to Otranto (Med. Sea) before reaching Italy, Corriere della Sera/Migr.NS ▪ 93-95, 1, N.N., Yugoslavia, found dead at the border Germany/**Austria**/Czech Rep., Jelpke/Interior Ministry Germany ▪ !! 1993, 2, N.N., unknown, suicide of refugees, Danish Red Cross / CARF ▪ 4/1/93, 1, Kwaku Agei, Ghana, suicide in Muenchen (D) after being told he was to be deported, IRR/CARF/ESG ▪ 22/1/93, 1, Lorin Radu, Romania, shot in police station Stassfurt (D) when allegedly tried to escape, tageszeitung/konkret/jw ▪ 26/1/93, 1, Bush Bacuma, Sri Lanka, suffocated in bus compartment near Wien **(A)**, Asylk. **Austria**/Spiegel TV ▪ 26/1/93, 1, N.N.,Sri Lanka, suffocated in bus compartment near Wien **(A)**, Asylk. **Austria**/Spiegel TV ▪ 26/1/93, 1, N.N., Sri Lanka, suffocated in bus compartment near Wien **(A)**, Asylk. **Austria**/Spiegel TV ▪ 26/1/93, 1, Pieris, Sri Lanka, suffocated in bus compartment near Wien **(A)**, Asylk. **Austria**/Spiegel TV ▪ 26/1/93, 1, Wasantha di Barrova, Sri Lanka, suffocated in bus compartment near Wien **(A)**, Asylk. **Austria**/Spiegel TV ▪ 16/3/93, 1, Turan Pekoz, Turkey, suicide by setting fire to himself at Immigration Office Croydon (GB), Institute of Race Relations ▪ !! 20/3/93, 3, N.N., Albania, run over by night train, when walking on the trace at the border CH/I, Festung Europa ▪ 7/4/93, 1, N.N., Zaire, shot at point blank range during interrogation in police station in Paris, Le Monde/Migr. News Sheet ▪ 23/4/93, 1, N.N. (man), Senegal, asylum-seeker was found hanged in a police cell in Eislingen (D), IRR / CARF ▪ 1/5/93, 1, Yilma Wondwossen B., Ethiopia, found drowned in Berlin (D) after rejection of asylum application, taz/ARI ▪ 6/5/93, 1, Miroslawa Kolodziejska, Poland, suicide' in border police prison at airport Frankfurt (D), wib/FluechtlingsratNiedersachsen/ARI ▪ 26/5/93, 1, N.N. (child-1year), Eritrea, died in suspected fascist arson attack in Heppenheim (D), CARF ▪ 26/5/93, 1, N.N. (child-2year), Eritrea, died in suspected fascist arson attack in Heppenheim (D), CARF ▪ 26/5/93, 1, N.N. (child-4year), Eritrea, died in suspected fascist arson attack in Heppenheim (D), CARF ▪ 17/6/93, 1, N.N., Kurdistan, killed by Nazis in front of a refugee hostel in Duelmen (D), CARF/Konkret ▪ 23/7/93, 1, Nazmieh Chahrour, Palestine, suicide in prison Berlin (D) after being told she would be deported, CARF/AR InfoNetw/taz ▪ 1/8/93, 1, Joy Gardner, Jamaica, died after struggle with immigration/deportat. officials in London/GB, IRR/MNS/Times/Indep ▪ 15/8/93, 1, N.N., Angola, drowned in a river in Paris trying to avoid a police identity check, Migration News Sheet ▪ Sep-93, 1, N.N., Zaire, drowned in river Seine (F) on his flight from police / residence check, CARF ▪ 10/9/93, 1, N.N. (man), Macedonia, drowned in Rhine while trying to cross the border from **Austria** to CH, Arbeitsst. Asylfragen/TA ▪ ca Oct 93, 1, N.N., Kurdistan, deportation from Switzerland, murdered by militiamen in Kurdistan, Caritas/Arbeitsstelle CH ▪ 15/10/93, 1, Massivi Daniel Lopes, Angola, suicide in detention centre Trier (D), Pro Asyl/Off limits ▪ 25-10-1993, 1, N.N., Ethiopia, suicide in fear of deportation in Diedersdorf (D) Diakonie Seelow/Büro für Asylfragen ▪ Dec-93, 1, N.N., Yugoslavia, suicide by jumping into the sea at detention centre Hellevoetsluis (NL), CARF ▪ 8/12/93, 1, Emanuel Ehi (O. Omah), Nigeria, suicide in detention centre Regensburg (D), Pro Asyl/Off limits/ESG ▪ 11/12/93, 1, Ignace Mabassa, Gabon, in prison Bois-d'Arcy (F) for illegal residence, died lacking medical care, Liberation ▪ 25/12/93, 1, Emanuel Thomas Tout, Sudan, suicide in detention centre Herne (D), Pro Asyl/ARI ▪ 25/12/93, 1, N.N. (man), Turkey, killed in arson attack on refugee home in Kaltenkirchen (D), CARF ▪ 1994, 4, N.N., Romania, suffocated in container in Felixstowe (GB) de Stoop ▪ 1994, 2, N.N., Romania, drowned when trying to escape detention centre Fort Walem (B) de Stoop ▪ 1994, 1, Lejla Ibrahimovic, Bosnia, suicide after refusal of British Home Office to give visa to her husband, Guardian/Statewatch ▪ 1994, 1, N.N., Romania, dead while hidden in container trash collector smashed him in Niesky (D), Spiegel, Offene Grenzen - Offene Menschen ▪ !! 1994, 4, N.N., unknown, drowned in Danube near Hungarian-**Austria**n border, ZDF/Hungarian authorities ▪ 1994, 1, N.N., Rwanda, drowned stowaway, thrown overboard by Dutch ship captain, Eleftherotipra/Migr.Newssh ▪ 1994, 1, N.N., Rwanda, drowned stowaway, thrown overboard on the way to Greece, Eleftherotipra/Migr.Newssh ▪ 1994, 1, N.N., Peru, suicide during BGS-arrest by jumping out of train near Freiburg (D), German Government ▪ January 94, 1, N.N., Syria, suicide in hospital (Norway) after waiting 2 years for asylum decision, CARF ▪ 28/1/94, 1, Son Ha Hoang, Vietnam, suicide in M¸nchen (D) after his asylum claim was rejected, IRR London / CARF / ESG / ARI ▪ 31/1/94, 1, Okwudiliri Collins, Nigeria, died „falling" from the Russian ship „Sovetstivk Hudozhuik" near Tanger, Diario Vasco ▪ 1/2/94, 1, N.N. (man), Zaire, stowaway, thrown overboard by the crew of a German cargo ship, Off limits ▪ 11/3/94, 1, N.N. (man), unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Zittau, ARI Berlin / BGS ▪ 22/3/94, 1, N.N. (man), unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Guben, ARI Berlin / BGS ▪ Apr-94, 1, N.N., Angola, died jumping from a train near Cieme nad Tisou (SK) during deportation, UNHCR ▪ Apr-94, 1, N.N., Africa / Ghana, stowaway beaten to death + thrown overboard by Danish crew near Ghana, MNS / Liberation / Le Nouveau Quotidien ▪ 09-04-1994, 1, N.N., Algeria, suicide in detention in Dresden (D) waiting for deportation, Sächsisches Staatsministerium für Justiz ▪ 25/4/94, 1, N.N. (woman), Romania, drowned in river Neisse (D/PL) near Rothenburg, ARI Berlin / BGS ▪ 27/4/94, 1, Kwanele Eldah Siziba, Zimbabwe, fell to death in London (GB) on her flight from police fearing deportat., IRR/MNS/Voice ▪ May 94, 1, N.N., Turkey, threatened with deportation, found hanged in police station Hengelo/NL, CARF ▪ 5/5/94, 1, Owusu Mensa, Ghana, suicide in detention centre Muenchen-Stadelheim (D), Pro Asyl / ESG ▪ !! 7/5/94, 7, N.N., unknown, drowned when small boat capsized near Malabate/Ceuta (E/MA), Diario Vasco ▪ 24/5/94, 1, N.N. (man), unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Goerlitz, ARI Berlin / BGS ▪ 29/5/94, 1, Kuldeep Singh, India, killed by the Indian police 2 days after deportation from Germany, Pro Asyl/Off limits ▪ 2/6/94, 1, Zhou Zhe Gun, China, suicide in detention centre Volkstedt (D) after asylum appl. rejected, Pro Asyl/Off limits/CARF ▪ June 94, 1, N.N., Macedonia, tortured to death in Macedonia after his expulsion from the Netherlands, AD/MNS ▪ 29/6/94, 1, Moussa Daoudi, Algeria, suicide in „Auslaenderbehoerde" Homberg (D) after asylum appl. rejected, Kennzeichen D-ZDF / ARI ▪ 3/7/94, 1, N.N., Sri Lanka, suicide fearing deportation in Hattorf (D), taz/pro asyl/ AR InfoNetw ▪ 9/7/94, 1, Gabriel Julido Mavonda, Angola, suicide fearing deportation in Berlin (D), taz/zag/AR InfoNetw ▪ 18/7/94, 1, Mohamed F. B. (14 y.), Morroco, died when he fell into the water climbing a ship to Spain Transmed.-Line, Egin ▪ 25/7/94, 1, N.N., Croatia, suicide in police station in (D) two days before the planned deportation, Jelpke ▪ Aug-94, 1, N.N., Bosnia, suicide in Gelsenkirchen (D) after refusal of his move to his relatives, ESG ▪ 13/8/94, 1, N.N. (20-year old man), Morocco, reaching Antwerpen (B) as stowaway, drowned while trying to escape, Le Soir/Migrat. News Sheet ▪ !! 21/8/94, 2, N.N. (children), Kosovo-Albanian, frozen to death near refugee camp, after police refused efficient search, Svenska Dagbladet/Migr. N. ▪ 22/8/94, 1, N.N. (man), unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Guben, ARI Berlin / BGS ▪ 25/8/94, 1, N.N. (man), Algeria, drowned in river Neisse (D/PL) near Guben, ARI Berlin / BGS ▪ 30/8/94, 1, Kola Bankole, Nigeria, died during police and medical treatment at Frankfurt airport (D), taz ▪ 30/8/94, 1, N.N. (man), Nepal, drowned in river Neisse (D/PL) near Forst, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Lampo. Kanapathippillai, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Mosses Arumarraian, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Pava Sathiarathi, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Sellaiah Subathira, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Sutharsan Kanthasamy, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ 4/9/94, 1, Thevak. Pathmanathan, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Zasieki, ARI Berlin / BGS ▪ !! 27/9/94, 2, N.N. (men), Bosnia, fall to death during flight in rough mountains in Bayerischzell/Alpes(D), ZDF/BGS/German Government ▪ 28/9/94, 1, Bukurjie Haliti, Roma/Albania, burnt in container in Herford (D) by arson attack, taz/Jelpke/CARF/ARI ▪ 28/9/94, 1, Navgim Haliti, Roma/Albania, burnt in container in Herford (D) by arson attack, taz/Jelpke/CARF/ARI ▪ !! 30/9/94, 2, N.N., Morocco, missed, after capsizing of boat with 30 refugees near Pantelleria (I), Migration News Sheet ▪ !! 1/10/94, 2, N.N., Morroco, drowned in the Mediterranean Sea before reaching Pantelleria (Italy), Il Manifesto/IRR Race Audit ▪ 6/10/94, 1, N.N. (man), Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL) near Grossgastrose, ARI Berlin ▪ !! 13/10/94, 8, N.N., Albania, drowned after capsizing of 2 boats with 46 refugees near Otranto (I), Migration News Sheet ▪ 13/10/94, 1, N.N. (woman), Albania, missed after capsizing of 2 boats with 46 refugees near Otranto (I), Migration News Sheet ▪ 18/10/94, 1, Abdullah J., Morroco, suicide in police prison Ludwigsburg (D) after rejection of asylum appl., Pro Asyl / SZ ▪ 23/10/94, 1, Joseph Nnalue, Nigeria, died falling from 4th floor in London (GB) during immigration control, Guardian/IRR/MNS/Indep. ▪ 26/10/94, 1, N.N., Albania, drowned after capsizing of boat with 17 refugees in the Adriatic Sea, Migration News Sheet ▪ !!17/11/94, 9, N.N., Rwanda, drowned when two Turkish boats carrying them sank near Pserimos (GR), Ta Nea ▪ 19/11/94, 1, Arunagiri Rasaiah, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL), ARI Berlin ▪ 28/11/94, 1, Alosies Jeyaratnam, Sri Lanka, drowned in river Neisse (D/PL), ARI Berlin ▪ !! 29/11/94, 4, N.N., Algeria, drowned stowaways who, being discovered, jumped into the Seine (F), Le Monde/Migration News S. ▪ 1/12/94, 1, Jeyakumar R., Sri Lanka, suicide in St. Gallen (CH) because of fearing deportation, Arbeitsst. Asylfragen/TA ▪ !! Dec-94, 5, N.N., Kurdistan, lost, presumed drowned in the Mediterranean Sea before reaching Italy, Il Manifesto/IRR Race Audit ▪ Dec-94, 1, N.N. (baby), Kurdistan, run over by a car in the dark after having reached the Italian beach, Il Manifesto/IRR Race Audit ▪ Dec-94, 1, N.N., Iraq, died on a refugee boat with 62 refugees to Gotland (S), Vestmanslandsä/Le Soir/MNS ▪ 16/12/94, 1, Shiji Lapite, Nigeria, suffocated by a neck lock during his arresting by London policemen, Independent/MNS/Searchl./1990 ▪ 23/12/94, 1, Mamoudu (27 years), Guinea, found dead on ship in Santurtzi (E). In RUS/D/B he was locked in a cabin, Egin ▪ 28/12/94, 1, M.D.D. (woman), Dominican Rep., suicide fearing expulsion in Bilbao (E), Egin ▪ 1995, 1, Akim Mama, Morocco, hanged himself awaiting deportation in police HQ in Paris (F), CARF, IRR, Searchlight ▪ !! 8/1/95, 4, N.N., unknown, burnt in container in Hannover (D), by arson attack/bad living condit., Guardian/taz/ARI ▪ Jan-95, 1, N.N., Algeria, asylum-seeker, psychiatric patient, beaten to death in Amersfoort (NL), CARF, IRR, Searchlight ▪ 15/1/96, 1, Papie Mukuna, Zaire, committed suicide before deportation in asylum center Den Helder (NL) , P.R.I.M.E. ▪ Jan-95, 1, Gnanasegaram Selva-

rajah, Sri Lanka, died after racist attack ignored by staff of the hospital in Palermo (I), CARF, IRR, Searchlight ▪ !! 17/1/95, 2, N.N. (men), Ghana, stowaways, found poisoned by pesticides in a cargo ship in St. Malo (F), Le Monde/ Migr. Newssheet ▪ 20/1/95, 1, Amar Tahir, Algeria, suicide in det. centre Wittlich (D) after interview with Alg. Consulate, JW/Was geht ab?/morgengrauen ▪ 21/1/95, 1, K.K., Turkey, frozen to death in Rehefeld/Erzgebirge (D) on his flight via Czechia, Infobrief ASYL /GSA Pirna ▪ 2/2/95, 1, Sammy Nelson, Liberia, struck to death during arrest in container camp M,nchen (D), Was geht ab? ▪ 10/2/95, 1, N.N., Gambia, asylum-seeker stabbed to death in Hamburg-Bremen train (D), CARF, IRR, Searchlight ▪ 13/2/95, 1, Bat Bold, Mongolia, died in detention centre Carlslund (S) after refusal of medical first aid, FARR ▪ 26/2/95, 1, Abiyou Tilaye, Ethiopia, suicide in detention centre Wuerzburg (D), taz/SZ/AntifaNachr/ESG ▪ 26/2/95, 1, N.N., Albania, shot by a policeman near Florina (GR) when 11 Albanians were arrested, Liberation/MNS ▪ March 95, 1, Valentina Featherstone, Latvia, suicide fearing the deportation of her mother in County Durham (GB), Independent ▪ March 95, 1, Zinaida Mitzofanova, Latvia, suicide fearing deportation in County Durham (GB), Independent ▪ 6/3/95, 1, Liberia, unknown, suffocated stowaway in Valencia (E), found on ship from Ivory Coast, El Pais/Egin/El Diario ▪ 6/3/95, 1, N.N., unknown, suffocated stowaway in Valencia (E), found on ship from Ivory Coast, El Pais/Egin/El Diario ▪ 7/3/95, 1, N.N., unknown, suffocated stowaway in Valencia (E), found on ship from Ivory Coast, El Pais/Egin/El Diario ▪ 8/3/95, 1, Yohannes Alemu, Ethiopia, suicide after threat of deportation by Auslaenderamt Regensburg (D), Morgengr/AntifaNachr/ESG ▪ 9/3/95, 1, N.N., Ivory Coast, drowned stowaway in Le Havre (F), being sent back by French police, LibÈration ▪ 12/3/95, 1, EL Kadaoui, Morocco, suicide, waiting for deportation in a youth prison in Wiesbaden (D), taz/ARI ▪ March 95, 1, N.N. (Baby), Roma, died after doctors refused free help at the hospital near Rome (I), CARF, IRR, Searchlight ▪ 18/3/95, 1, N.N., Albania, killed by train in Coldrerio (Swiss Alpes) walking on the railway to CH, TA/DAZ ▪ 20/3/95, 1, N.N., Morocco, died when jumping into water after being discovered by Spanish police, Diario Vasco/El Pais ▪ !! 28/3/95, 2, N.N. (men), unknown, found dead in a Romanian ship in seaport Amsterdam (NL), Volkskrant ▪ 29/3/95, 1, N.N., Albania, shot dead by Greece border control when entering from Albania, Trouw ▪ !! 1/4/95, 2, N.N., Albania, killed by train in Balerna (Swiss Alpes) walking on the railway to CH, TA ▪ 8/4/95, 1, Kassimou-Djibril Ouro-D.T., Togo, assumed suicide after threat of deportation in prison Hamburg (D), taz/Hamburger Abendblatt ▪ 17/4/95, 1, Ahmed Polap, Kurdistan, suicide fearing deportation in Muenchen (D), ESG/ARI/SZ ▪ 17/4/95, 1, N.N., Iran, suicide in asylum centre Haarlem (NL), Parool/MNS ▪ 28/4/95, 1, N.N., unknown, found dead at the Swiss mountain Monte Capriano (CH), TA/Arbeitsstelle fuer Asylfr. ▪ 30/4/95, 1, N.N., unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Auried, FFM ▪ 1/5/95, 1, Brahim Bouraam , Morocco, drowned in Seine after being seized by skinheads in FN rally (F), CARF, IRR, Searchlight ▪ 09-05-1995, 1, N.N., unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Görlitz FFM/LRBrandenburg ▪ May 95, 1, N.N. (Baby), Zaire, died in labour when doctor refused help at first aid station near Caserta (I), CARF, IRR, Searchlight ▪ 19/5/95, 1, Jaswant Singh, India, suicide fearing deportation in Regensburg (D), ESG/ARI ▪ June 95, 1, Mrs. Rostas, Romania, drowned in river Neisse (D/PL), Aktion Zuflucht ▪ June 95, 1, N.N. (child), unknown, drowned in the river Oder/Neisse (D/PL) trying to cross the border illegaly, ZDF/ARI ▪ 3/6/95, 1, N.N., unknown, drowned in river Oder (D/PL) near Brieskow-Frinkenheerd, FFM ▪ 7/6/95, 1, N.N., Poland?, drowned in the river Oder/Neisse (D/PL) near Lodenau, FFM/ARI ▪ 10/6/95, 1, Mapasi Jeancy/Kondeca D., Zaire, suicide fearing deportation in detention centre Volkstedt (D), Fluechtlingsrat SA/ADN/dpa/pro asyl ▪ 14/6/95, 1, Suppiah Selvarajah, Sri Lanka, suffocated in Madrid when his home, a waste container started to burn, Egin/El Diario Vasco ▪ June 95, 1, Khalid Moufaghid, Morocco, drowned in the river in Murazzi (I) after beating by club bouncers, CARF, IRR, Searchlight ▪ 16/6/95, 1, Moses Ganaja, Sudan, died in deportation centre in Halle (D), Pro Asyl ▪ 17/6/95, 1, Dalb Abad, Iraq, stowaway, forced to leave Cypriot ship and presumed drowned (E), CEAR/Spanish authorities ▪ 17/6/95, 1, Majar Abrahem, Iraq, stowaway, forced to leave Cypriot ship and drowned near Algeciras (E), CEAR/Spanish authorities ▪ 17/6/95, 1, Vo Xuan Cuong, Vietnam, driven to death by police hounding against black marketeers in Berlin, junge welt/BeZe/Was geht ab? ▪ 26/6/95, 1, Celal Akan, Kurdistan, died by liver disorder in Celle (D) after refusal of operation costs, taz/panorama/dpa/MNS ▪ July 95, 1, Mohamed Bezgour, Morocco, drowned after being thrown overboard by smugglers in Marbella (E), El Mundo/El Pais/IRR ▪ !! July 95, 2, N.N., Morocco, drowned when the boat capsized near Tarifa (E), El Mundo/El Pais/IRR ▪ 8/7/95, 1, N.N. (woman), Peru, killed by train in Menton (French Alpes) walking on the railway to Italy, LibÈration/MNS ▪ 15/7/95, 1, Chandima Endirisinghe, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gy'r)(Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Chinteka Silva, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gy'r) (Hungary), reuters/AP ▪ July 95, 1, Habib Hammouda, Tunis, died after racist attack ignored by staff of the hospital in Ragusa (I), CARF, IRR, Searchlight ▪ 15/7/95, 1, Haridar kuman, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Jaya Kumar F. Pulle, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Manoj Arizrathan, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Ormandas, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gyoer) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Pradeepan, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gyoer) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Prince Fernando, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gyoer) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Raja Dhama, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gyoer)(Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Rames Sobramanium, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Gyoer) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Rilwan Abdul Salam, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Sitrambalam V. Murthy, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Siwa Loganathan, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Sumanasena, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Tennekoon, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Tusara Femando, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Ukkuwa Malkanthi, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 15/7/95, 1, Vasu, Sri Lanka, suffocated in a sealed trailer in Gyoer (Györ) (Hungary), reuters/AP ▪ 20/7/95, 1, N.N., unknown, drowned in river Oder (D/PL) near Eisenhuettenstadt, FFM ▪ 20/7/95, 1, N.N. (man), Morocco, found dehydrated in Castres (F) in a Spanish vehicle coming from Tanger, Liberation/MNS ▪ 10/8/95, 1, Djouabi Azzeddine, Algeria, drowned near Angulo (E) or murdered while trying to escape deportation, El Pueblo de Ceuta ▪ 15/8/95, 1, Louis I., Nigeria, suicide in detention centre Wolfenbuettel (D) fearing deportation, ARD/morgengrauen/SZ/pro asyl ▪ 20/8/95, 1, Todor Bogdanovic (boy), Yugoslavia, Roma shot by French police when entering from Italy on a mountain way, reuters/AP/AFP/Volkskrant ▪ 22/8/95, 1, N.N. (man), Morocco, suicide in deportation centre in Frankfurt/Main (D), Die Tageszeitung ▪ 25/8/95, 1, Muttavel Vesananthan, Sri Lanka, Tamil asylum-seeker hanged himself in Norwich prison (GB), CARF, IRR, Searchlight ▪ 25/8/95, 1, N.N. (man), Poland, suicide in deportation centre in Frankfurt/Main (D), Die Tageszeitung ▪ !! 29/8/95, 2, N.N., Chad, died in arson attack in Ulm (D), CARF, IRR, Searchlight ▪ 9/9/95, 1, Patrick Hadji, Togo, killed by racist youth in Klippan (S), Dagens Nyheter, FARR, MNS ▪ !! 12/9/95, 3, N.N., Albania, drowned before reaching Italy after fire disaster on the ship, Volkskrant/taz ▪ 13/9/95, 1, N.N., unknown, drowned in river Oder (D/PL) near Brieskow-Frinkenheerd, FFM ▪ !! 13/9/95, 4, N.N., Pakistan, killed in a minefield in Kastanea (GR) near Turkish border, ANA ▪ 24/9/95, 1, N.N. (man), Africa, found drowned near Ceuta (E) to where he tried to flee, El Pueblo de Ceuta ▪ October 95, 4, N.N., Pakistan, drowned in river Neisse (D/PL) near Zels-Bahnren Lausitzer Rundschau/TS/ND/FFM/LR-Brand. ▪ 7/10/95, 1, N.N., Morocco, fell to death when trying to escape from detention centre in Paris, Le Monde/MNS ▪ Oct 95, 1, Djemal Flissa, Algeria, died from weakness after hunger strike and beeing deported (GB), Carf ▪ 24/10/95, 1, N.N., Africa, drowned in the canal of Saint-Denis (F) when fleeing from police check, Le Monde/MNS ▪ 25/10/95, 1, Bayeh Arefayne, Ethiopia, set himself on fire after rejected asylum (GB), CARF ▪ 25/10/95, 2, N.N., Africa, one drowned, one disappeared near Gibraltar, when small boat capsized, El Pais ▪ 25/10/95, 1, N.N. (boy), Bangladesh, mortally hit by car in Regensburg (D), abandoned by smugglers in night, Frankfurter Rundschau/MNS ▪ Nov. 95, 1, Garim Fokassian, Armenia, suicide after refusal of asylum in Wien **(A)**, Asylkoordination Österreich ▪ 8/11/95, 1, N.N., New Zealand, died falling from a ferry in Harwich (GB) after immigration was refused, London Evening Standard ▪ 9/11/95, 1, Masut Iqubal, Pakistan, drowned in river Neisse (D/PL) near Podrosche, FFM ▪ 19/11/95, 1, N.N., Zaire, died in escape attempt (NL), Trouw / MNS ▪ 26-11-1995, 1, N.N., Algeria, hanged himself in prison Dresden (D) fearing deportation a week later BT-Drucksache ▪ !! 1/12/95, 18, N.N., Albania, drowned after capsizing of boat near Otranto (I), Volkskrant / IRR / Il Manifesto ▪ !! 15/12/95, 2, N.N., Benin, died when they fell into the hold of the ship in Senegal, Le Soir / MNS ▪ 17/12/95, 1, Naeem Akram, Pakistan, drowned in river Neisse (D/PL) near Zels-Bahren, FFM ▪ !! 28/12/95, 2, Africa, unknown, found dead as stowaways when the boat reached the port of Antwerp (B), MNS, Le Soir ▪ 1996, 1, Ibrahima Dey, Gambia, killed by CS gas in police station Ilford (GB), Statewatch / CARF ▪ Jan-96, 1, N.N., Albania, drowned near Valona (I) when small boat had problems in bad weather, IRR / Il Manifesto ▪ January 96, 1, N.N. (19 years), unknown, suicide in Bergen jail (N) after waiting 10 months for asylum decision, CARF ▪ 3/1/96, 1, A Yhan, Kurdistan, hanged himself after refusal of asylum application in France, IRR / Liberation ▪ 9/1/96, 1, N.N., India, found dead while trying to enter illegaly Lithuania, MNS, BNS, Lietuvos Rytas ▪ 11/1/96, 3, N.N. (2children+mother), Iraq, drowned when thrown out from the Turkish boat near Island Kos (GR), Ta Nea ▪ 14/1/96, 1, Peter Q., Ghana, died after 3 months coma following a police interrogation in Antwerp (B), Chris de Stoop ▪ 17/1/96, 1, Igor Horvat, Bosnia, found hanged in Den Bosch prison (NL), De Volkskrant ▪ 18/1/96, 1, Christelle Makodila Nsimba, Zaire, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Christine Makodila, Zaire, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Francoise Makodila Landu, Zaire, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Jean-Daniel Makodila Kosi, Zaire/Germany, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Legrand Makodila Mbongo, Zaire/Germany, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Miya Makodila, Zaire, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Monica Maiamba Bunga, Angola, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Nsuzana Bunga, Angola, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Rabia el Omari, Libanon, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 18/1/96, 1, Sylvio Bruno C. Amossou, Togo, died in arson attack against refugee hostel in Luebeck (D), IRR/Independent/BAIN news ▪ 22/1/96, 1, Mohammed Chetef, Nigeria, suicide in Norway, being held 9 months by police doubting his identity, CARF ▪ 23/1/96, 1, Thavalojan Kandasamy, Sri Lanka, suicide in detention centre/police prison Linz **(A)** fearing deportation, Der Standard/SOS Mitm./Asylkoord. ▪ 26/1/96, 1, N.N., unknown, set fire to himself as a result of long

LIST OF 1021 DOCUMENTED REFUGEE DEATHS THROUGH FORTRESS EUROPE

custody in det. centre Bergen (N), Samora, Dagbladet, Arbeiderbladet ▪ 26/1/96, 1, N.N., Kurdistan, suicide in Delmenhorst (D) fearing deportation, Taz, Morgengrauen ▪ 21/2/96, 1, Jean-Baptiste Malan, Ivory Coast, suicide in Murrhardt (D) fearing deportation on the same day, Taz/morgengrauen/Was geht ab? ▪ !! 29/2/96, 4, N.N., Liberia, drowned, forced to jump from Maltesian ship at Gran Canaria (E), Egin ▪ 2/3/96, 1, N.N., Sudan, died while trying to evade port officials in Melilla (E), Diario de Noticias / IRR ▪ 11/3/96, 1, N.N., Albania, drowned whilw trying to cross the Straits of Otranto, il manifesto ▪ 15-03-1996, 1, N.N., Iraq, drowned after jumping from a cargo ship near Hamburg (D) Jelpke/JW ▪ 16/3/96, 1, Ibrahima Sey, Ghana, died after attack by CS-spray whilst handcuffed at police station (GB), MNS / Independent ▪ 22/3/96, 1, Abdellah E.K., Morrocco, drowned near Barbate (E) after jumping overboard fearing police control, SOS / egin ▪ 22/3/96, 1, N.N., Morrocco, drowned near Barbate (E) after jumping overboard fearing police control, SOS / egin ▪ 24/4/96, 1, N.N., Romania, drowned in Le Havre (F) trying to embark Canadian ship, MNS / Le Figaro ▪ 24/4/96, 1, Tatjana I. Kabakchieva, Bulgaria, drowned in the river Oder (D/PL) trying to cross the border illegaly, FFM/ARI ▪ !! 25/4/96, 1, Apedo Lossou-Gavo, Togo, hanged himself in Landshut (D) after rejection of his asylum application, MNS / Pro Asyl / AG3F / jw ▪ 25/4/96, 26, N.N., Sri Lanka/Africa, drowned near Bari/Palermo (I) when two boats got into heavy sea, taz ▪ 25/4/96, 1, N.N., Iran, hanged himself in Haarlem (NL) after asylum application was rejected, Volkskrant ▪ 11/5/96, 1, N.N., Maghreb, drowned near San Amaro/Ceuta (E) on his way to Andalusia, SOS / egin / police ▪ 17-05-1996, 1, N.N., Morrocco, found dead by police near Cádiz (E) Mugak ▪ 21-05-1996, 1, N.N., Morrocco, found dead by police near Cádiz (E) Mugak ▪ !! 26/5/96, 2, N.N., Algeria, Illegals', died by fire in prison/Kassel (D). Prison resp. assume suicide, FR/JW/Berliner Zeitung/ARI ▪ Jun-96, 1, Mohamed S., Iran, suicide after Swedish authorities wanted to review his successful asylum claim, Artikel14/IRR ▪ 6/6/96, 1, Jude Abubakar, Sierra Leone, drowned in Hamburg (D) fleeing from assumed policemen, ND/Off Limits/ARI ▪ 10/6/96, 1, N.N., Nigeria, suicide in detention centre Ter Apel (NL) seeing no chance for asylum, Volkskrant ▪ 25/6/96, 1, Victor Onag Hnor, Nigeria, suicide in river Havel/Berlin (D) after threat of deportation, asyl in der Kirche/ARI ▪ !! 29/6/96, 2, N.N., Romania, fell to death in Altenberg (D) on flight from border control D-CZ, SZ / FFM / Freie Presse ▪ 30/6/96, 1, N.N., Iraq, died in a mine field near Alexandropolis (GR), Diario de Noticias ▪ !! 30/6/96, 3, N.N., Iraq/Algeria, died in a mine field when trying to cross the Turkish-Greece border, Diario de Noticias/BRC ▪ 1/7/96, 1, Amir Salehi, Iran, suicide by burning himself in Crailo (NL) as protest to long asylum proc., Volkskrant ▪ 15/7/96, 1, Juri Palienko, Ukraine, suicide in detention centre in Erding (D), Antifaschistische Nachrichten/JW/ARI ▪ 16/7/96, 1, N.N., Kurdistan, hanged himself in Kassel prison (D), IRR ▪ 18/7/96, 1, N.N., Nigeria, hanged himself in Kassel prison (D), Junge Welt, IRR ▪ 28/7/96, 1, N.N., Maghreb, found dead with many wounds, Aitona (E), El Diario Vasco, Egin ▪ 29/7/96, 1, El Hassam Rizk, Morrocco, found dead with many wounds in head, Cieza (E), El Mundo, El Diario Vasco ▪ 29/7/96, 1, N.N., Ghana, stowaway, found suffocated in Coruna (E), Egin ▪ 1/8/96, 1, N.N., Albania, suicide in Gelsenkirchen (D) after shooting a civil servant of „Auslaenderamt", Berliner Zeitung ARI ▪ 6/8/96, 1, Lenley Nestor Yengnagueba, Togo, jumped from the window when deportation police rung on his door (S), Svenska Dagbladet, Dagens Nyheter, FARR ▪ 6/8/96, 1, N.N., Togo, fell to death when trying to escape deportation in Stockholm (S), Artikel14/IRR ▪ 22-08-1996, 1, N.N., unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Guben trying to cross the border illegaly BT-Drucksache ▪ 25-08-1996, 1, N.N., unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near Görlitz trying to cross the border illegaly BT-Drucksache ▪ 2/9/96, 1, Ibrahim Demiri, Albania, drowned near Puglia (I) felling off motor-boat pursued by costums police, il manifesto/IRR ▪ 5/9/96, 1, N.N., Morrocco, shot dead while trying to enter country illegaly, Ceuta (E), ABC ▪ !! 7/9/96, 2, N.N. (men), unknown, drowned in river Neisse (D/PL) near G'rlitz, SZ/FFM/ARI ▪ 08-09-1996, 1, N.N., unknown, found dead in the fuselage of an airplane in Frankfurt (D) BT-Drucksache/JW ▪ 09-09-1996, 1, N.N., unknown, drowned in river Oder (D/PL) near Frankfurt trying to cross the border illegaly BT-Drucksache ▪ 12/9/96, 1, N.N., Morrocco, stowaway, drowned in bay of the river Seine (F) when jumped from ship, MNS, Le Monde ▪ 21-09-1996, 1, N.N. (36 years), Ukraine, died in arson attack against refugee hostel in Menden (D) FR ▪ 23/9/96, 1, N.N., Nigeria, killed in demostration when Spain expelled him to Guinea Bissau, MNS, El Pais ▪ October 96, 1, Mohamed Korrich, Algeria, suicide by jumping out of train in Italy, fearing deportation to Slovenia, CARF/IRR/il manifesto ▪ !! 9/10/96, 25, N.N., Morrocco, drowned in the Strait of Gibraltar when small boat sank, El Mundo ▪ 11-10-1996, 3, N.N., unknown, found dead by police near Tánger Mugak ▪ 12/10/96, 1, Vijay Saini, India, froze to death and fell of plane undercarriage when landing at Heathrow (GB), MNS/Eve.Standard/Times/Daily Tel. ▪ 16-10-1996, 1, N.N., unknown, found dead by police near Cádiz (E) Mugak ▪ 21-10-1996, 1, N.N., unknown, found dead by police near Cádiz (E) Mugak ▪ 27/10/96, 1, N.N. (man), unknown, drowned in river Oder (D/PL) near Lebus, MOZ/FFM/ARI ▪ 4/11/96, 1, Senad Becimovic, Bosnia, committed suicide when ordered to leave Germany, Suedd.Zeit., Fr. Rundschau, MNS ▪ 6/11/96, 1, Mohammed Sharkeri, Iran<, committed suicide facing repatriation (S), FARR, Immigration Board Bulletin, MNS ▪ 24/11/96, 1, Alfa Biyao Sabi Toure, Togo, suicide in JVA Loerrach (D) fearing deportation and persecution, pro asyl/MNS ▪ Dec-96, 1, Mustafa Diffalah, Algeria, suicide by jumping out of window after refusal residence permit in France, CARF ▪ 6/12/96, 1, N.N. (woman), Sri Lanka, died frozen and exhausted on CZ/D border near Eggersberg, Volkskrant/SZ/ARI/morgengrauen ▪ !! 25/12/96, 280, N.N., India/Pakistan/Sri Lanka, 280 people drowned during ship collision near Malta, taz/AI-GR/UNHCR/dpa/MNS ▪ !! January 97, 2, N.N., Africa, stowaways died by hunger in container on Kenyan ship in Antwerpen (B), Le Soir/La Libre Belgique/MNS ▪ !! January 97, 2, N.N., Africa, stowaways died by inhaling insecticides in Ghanan ship in Saint-Malo (F), Le Monde/Libération/MNS ▪ 4/1/97, 1, N.N., Zaire, suicide at reception centre Cernets-Verrieres (CH) caused by depression, JF/IRR ▪ 04-01-1997, 1, N.N., Zaire, suicide at reception centre Cernets-Verrieres (CH) caused by depression JF/IRR/CARF ▪ Januari 97, 1, N.N., Tunesia, smashed his head when trying to land with a group in Lampedusa (I) Il manifesto/IRR ▪ Januari 97, 2, N.N., Tunesia, died on a ship journey to Lampedusa (I) Il manifesto/IRR/Italian authorities ▪ !! 10/1/97, 3, N.N. (children), Kosova, died in fire, accommodated in refugee container without fire protection (D), taz/Monitor/Berliner Ztg./ARI ▪ !! 11/1/97, 3, N.N., Morrocco, drowned in the Strait of Gibraltar when small boat sank, taz/El Pais/MNS ▪ !! 11/1/97, 7, N.N., Morrocco, presumed drowned in the Strait of Gibraltar when small boat sank, taz/El Pais/MNS ▪ Januari 97, 1, Bouasrai Benothmane, Algeria, thrown out of window during arrest in Algeria after deportation fr. Belgium Vers l'Avenir/Solidaire/IRR/CARF ▪ February 97, 1, N.N., Africa, stowaway found in Delfzijl (NL), suffocated in ship from Cameroons, Algemeen Dagblad ▪ 1997, 1, Reza Hashemy, Iran, died after deportation in a car incident in Iran under suspicious circumstances MNS/NRC/AD/Trouw/CARF ▪ !! 2/2/97, 2, N.N., Northern Africa, stowaways found dead in Pasajes (E) on Cypriotic ship „Deike", taz/dpa/statewatch ▪ 2/2/97, 1, N.N.(35 years), Croatia, suicide of civil war refugee in Regensburg (D) fearing close deportation, taz/ARD/ZDFvideotext/MNS ▪ 15-02-1997, 1, N.N. (man), unknown, found frozen/drowned at river Neisse (D/PL) near Ostriz Sächsische Zeitung ▪ 12-03-1997, 1, Vijay Sainu, Sri Lanka, stowaway froze to death in wheel bay during flight Sri Lanka-Heathrow (GB) Evening Standard/Daily Telegraph/IRR ▪ !! 16/3/97, 11, N.N., Morrocco/Lebanon, died in van accident in Gerona (E) being pressed between boxes, dpa/taz ▪ !! 16/3/97, 18, N.N., Iran/Iraq, drowned when boat captized between Kas (TR) and Kastellorizon (GR), MNS/FR/Liberation ▪ 23/3/97, 1, N.N. (boy 12 years), Kenya, killed by plane wheels during stowaway attempt on Nairobi-Gatwick (GB) flight, CARF ▪ 23-03-1997, 1, N.N. (man), unknown found drowned at river Oder (D/PL) near Aurith Uckermark-Kurier ▪ !! 31/3/97, 87, N.N., Albania, drowned when refugee boat capsized after colliding with Italian army ship, Reuter/taz/volkskrant/MNS ▪ May 97, 17, N.N., Iraq, drowned between Turkish harbour Kusadasi and Greek island Samos Haarlems Dagblad ▪ 06-05-1997, 1, N.N. (16 years), Bosnia, suicide in asylum centre Chur (CH) Bündner Tagblatt/SFH ▪ June 97, 23, N.N., North Africa, drowned near Tanger on their way to Spain when their boat capsized El Pais/MNS ▪ June 97, 1, Dinari Elai Ben Lazar, North Africa, died after 3-month hunger strike in protest at detention without trial (I) CARF ▪ 02-06-1997, 1, N.N. (baby), Afghanistan, drowned in river Neisse (D/PL) near Görlitz taz/German authorities/FR/MNS ▪ 04-06-1997, 1, Bektas Heval (26 y.), Kurdistan, burnt to death in refugee hostel in Friedrichshafen (D), assumed arson attack taz/DPA/Querblick/MNS/CARF ▪ 12-06-1997, 31, N.N., Morrocco, drowned near Tanger on their way to Spain, around 7 other still missed AFP/taz/Tagesschau/ElPais/MNS/VK ▪ 27-06-1997, 2, Liu Zen G. + N.N., China/unknown, killed in bus accident, when D/PL authorities forced quick return FFM/Pro Asyl/FR/MNS ▪ 04-07-1997, 1, N.N. (26 years), Togo, drowned in river Mosel near Schweich (D) when trying to escape from police Trierer Volksfreund ▪ 10-07-1997, 1, N.N. (woman 44 years), Afghanistan, found drowned at river Neisse (D/PL) near Guben, her daughter is missed Uckermark-Kurier/Berliner Ztg/MOZ ▪ 26-07-1997, 1, Mihai Sandu (25 year), Romania, found drowned near Oldenburg (D) shortly after threat of deportation FR/MNS/taz/NWZ/Off Limits ▪ August 97, 4, N.N. (men), Morrocco, found dead in a ditch near Pineda, probably asphyxiated hidden in a lorry (E) MNS ▪ 02-08-1997, 7, N.N., North Africa, drowned near Pantelleria (I) when their boat sank on the way to Italy taz/DPA ▪ 31-08-1997, 1, Kwame Osei (30 years), Ghana, jumped under a train at Eberstadt (D) under threat of deportation Morgengrauen/CARF/ARI ▪ 07-09-1997, 1, N.N. (man), unknown, found drowned in river Neisse in Sachsen (D) when trying to cross the PL-D Border Antirassistische Initiative Berlin ▪ 09-09-1997, 1, Afrim Magastena (24), Kosovo-Albania, consc. objector, hanged himself at refugee hostel in Prenzlau (D) in fear of deport. CARF/ARI ▪ 15-09-1997, 3, N.N., Iraq, killed by mines trying to cross the Turkish-Greek border, 11 others injured taz/AP/FR/Int. Herald Tribune / MNS ▪ September 97, 26, N.N., North Africa, drowned when trying to cross the Strait of Gibraltar Morgengrauen, IRR ▪ 16-09-1997, 7, N.N., Morrocco, drowned near Tanger on their way to Spain, around 20 others still missing Volkskrant/taz/El Pais/MNS ▪ 22-10-1997, 4, N.N., North Africa, drowned near Tarifa on their way to Spain, around 11 others still missing El Pais/MNS ▪ 07-11-1997, 1, Akim, Togo, jumped out of window because of police raid in his appartment block (D) NCADC, Int. Menschenr. Ver. Bremen ▪ 20-11-1997, 12, N.N., Albania, presumed drowned in Adriatic sea when rubber boat got a leak MNS/Volkskrant/taz/AFP/Reuters ▪ 20-11-1997, 5, N.N., Albania, died of hypothermia on Adriatic sea when rubber boat got a leak MNS/Volkskrant/taz/AFP/Reuters ▪ 31-12-1997, 1, Salko L. (39 years), Bosnia, hanged himself in the psychiatric wing of the Tegel detention centre (D) CARF/ARI ▪ 05-01-1998, 1, N.N. (man 24 years), Kurdistan, set himself on fire his application for asylum was rejected for 2nd time (D) FR/MNS ▪ 19-01-1998, 1, N.N., Albania, mortally injured by a boat's propeller on his way to Italy FR/MNS ▪ 07-02-1998, 1, N.N. (man), unknown, found frozen to dead in the under carriage of a plane from Baku (AZ) to London (GB) MNS ▪ 09-02-1998, 5, N.N., Albanian, drowned near Brindisi (I) trying to cross the Adriatic sea MNS ▪

DEATHS ARE LISTED IF THEY CAN BE PUT DOWN TO „FORTRESS EUROPE" (BORDER MILITARISATION, ASYLUM LAWS, ACCOMODATION, DETENTION POLICY, DEPORTATIONS, CARRIER SANCTIONS...)